



Stiftung für  
Ordnungspolitik  
und Staatsrecht

Michael Wohlgemuth

# Erfolgsfaktor Institutionen- vertrauen

Vertrauen in politische Institutionen als  
wesentliches Element für den Erfolg des  
Fürstentums Liechtenstein

Herausgegeben von  
der Stiftung für Ordnungspolitik und  
Staatsrecht, Eschen

Michael Wohlgemuth

# Erfolgsfaktor Institutionen- vertrauen

Vertrauen in politische Institutionen als  
wesentliches Element für den Erfolg des  
Fürstentums Liechtenstein

## Impressum

### Herausgeber:

Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht  
Essanestrasse 91  
LI-9492 Eschen  
info@sous.li  
www.sous.li

### Copyright

Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht  
November 2019

### Produktion

BVD Druck+Verlag AG  
Landstrasse 153, LI-9494 Schaan  
www.bvd.li



# Erfolgsfaktor Institutionenvertrauen

Vertrauen in politische Institutionen als wesentliches Element für den Erfolg des Fürstentums Liechtenstein

1. Einleitung	7
2. Executive Summary der Umfrage in Liechtenstein	11
3. Institutionen-Vertrauen in Liechtenstein: bisherige Befunde	13
4. Die die aktuelle Studie zum Institutionenvertrauen in Liechtenstein	23
4.1 Die Methode	23
4.2 Das Lebensgefühl in Liechtenstein	24
4.3 Institutionenvertrauen	34
4.4 Zum politischen Klima in Liechtenstein	43
5. (Institutionen-) Vertrauen: Theorien und ordnungspolitische Zusammenhänge	51
5.1 Vertrauen, Institutionenvertrauen, Sozialkapital: Definitionen und Konzepte	51
5.2 Theorie: Voraussetzungen und Wirkungen von (Institutionen-) Vertrauen	54
5.2.1 Vertrauen, Vertrauenswürdigkeit, Rückkopplungen	54
5.2.2 Vertrauen und Wohlstand: Vertrauensdividenden	55
5.2.3 Geld und Vertrauen	58
5.2.4 Wirtschaftsverfassung / Ordnungspolitik und Vertrauen	61
5.2.5 Institutionelle Selbstbindung als Vertrauensanker	63
5.2.6 Vertrauen und liberale Reformen: Erwartungsmanagement	65
5.2.7 Vertrauen und politische Verfassung	67
5.2.8 Vertrauen und Vertrautheit	69
5.2.9 Caveat: Vertrauen und Vertrautheit sind nicht immer gut	70

6. (Institutionen-) Vertrauen: Empirische Entwicklungen, Erklärungen und Folgen	75
6.1 Globale Befunde und Entwicklungen	75
6.2 Besonderheiten in der Schweiz und Deutschland	84
6.3 Vertrauen und gesamtgesellschaftliche Grössen	86
6.3.1 Vertrauen und Wohlstand	86
6.3.2 Vertrauen und Verteilung	89
6.3.3 Vertrauen und Freiheit	89
6.3.4 Vertrauen und Vertrautheit	90
6.4 Vertrauen und persönliche Eigenschaften	92
7. Fazit und Ausblick	97
Literaturverzeichnis	103
Anhang	117



# 1. Einleitung

*«Perhaps the most important lesson is that trust is not only an indicator of success; it is, more significantly, one of the ingredients that make success – for a business or for a government – possible» (OECD 2017c: 4)*

Das Fürstentum Liechtenstein feiert dieses Jahr seine Gründung vor 300 Jahren. Und es feiert zurecht seine Erfolge als eines der wohlhabendsten und stabilsten Länder der Erde. Der Erfolg des Landes hat viele Ursachen<sup>1</sup>: Die global wettbewerbsfähigen Sektoren Industrie und Finanzdienstleistungen sind zunächst auf den Erfolg unternehmerischer Leistungen zurückzuführen. Damit diese Leistungen überhaupt möglich sind, müssen indes auch – gerade in einem Kleinstaat – die notwendigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen gegeben sein. Dies sind in Liechtenstein vor allem: eine liberale Wirtschaftspolitik (etwa: moderate Unternehmensbesteuerung, liberales Gesellschaftsrecht) und der weitgehend offene Zugang zu den Weltmärkten (zunächst zum europäischen Binnenmarkt via EWR; aber auch zu weiteren Märkten via EFTA und Zollunion mit der Schweiz). Letztlich sind es aber auch die **politischen Institutionen** des Landes (und der internationalen Vertragsorganisationen), die wirtschaftlichen Erfolg aus unternehmerischem Handeln und politische Stabilität aus bestätigter Legitimität sowie gegenseitigem Vertrauen erst ermöglichen.

Formelle Institutionen können in politischen/kollektiven Entscheidungen gewählt und geändert werden. Um aber auch (die erhoffte) Wirkung auf soziale Interaktionen zu entfalten, genügt es nicht, Institutionen (Gesetze, Verfahren, Organisationssatzungen) schlicht zu

---

1 Vgl. Wohlgemuth (2018: 17ff); Financial Center Liechtenstein (2018); Merki (2007).

«setzen»; sie müssen auch «gelebt» werden<sup>2</sup>. Das heisst nicht zuletzt, dass die Bürger ihren Institutionen, die ihr soziales Leben entscheidend prägen, auch **Vertrauen** gegenüber bringen. Vertrauen in rechtliche und politische Verfahren und Institutionen (aber auch in Währungen, Banken, Unternehmen, Wirtschaftssysteme) bildet «Sozialkapital».

Wie Humankapital (Bildung i.w.S.) oder Real- und Finanzkapital wird heute **Sozialkapital** seitens der Ordnungsökonomik, der Neuen Institutionenökonomik und internationaler Organisationen (OECD u. a.) als entscheidende Variable für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg von Ländern identifiziert und analysiert. Viele der theoretisch darstellbaren und empirisch bestätigten Bedingungen für relativ robustes und nachhaltiges Sozialkapital und Institutionenvertrauen finden sich in gerade Liechtenstein verwirklicht – auch wenn international vergleichbare Umfragewerte bisher in Liechtenstein kaum erhoben wurden.

Vertrauen in Institutionen eines Landes (Verfassungen, Gesetze, das Geld- und Finanzwesen, und dahinterstehende Organisationen wie Gerichte, Regierungen, Parlamente, Staatsoberhäupter, Parteien, Medien, Verbände, Banken) ist nur unter nachhaltigen Investitionen in Vertrauenswürdigkeit herzustellen. Gerechtfertigtes Vertrauen erleichtert gelungene Kooperation zwischen Vertrauensgebern und Vertrauensnehmern. Dies zahlt sich in verschiedensten «**Vertrauensdividenden**» aus: etwa niedrigere Transaktionskosten zwischen Marktteilnehmern, höhere Risiko- und damit Investitions- und Innovationsbereitschaft von Unternehmen oder geringere «compliance-» und Überwachungskosten in der Beziehung zwischen Politik und Bürger.

In komplexeren und offenen Gesellschaften reicht hierbei das interpersonale Vertrauen nicht aus; es muss zu grossen Teilen durch Vertrauen in Institutionen bzw. «Systemvertrauen» ergänzt und ersetzt werden. Hierbei kommt der **Selbstbindung der Politik an ordnungspolitische Grundsätze und staatsrechtliche Verfahren** besondere Bedeutung zu. Wie sehr Ordnungspolitik nicht zuletzt durch die Stabilisierung von Erwartungen und die Schaffung von Vertrauen der Bürger und Unternehmer (im In- und Ausland) zum Erfolg eines Landes beitragen kann, soll deshalb in dieser Studie besonders herausgestellt wer-

---

2 Vgl. Fukuyama (1995); Putnam (1993; 2000) oder die Lehren, die aus den Transformationsprozessen ehemals kommunistischer Länder gezogen werden können (etwa: Goldschmidt/Zweynert 2006).

den. Dass gerade in Liechtenstein für ein solches Institutionenvertrauen nahezu einmalige Voraussetzungen herrschen, kann in dieser Studie empirisch und theoretisch unterlegt werden.

Liechtenstein, so die hier vertretene These, dürfte sich (zupal im Vergleich mit anderen Ländern und selbst der Schweiz) in einer **positiven Rückkopplungsschleife** befinden, in der Erfolg Vertrauen schafft und Vertrauen wiederum Erfolg ermöglicht. Vertrauen in Institutionen, und damit politische, rechtliche und ökonomische Solidität und Stabilität sind nahezu unschlagbare Standortfaktoren im globalen Wettbewerb und damit nicht nur Ausdruck, sondern auch Quellen von Wohlstand und Zuversicht. Diese Interdependenz gilt für viele Länder. Weshalb sie in Liechtenstein im internationalen Vergleich besonders gut verankert ist, dürfte auch an der einzigartigen **Kombination staatsrechtlicher Besonderheiten** sein, die das Fürstentum auszeichnen als (a) Kleinstaat mit (a) Erbmonarchie und (c) direkter Bürgerbeteiligung.

Die vorliegende Studie untersucht somit die Bedeutung von Institutionenvertrauen sowohl grundsätzlich ordnungs- und institutionentheoretisch als auch empirisch vergleichend. Kern der Studie ist die im Mai 2019 durchgeführte **repräsentative Umfrage in Liechtenstein**, die insbesondere das Vertrauen der Menschen in Liechtenstein in die heimischen Institutionen i.w.S. untersuchte.

Die Hauptergebnisse werden im folgenden Teil 2 kurz zusammengefasst und in Teil 4 im einzelnen dargestellt. Teil 3 bietet eine Übersicht der bisherigen empirischen Untersuchungen zu Institutionenvertrauen in Liechtenstein. Die Teile 5 und 6 dienen der Aufarbeitung der wissenschaftlichen (theoretischen und empirischen) Literatur zum Thema (Institutionen-) Vertrauen: zu dessen Voraussetzungen und Wirkungen. Diese beiden Teile sollen die Bedeutung von Institutionenvertrauen für den Erfolg wirtschaftlicher und politischer Systeme grundsätzlich darstellen. Der abschliessende Teil 7 fasst mögliche Hypothesen zusammen, die das international nahezu einzigartige Institutionenvertrauen in Liechtenstein erklären könnten.

Teil 4 – der detaillierte Bericht zur Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach am Bodensee – wurde von **Dr. Thomas Petersen** vom Institut für Demoskopie in Allensbach (Bodensee) verfasst. Ihm verdankt der Autor dieser Studie auch viele wertvolle Hinweise und Anregungen für andere Teile der vorliegenden Arbeit.



## 2. Executive Summary der Umfrage in Liechtenstein

- Die Menschen in Liechtenstein fühlen sich wohl: 95 Prozent leben gerne hier; 86 Prozent sehen der Zukunft mit Hoffnungen entgegen. Dies ist wohl einzigartig im internationalen Vergleich.
- Die meisten Institutionen in Liechtenstein geniessen ein im internationalen Vergleich aussergewöhnlich hohes Vertrauen der Bürger; Liechtenstein ist ein «high-trust» Land.
- Unter den nicht (direkt) politischen Institutionen geniessen «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen:
  - Unternehmen 93 Prozent
  - Polizei 91 Prozent
  - Bildungssystem/Schulen 89 Prozent
  - Banken 86 Prozent
  - Nichtregierungsorganisationen 80 Prozent
  - Medien 54 Prozent
  - Kirche 39 Prozent
- Unter den staatsrechtlich gesehen politischen Institutionen geniessen «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen:
  - Der Erbprinz 89 Prozent
  - Gerichte 85 Prozent
  - Gemeindeverwaltung im Wohnort 85 Prozent
  - Das politische System insgesamt 80 Prozent
  - EWR 77 Prozent
  - Landesregierung 75 Prozent
  - Landtag 74 Prozent
  - Parteien 58 Prozent
  - EU 48 Prozent
- Die allermeisten Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen interessieren sich durchaus für Landespolitik. 75 Prozent geben an, dass sie sich sehr oder ziemlich interessieren; 25 Prozent sagen kaum oder gar nicht.

- Die allermeisten Menschen in Liechtenstein befürworten die Monarchie. 79 Prozent finden das gut; 15 Prozent fänden es besser, wenn das Land eine Republik wäre.
- Liechtensteiner sind «sehr stolz» (48 Prozent)/ «ziemlich stolz» (33 Prozent) auf ihr Land. 86 Prozent fühlen sich dem Land «sehr verbunden»; 13 Prozent «ziemlich verbunden».
- Aber auch den Nachbarländern fühlt man sich verbunden: zunächst der Schweiz (67 Prozent sehr; 29 Prozent ziemlich), dann Österreich (24 Prozent sehr, 52 Prozent ziemlich), und Deutschland (13 Prozent sehr; 35 Prozent ziemlich).
- Diese Ergebnisse ergänzen und bestätigen sehr weitgehend vorhergehende Studien und Umfragen im Land.

### 3. Institutionen-Vertrauen in Liechtenstein: bisherige Befunde

In den grossen Umfragen auf europäischer oder weltweiter Ebene (Eurobarometer, Edelman Trust Barometer, OECD, World Values Survey etc., s. Teil 6.1) wird Liechtenstein nicht erfasst. Dies gilt auch für andere Erhebungen zur Qualität von Institutionen und Standorten, bei denen das Fürstentum in vergleichenden Rankings sehr weit oben stehen dürfte (z.B. Economic Freedom Index oder Global Competitiveness Report). Dennoch gab es bisher gelegentlich Untersuchungen zu Liechtenstein, die auch die Frage des Institutionenvertrauens betreffen.

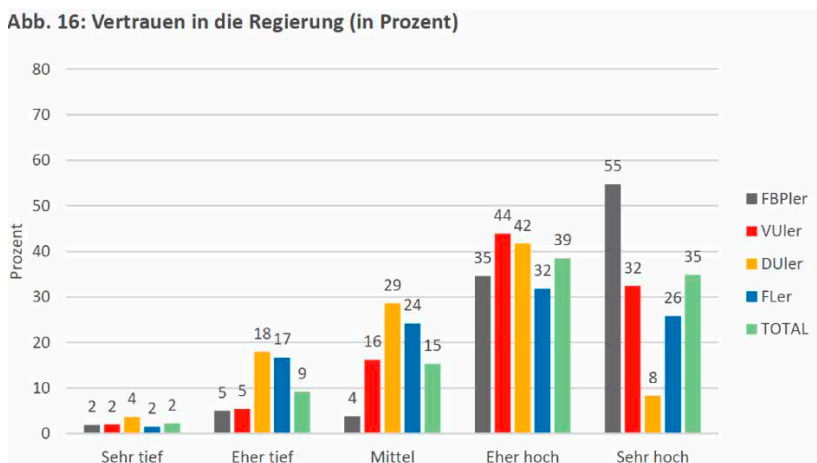
**Das Liechtenstein-Institut** führt anlässlich von Wahlen und grösseren Abstimmungen Computergestützte Telefoninterviews im Land durch, um die Abstimmungsergebnisse zu analysieren. Dabei wird auch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie und des Vertrauens in einige Institutionen gestellt, freilich nur unter den an den Wahlen und Abstimmungen tatsächlich Teilnehmenden, was einen Rückschluss auf die Gesamtheit der Wohlbevölkerung nur bedingt zulässt.

Die **Analyse der Landtagswahlen von 2017** (Marxer 2017: 26) lässt erkennen, dass unter den befragten Wahlteilnehmenden (N = 457) die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt sehr hoch ist: 90 Prozent sind zufrieden (28 Prozent «sehr zufrieden», 62 Prozent «zufrieden»). Die Beschränkung auf Wähler dürfte hier einen gewissen Bias im Gegensatz zur wahlberechtigten Bevölkerung bedeuten; doch schon die vergleichsweise hohe Stimmbeteiligung von 77,8 Prozent drückt ein recht hohes Vertrauen in die Demokratie aus. Gleichzeitig wird jedoch festgestellt, dass bei 36 Prozent der befragten Wähler das Vertrauen in die Politik abgenommen hat (und nur bei 10 Prozent zugenommen): «Bei 63 Prozent derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr oder eher unzufrieden sind, hat das Vertrauen in die Politik abgenommen. Bei den eher Zufriedenen sind es 40 Prozent, bei den sehr Zufriedenen nur 14 Prozent» (ebd.: 19). Das Vertrauen in die Regierung

war indes unter den Gesamtbefragten mit 74 Prozent auch 2017, zumal im internationalen Vergleich, in Liechtenstein sehr gross, wenn auch naturgemäss besonders stark bei Wählern der Regierungsparteien (FBP und VU), s. **Grafik 1**<sup>3</sup>.

Grafik 1: Vertrauen in die Regierung Liechtensteins  
(nach Parteianhängerschaft)

Abb. 16: Vertrauen in die Regierung (in Prozent)



Quelle: Marxer (2017: 27)

Aufschlussreich ist auch die Aufteilung des Vertrauens in weitere Institutionen des Fürstentums. Marxer (2016: 23) enthält in seiner **Analyse der Abstimmung über das Krankenversicherungsgesetz 2016** auch eine Statistik darüber, wie viel Vertrauen die Abstimmenden (Stimm-beteiligung: 66,5 Prozent; Umfrage N = 440) verschiedenen politischen Institutionen im Land entgegen bringen (**Grafik 2**). Absolute Zahlen der Grundgesamtheit sind nicht ausgewiesen, aber ist erkenntlich, dass das Fürstenhaus im Land:

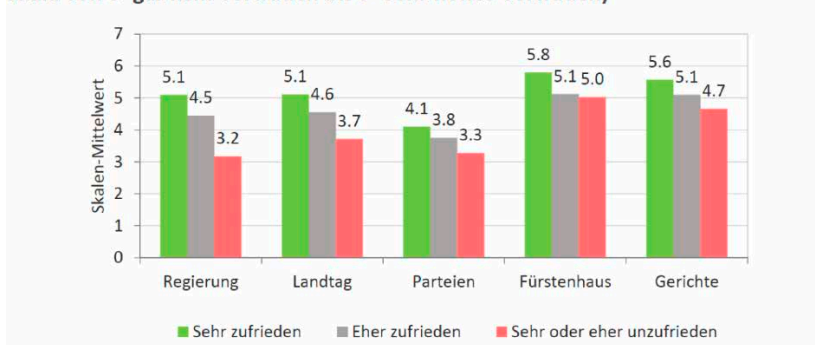
- (a) grosses Vertrauen geniesst (alle Werte oberhalb 3,5 sind «netto» positiv)
- (b) mehr Vertrauen geniesst als Gerichte, Regierung, Landtag und Parteien und

3 Das Wahlergebnis 2017 war: FBP: 35,2 Prozent; VU 33,7 Prozent; DU: 18,4 Prozent; FL: 12,6 Prozent.

- (c) beides sowohl bei denen, die mit der Demokratie im Land sehr oder eher zufrieden, als auch bei denen, die sehr oder eher unzufrieden sind<sup>4</sup>.

Grafik 2: Vertrauen in Institutionen (nach Demokratiezufriedenheit)

Abb. 16: Vertrauen in Institutionen nach Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte, Skala von 0=gar kein Vertrauen bis 7=sehr hohes Vertrauen)



Quelle: Marxer (2016: 23)

Die Auswertung der Einstellungen der Stimmbürger anlässlich der **Abstimmung zur Pensionskasse 2014** (Marxer 2014: 30) ergab ein ähnliches Bild, auch wenn hier «Demokratie-Unzufriedene» das Fürstenhaus auf den zweiten Platz hinter den Gerichten verwiesen (Stimmbeteiligung: 66,5 Prozent; N=440). Bei den (weit überwiegenden) «Demokratiezufriedenen» bleibt die Rangfolge gleich: Fürstenhaus, dann Gerichte, dann Regierung und Landtag insgesamt sehr ähnlich, dann Parteien.

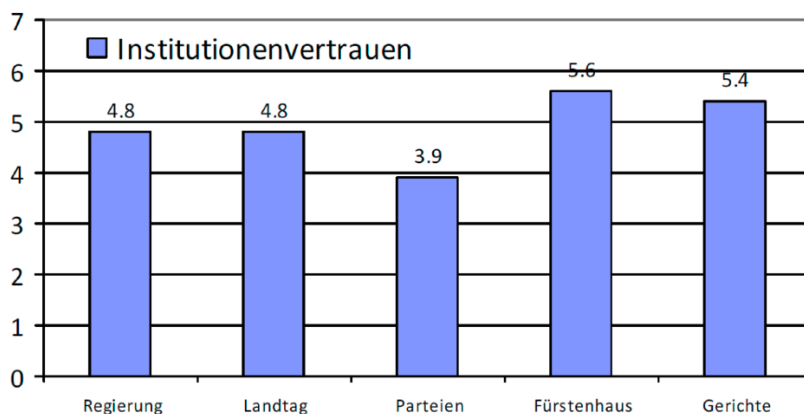
Schliesslich kommt auch eine ältere Umfrage des Liechtenstein-Instituts (Marxer 2012) zum Ergebnis: «Das Vertrauen in die Institutionen in Liechtenstein ist wie bisherigen Umfragen nach wie vor sehr hoch. Den höchsten Wert verzeichnet das Fürstenhaus, den tiefsten die Parteien». Anlass dieser Umfrage war die eine Woche vor der Umfrage durchgeführte **Volksinitiative «Ja – damit deine Stimme zählt» 2012**, bei der die Aufhebung des Vetorechts des Fürsten bei Volksabstimmun-

4 Nimmt man den Befund von Marxer (2017: 26) als Hinweis für das relative Gewicht von «Demokratie-Zufriedenen» (90 Prozent bei der Umfrage im Jahr danach), dann dürften die jeweils linken Balken in Bezug auf die Gesamtbevölkerung deutlich repräsentativer sein.

gen gefordert wurde. Diese wurde bei einer hohen Stimmbeteiligung von 82,9 Prozent von 76,4 Prozent der Abstimmenden abgelehnt. Diese Abstimmung betraf durchaus unmittelbar die Frage des Institutionenvertrauens.

Als Hauptmotiv der deutlichen Ablehnung einer Beschränkung des Vetorechts des Fürsten ergibt die Umfrage des Liechtenstein-Instituts (Marxer 2012) «das Vertrauen ins Fürstenhaus» und «die Auffassung, dass sich die Staatsform in der Vergangenheit bewährt hat». Wiederum zeigt sich das gleiche Bild unter den Liechtensteinern (**Grafik 3**)

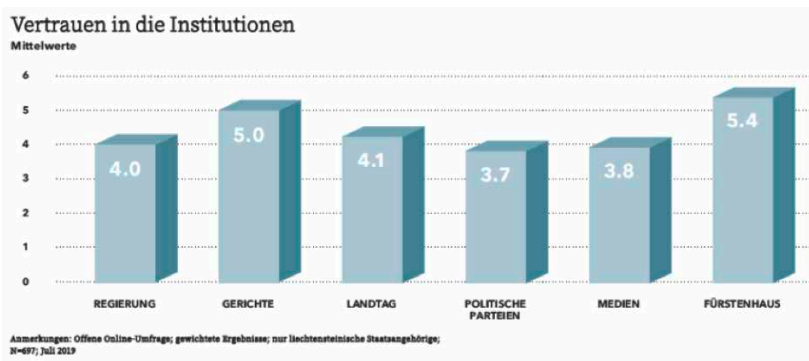
Grafik 3: Vertrauen in verschiedene Institutionen im Land



Quelle: Marxer (2012)

In diesem Sommer 2019 schliesslich führte das Liechtenstein-Institut (Frommelt 2019) eine «**offene Online-Umfrage**» durch, die **nicht repräsentativ** ist, aber anhand demografischer Merkmale wie Alter und Bildung gewichtet wurde (**Grafik 4**). Erneut genießt das Fürstenhaus das höchste Vertrauen, gefolgt von den Gerichten im Land. Regierung und Landtag folgen mit deutlichem Abstand; Medien und Parteien geniessen nur relativ mässiges Vertrauen.

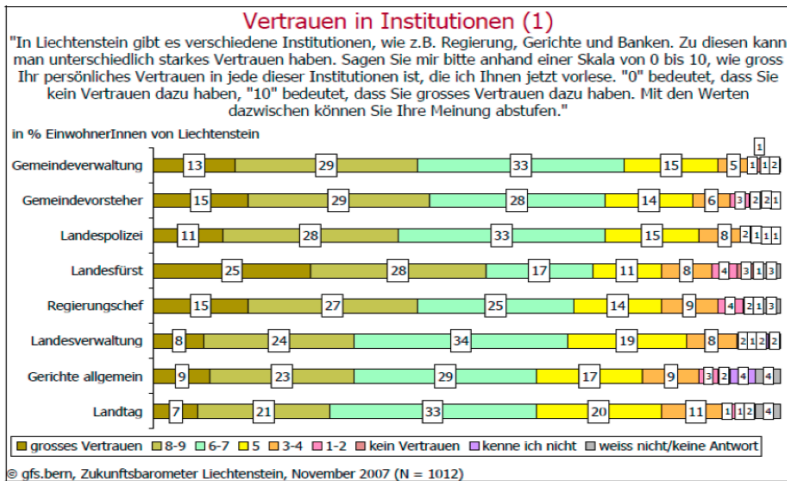
Grafik 4: Institutionenvertrauen in Liechtenstein (online-Umfrage)



Quelle: *Frommelt (2019)*.

Eine **umfangreiche und repräsentative Studie der gfs.bern (Longchamp et al. 2007) zum Zukunftsbarometer** des Landes befragte 1012 Einwohner Liechtensteins ab 16 Jahren via CATI (Computer-Assisted Telephone Interviews) u. a. auch nach deren Vertrauen in die Institutionen des Landes. Die Antworten konnten von 0 bis 10 abgestuft werden, wobei 10 das Maximum und 0 das Minimum ist; 5 wäre damit neutral. Summiert man Nennungen von 10-6 als Vertrauen, ergibt sich, dass Gemeindeverwaltung (75 Prozent), Gemeindevorsteher (72 Prozent), Landespolizei (72 Prozent) und Landesfürst (70 Prozent) die höchsten Vertrauenswerte geniessen (ebd.: 38f). Berücksichtigt man die Intensität des Vertrauens, überragt das Vertrauen in den Landesfürsten die anderen Institutionen, da 25 Prozent den Maximalwert 10 angeben und weitere 28 Prozent mit Werten von 8-9 sehr hohes Vertrauen zum Ausdruck bringen. Die weiteren politischen Institutionen fallen demgegenüber mehr oder weniger deutlich ab; auch wenn Regierungschef und Landesverwaltung noch von etwa zwei Dritteln Vertrauen gegenübergebracht wird. (**Grafik 5**).

Grafik 5: Vertrauen in Institutionen (1)



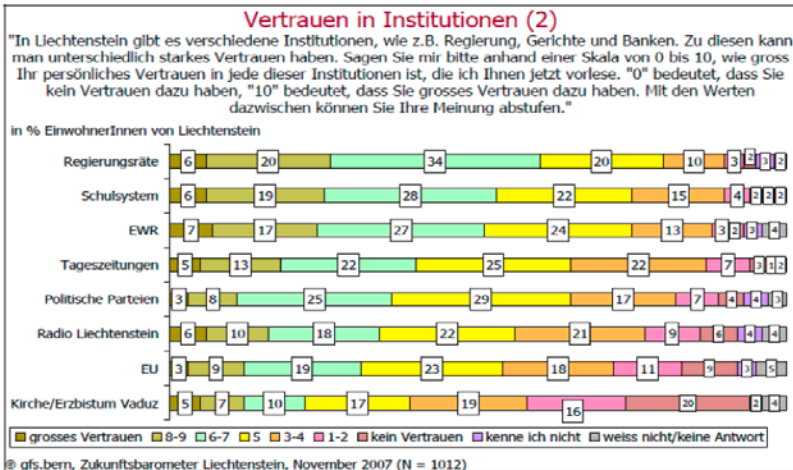
Quelle: Longchamp et al. (2007: 38)

Am Ende der Skala (**Grafik 6**) stehen die Medien und Parteien in Liechtenstein, sowie die Kirche/das Erzbistum. Geringe Werte für diese Institutionen sind auch in anderen Ländern typisch<sup>5</sup>. Unter den internationalen Institutionen wurde nach **EWR und EU** gefragt. Das mehrheitliche Vertrauen (51 Prozent) in den EWR (bei nur 18 Prozent Misstrauen) zeigt, dass die meisten Bürger Liechtensteins ein positives Bild des EWR haben.<sup>6</sup>

5 Parteien und Medien stehen auch in der Befragung der GfK (2017) in 25 Ländern der Welt im Durchschnitt am Ende der Institutionen (mit 28 bzw. 54 Prozent). Das niedrige Vertrauen in Kirchen ist dagegen kein globales Phänomen: mit durchschnittlich 63 Prozent stehen die Kirchen nach Militär und Währung an dritter Stelle – noch vor NGOs, Justiz und Polizei. Zu den schlechten Werten für die katholische Kirche im Land vermuteten Longchamp et al. (2007: 39): «hier schlagen sich u.U. die Kontroversen um die Nachfolge Wolfgang Haas' als Bischof von Chur und seine später erfolgte Einsetzung als Erzbischof des Erzbistums Vaduz nieder».

6 Dies bestätigen auch aktuellere Umfragen. Eine Umfrage zum 20-jährigen Jubiläum des EWR-Abkommens (Frommelt 2015) ergibt, dass 85 Prozent der Liechtensteiner ein «sehr positives, positives, oder eher positives Bild des EWR haben»; für die EU sagen dies nur 43 Prozent.

Grafik 6: Vertrauen in Institutionen (2)



Quelle: Longchamp et al. (2007: 39)

Insgesamt ergab die Studie aus Bern, dass 65 Prozent der befragten LiechtensteinerInnen den Institutionen des Landes generell vertrauen und 35 Prozent eher misstrauen. Mithilfe einer Clusteranalyse anhand der anderen erhobenen Daten stellt die Studie fest (Longchamp et al. 2007: 40ff.):

- a) Geschlecht, Einkommen, Wahlkreis, Heimatland haben keinen signifikanten Einfluss auf das Institutionenvertrauen.
- b) Alter ist signifikant, aber nicht linear: unter den Jungen (bis 39 Jahre) gehören 71 Prozent zur Vertrauensgruppe; 65 Prozent der Alten (ab 65); aber nur 59 Prozent der 40 bis 64 Jährigen.
- c) Konfession/Religion ist relevant: Konfessionslose haben weniger Vertrauen (45 Prozent) als Katholische (65 Prozent) und Reformierte (69 Prozent).
- d) Bildung ist relevant: je geringer der Bildungsabschluss, desto höher das Institutionenvertrauen (tief: 71 Prozent; mittel: 68 Prozent; hoch: 58 Prozent)
- e) Politische Einstellung ist relevant: Menschen, die sich als «rechts» verorten, zeigen das höchste Institutionenvertrauen (70 Prozent), selbsterklärte «Linke» das geringste (47 Prozent).

- f) Herkunft ist relevant: Menschen in Liechtenstein ohne liechtensteinische Staatsbürgerschaft haben mehr Vertrauen in die Institutionen ihres Gastlandes (71 Prozent) als «echte» Liechtensteiner (61 Prozent).

Bemerkenswert im Vergleich zu den demoskopischen Mustern aus anderen Ländern ist der Befund d) und f). Wie in Teil 6.4 dargelegt, ist es andernorts (zumindest in Europa) eher so, dass das Institutionenvertrauen mit dem Bildungsgrad ansteigt. Ebenso bemerkenswert ist, dass Menschen in Liechtenstein, aber ohne Wahlberechtigung bzw. Staatsbürgerschaft, den Institutionen im Land besonders vertrauen.

Grob und reichlich plakativ zusammenfassend könnte man diese Studie zusammenfassen: ein in Liechtenstein lebender junger Ausländer mit geringer Bildung, konservativer Gesinnung und religiöser Bindung hat im Zweifel das höchste Vertrauen in die Institutionen seines (Gast) Landes. Ein mittelalter, linker, konfessionsloser, gebildeter Liechtensteiner hat im Zweifel deutlich weniger Vertrauen. Aber: insgesamt alle haben fast durchweg ein enorm hohes Vertrauen in fast alle Institutionen des Landes.

Die Autoren der Studie ziehen hieraus diese Zwischenbilanz (Longchamp et al. 2007: 44):

*«Es zeigt sich damit in Liechtenstein ein klassisches Modernisierungsmuster, das auch in der Schweiz bis in die 1980er Jahre zu beobachten war: Politisch links Stehende und höher Gebildete sind gegenüber einer als konservativ wahrgenommenen Gesellschaftshaltung kritisch eingestellt. In der Schweiz dagegen hat sich dieses Modernisierungsmuster in der Zwischenzeit zu einem postmodernen Muster gewandelt, bei dem eher politisch rechts Stehende und Personen mit tiefer und mittlerer Bildung den Institutionen misstrauisch gegenüberstehen»*

Die sehr tiefgehende **Jugendstudie** 2017 (Litscher/Mazzurana 2017), welche im bereinigten Sample 354 Antworten von in Liechtenstein wohnhaften Jugendlichen (Grundgesamtheit 4504) der Jahrgänge 1992-2001 analysierte, stellte u.a auch die Frage «Wie viel Vertrauen Sie den folgenden Gruppierungen und Institutionen entgegen bringen?». Die Ergebnisse fasst **Tabelle 1** zusammen.

Tabelle 1: Vertrauen in Institutionen

«Uns interessiert, wie viel Vertrauen Sie den folgenden Gruppierungen und Organisationen entgegen bringen?»						
	Sehr viel Vertrauen	Viel Vertrauen	Teils/ teils	Wenig Vertrauen	Sehr wenig Vertrauen	Weiss nicht
Erbprinz	25%	34%	23%	9%	5%	4%
Fürst	24%	35%	23%	10%	5%	3%
Polizei	23%	49%	19%	6%	3%	0%
Europäischer Gerichtshof	16%	35%	29%	7%	3%	11%
Lokale Banken (LGT, LLB)	16%	42%	28%	9%	4%	2%
Gerichte (nationale)	15%	40%	30%	6%	2%	8%
Umweltschutzgruppen	13%	40%	34%	5%	3%	5%
Menschenrechtsgruppen	12%	38%	35%	7%	2%	7%
Grosse Unternehmen im Inland (Hilti, Hoval)	12%	44%	29%	9%	4%	2%
Vereinte Nationen	9%	31%	38%	9%	3%	10%
Regierung	8%	44%	31%	11%	3%	3%
Landtag	7%	45%	36%	6%	3%	3%
Christliche Kirchen	7%	15%	29%	25%	21%	5%
Lokale Politische Parteien (FBP, VU, FL, DU)	6%	30%	43%	10%	5%	7%
EU	5%	21%	36%	25%	9%	4%
Interessenverbände	3%	30%	41%	10%	3%	12%
EFTA	3%	29%	39%	6%	1%	21%
Medien (online)	3%	13%	39%	31%	13%	1%
Gewerkschaften	3%	29%	43%	7%	2%	16%
Medien (Druck, Fernsehen)	3%	17%	42%	27%	10%	1%
Europäische Zentralbank	2%	15%	38%	20%	9%	16%
Politische Parteien generell	2%	18%	53%	17%	3%	6%
Grosse Unternehmen im Ausland (Nestlé, Novartis)	1%	5%	29%	33%	25%	6%

Quelle: Litscher/ Mazzurana (2017: 78).

Bei den jungen Liechtensteinern führt wiederum das Fürstenhaus die Vertrauensrangliste an, was sehr starkes Vertrauen angeht. Vom Mittelwert ausgehend, vertrauen die Jungen am stärksten der Polizei, dicht gefolgt von Erbprinz und Fürst. Dem entspricht auch die Frage nach dem «Systemvertrauen». Auf die Frage: «Welche Staatsform ist Ihrer Meinung nach ideal für unsere Zukunft?» ergab der Status Quo, die «kons-

titionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage», mit deutlichem Abstand die höchste Zustimmung (**Tabelle 2**).

Tabelle 2: Ideale Staatsform

«Welche Staatsform ist Ihrer Meinung nach ideal für unsere Zukunft?»					
	Eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage (wie in Liechtenstein)	Eine föderale Republik mit Direkt-orialsystem (basis-demokratisches System, wie in der Schweiz)	Eine Republik mit einem parlamentarischen Regierungssystem (wie in Deutschland)	Das jetzige System gefällt mir zwar nicht besonders, aber es gibt nichts besseres	Weiss nicht
Gesamt	50%	21%	5%	6%	17%
Männlich	52%	23%	5%	7%	11%
Weiblich	49%	18%	6%	5%	21%
Untere Schicht	35%	27%	7%	8%	22%
Mittlere Schicht	57%	19%	4%	5%	14%
Obere Schicht	49%	19%	6%		18%
Ohne Migrations-hintergrund	57%	18%	5%	5%	14%
Migrations-hintergrund «DACH»	51%	20%	6%	7%	16%
Migrations-hintergrund «sonstiges Ausland»	33%	28%	5%	7%	26%
Konservativ-traditionell	73%	9%	1%	4%	11%
Sozial-liberal	47%	23%	6%	5%	18%
Grün-progressiv	25%	30%	10%	10%	24%

Quelle: Litscher / Mazzurana (2017:72)

An dieser Studie ist auch bemerkenswert, dass unter den Werten der Jugendlichen der Wert der «Treue» mit 95 Prozent am höchsten geschätzt wird (Litscher/Mazzurana 2017: 34). Daraus lässt sich schliessen, dass auch die Aussicht, berechtigtes interpersonelles Vertrauen haben zu können, einen hohen Wert einnimmt. Abschliessend zum Thema Vertrauen stellen die Autoren fest (ebd.: 87):

*«dass die Identitätspolitik der Monarchie bei den Jungen ankommt. Die Nähe und Sympathie auf der alltäglichen Ebene wird durch unkompliziertes und wenig präventives Auftreten gefestigt. ... In der jetzigen Situation vermittelt das Fürstenhaus den Jungen Sicherheit, Vertrauen und gibt wenig Anlass zur Kritik».*

## 4. Die die aktuelle Studie zum Institutionenvertrauen in Liechtenstein

Von Thomas Petersen<sup>7</sup>

### 4.1 Die Methode

Im März 2019 beauftragte die Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht, Eschen, das **Institut für Demoskopie Allensbach**, Allensbach am Bodensee (Deutschland) mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Liechtenstein. Mit dieser Umfrage sollte der aktuelle Stand des Institutionenvertrauens in Liechtenstein erhoben werden. Darüber hinaus sollten Informationen gewonnen werden über die Demokratieverankerung und das allgemeine Lebensgefühl der Bürger in Liechtenstein. Dabei wurde, wo dies sinnvoll erschien, inhaltlich bis zu einem gewissen Grade an bereits bestehende Untersuchungen angeknüpft (s. Teil 3), vor allem an die Studie des Liechtenstein-Instituts aus dem Jahr 2005<sup>8</sup>, das Zukunftsbarometer der gfs.bern<sup>9</sup> und die Jugendstudie 2017,<sup>10</sup> um eine Vergleichsmöglichkeit herzustellen, doch im Zweifel wurden der Qualität des Fragebogens und eigenen thematischen Schwerpunkten der Vorzug vor der Anschlussfähigkeit an andere Untersuchungen gegeben. Ein direkter Vergleich der vorliegenden Untersuchung mit den genannten Studien ist deswegen nur an einigen wenigen Punkten möglich.

Für die Umfrage wurden in der Zeit zwischen dem 26. April und 3. Mai 2019 insgesamt 500 Personen ab 15 Jahren befragt. Es handelte

---

7 Dr. Thomas Petersen ist Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach.

8 Marxer (2006).

9 Longchamp et al. (2007).

10 Litscher/Mazzurana (2017).

sich dabei um eine computergestützte Telefonumfrage (CATI). Da es erfahrungsgemäss problematisch ist, Telefoninterviews von Deutschland aus mit Befragten in Liechtenstein (bzw. der Schweiz) zu führen, wurden die Interviews vom in Adligenswil bei Luzern ansässigen Institut **DemoSCOPE** durchgeführt. Die Untersuchungskonzeption, die Auswertung und die Gesamtverantwortung für die Studie lagen beim Institut für Demoskopie Allensbach.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Zufallsprinzip, wobei es sich um eine sogenannte «**Dual Frame**»-**Stichprobe** handelte: 80 Prozent der Zielpersonen wurden über das Festnetz kontaktiert und 20 Prozent aus dem Verzeichnis der Mobilfunknummern der Firma BIK Aschpurwis & Behrens generiert, die unter anderem auf die Bereitstellung von Mobilfunknummern für Umfragen spezialisiert ist. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass auch Personen, die über keinen Festnetz-Telefonanschluss verfügen, bei der Umfrage berücksichtigt wurden. Eine bereits bei der Kontaktaufnahme vorgenommene Schichtung der Befragten nach Alter und Geschlecht und eine Gewichtung der Daten nach Abschluss der Interviews anhand weiterer demographischer Faktoren stellte die **Repräsentativität** der Stichprobe sicher. Die Ergebnisse der Umfrage können damit – abzüglich einer bei Repräsentativumfragen unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa vier Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung in Liechtenstein verallgemeinert werden.

## 4.2 Das Lebensgefühl in Liechtenstein

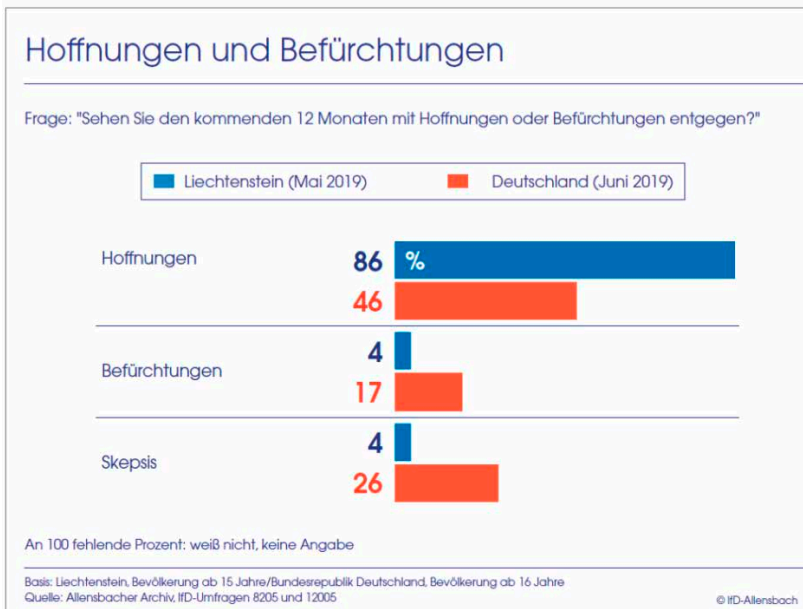
Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage sind durchzogen von einem **bemerkenswert positiven, optimistischen Grundton**. Besonders deutlich erkennbar wird dies an der Frage «Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?» Diese Frage, so vage sie auch formuliert ist, zählt zu den wichtigsten Indikatoren für die Grundstimmung in einem Land. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat sie seit dem Jahr 1949 sehr oft gestellt, vornehmlich jeweils zum Jahresende. Die Relevanz der Frage zeigt sich darin, dass sich aus ihren Antworten zumindest in Deutschland bemerkenswert präzise Konjunkturprognosen errechnen lassen<sup>11</sup> In Liechtenstein antworteten nun

---

11 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann (1989); Antholz (2005).

im April/Mai 2019 86 Prozent der Befragten, sie sähen den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen. In Deutschland gaben fast zum gleichen Zeitpunkt, im Juni 2019, gerade 46 Prozent die gleiche Antwort (**Grafik 7**). Das ist auch für deutsche Verhältnisse ein vergleichsweise niedriger Wert, doch selbst in Zeiten des grössten Optimismus waren die deutschen Werte noch weit vom derzeitigen liechtensteinischen entfernt: Der bisher grösste Anteil «Hoffnungen»-Antworten wurde zum Jahreswechsel 1989/1990, wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer ermittelt. Damals sagten 68 Prozent der Westdeutschen, sie sähen dem kommenden Jahr mit Hoffnungen entgegen.<sup>12</sup>

Grafik 7: Hoffnungen und Befürchtungen



Es liegen keine Umfragen mit dem gleichen Wortlaut aus anderen Ländern vor, aber es gibt zumindest ähnliche Fragen, die darauf hindeuten, dass der Kontrast zwischen den Ergebnissen aus Deutschland und Liechtenstein nicht etwa die Folge einer besonderen Neigung der Deut-

12 Noelle-Neumann/Köcher (Hg. 1993: 1102).

schen zum Pessimismus ist, sondern dass umgekehrt der Wert aus Liechtenstein als aussergewöhnlich einzustufen ist. So stellt das österreichische Umfrageinstitut IMAS International regelmässig zur Jahreswende die Frage «Sehen Sie dem kommenden Jahr mit Zuversicht, Skepsis oder Sorge entgegen?» Zur Jahreswende 2018/2019 antworteten 45 Prozent der befragten Österreicher, sie sähen dem kommenden Jahr mit Zuversicht entgegen,<sup>13</sup> ein Wert, der dem deutschen vom Juni 2019 auffallend ähnelt. Und die Ergebnisse des «Hoffungsbarometers 2019», einer – nicht repräsentativen – Online-Umfrage der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung, deuten, obwohl wegen eines deutlich anderen Abfragemodells kein direkter Vergleich möglich ist, ebenfalls darauf hin, dass der Zukunftsoptimismus in der Schweiz zwar wahrscheinlich etwas ausgeprägter ist als in Deutschland und Österreich, aber wohl auch nicht an das Niveau in Liechtenstein heranreicht.<sup>14</sup>

In die gleiche Richtung deutet das Ergebnis der Frage «Leben Sie gerne in Liechtenstein, oder würden Sie lieber woanders leben?» Fast alle Befragten, 95 Prozent antworteten, sie lebten gerne in Liechtenstein, lediglich drei Prozent meinten, sie würden lieber woanders leben. Ein kleinerer Wert ist in der Umfrageforschung kaum möglich. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass bei Fragen wie dieser viele Menschen sagen, sie lebten gerne an ihrem Wohnort, denn immerhin haben sich viele einmal im Leben dafür entschieden, dort zu leben. Dass jemand ganz gegen seinen Willen an einem Ort festgehalten wird, dürfte in der westlichen Welt nur selten der Fall sein. Hinzu kommt das in der Sozialforschung gut bekannte Phänomen der Neigung zur Verringerung kognitiver Dissonanz: Selbst wenn der eigene Wohnort nicht als optimal empfunden wird, neigen viele Menschen dazu, den Kontrast zwischen Wunsch und Wirklichkeit gedanklich zu verringern, indem sie der Situation gute Seiten abgewinnen und sich auf diese Weise mit der Lage arrangieren.<sup>15</sup> Trotzdem sticht das Ergebnis aus Liechtenstein noch heraus: In den vergangenen Jahren ist in Deutschland bei regionalen Umfragen immer wieder einmal die Frage gestellt worden, ob man gerne am Ort des Interviews lebt. Die höchste Zufriedenheit wurde mit 92 Prozent im Jahr 2001 im Landkreis Osnabrück gemessen, der eine sehr hohe

---

13 IMAS International (2019).

14 Krafft (2019: 5).

15 Vgl. Festinger (1957).

Lebensqualität bietet. Es folgten knapp dahinter die besonders attraktiven und wohlhabenden Städte Hamburg (89 Prozent im Jahr 2003) und Frankfurt am Main (88 Prozent im Jahr 2012). Alle diese Werte liegen aber noch unter dem aktuell in Liechtenstein gemessenen (**Grafik 8**).

Grafik 8: Zufriedenheit mit dem Wohnort im Vergleich

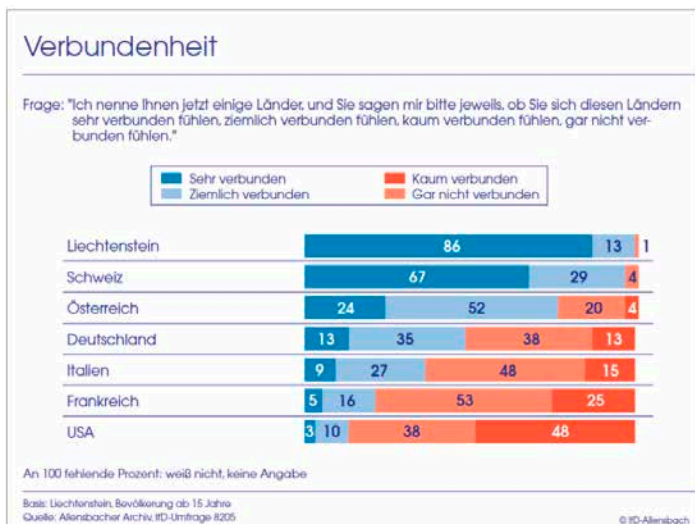


Angesichts dieser Ergebnisse erstaunt es auch nicht, dass sich die Bevölkerung in Liechtenstein durch eine sehr **enge emotionale Bindung an das Land** und einen starken Patriotismus auszeichnet. Bei einer Frage lasen die Interviewer nach und nach die Namen verschiedener Länder vor und baten die Befragten, jeweils anzugeben, ob sie sich diesen Ländern sehr verbunden fühlten, ziemlich verbunden, kaum oder gar nicht verbunden. Daraufhin sagten 86 Prozent, sie fühlten sich Liechtenstein sehr verbunden, weitere 13 Prozent sagten «ziemlich verbunden». Lediglich ein Prozent gab eine andere Antwort. Auch hier zeigt der Vergleich zu Deutschland, wie dieser Wert einzustufen ist. Bei einer analog formulierten Frage sagten im September 2018 67 Prozent der Befragten

in Deutschland, sie fühlten sich ihrem eigenen Land sehr verbunden.<sup>16</sup>

Bemerkenswert ist, dass auch zwei von drei Befragten in Liechtenstein sagten, sie fühlten sich der Schweiz sehr verbunden, und weitere 29 Prozent, sie fühlten sich ihr ziemlich verbunden, und dies, obwohl es sich bei den Befragten zu 72 Prozent um wahlberechtigte Bürger Liechtensteins handelte. Liechtensteiner fühlen sich damit in dem gleichen Mass mit dem Nachbarland verbunden wie Deutsche mit dem eigenen Land. Man erkennt, als wie eng verwandt Liechtenstein mit der Schweiz nicht nur von ausserhalb des Landes wahrgenommen wird, sondern auch aus Sicht der Liechtensteiner selbst. Österreich, das Liechtenstein geographisch wie historisch eigentlich ähnlich nahestehen müsste, fühlen sich die Bürger Liechtensteins dagegen weitaus weniger eng verbunden (**Grafik 9**). Man kann darüber spekulieren, inwieweit der Zollvertrag mit der Schweiz und die Übernahme des Schweizer Franks als Zahlungsmittel mit der Folge, dass sich das tägliche Leben auf beiden Seiten der Grenze nur wenig unterscheidet, zu diesem Gefühl der engen Zusammengehörigkeit beigetragen hat.

Grafik 9: Verbundenheit



16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11091.

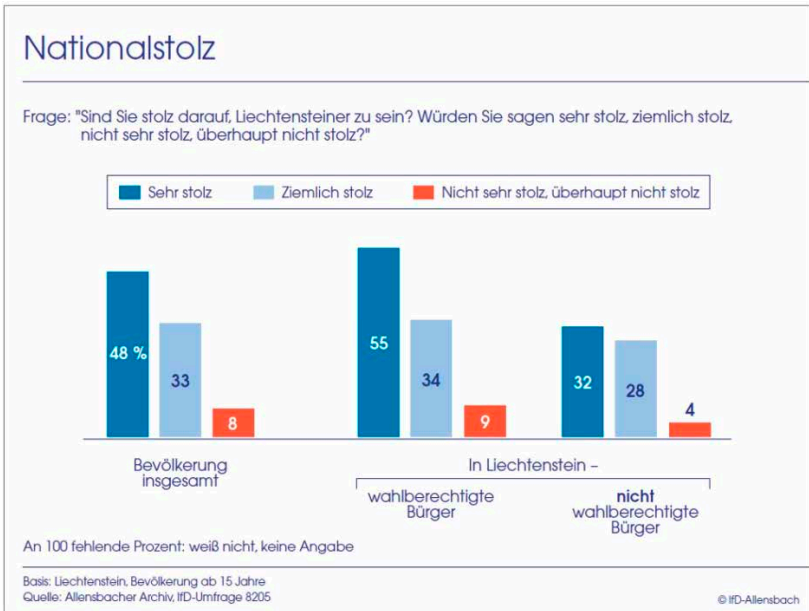
Wie gut es gelingt, die Bewohner Liechtensteins emotional an das Land zu binden, zeigen die Antworten der Befragten, die keine liechtensteinischen Staatsbürger sind. Auch sie sagten zu mehr als drei Vierteln, 78 Prozent, sie fühlten sich dem Land sehr verbunden. Offensichtlich herrscht bei der Bevölkerung die Überzeugung vor, es sei etwas Besonderes, in Liechtenstein zu leben. Die Kleinheit des Landes mag dabei zum Gefühl einer gewissen Exklusivität beitragen.

Bei den Antworten auf die Frage «Sind Sie stolz darauf, Liechtensteiner zu sein?» zeigt sich das gleiche Muster. 48 Prozent der Befragten insgesamt antworteten auf die Frage, sie seien sehr stolz darauf. Liechtensteiner zu sein, weitere 33 Prozent zeigten sich immerhin «ziemlich stolz», lediglich acht Prozent gaben andere Antworten. Dieses Ergebnis bestätigt in der Tendenz das Resultat der Umfrage des Liechtenstein-Instituts aus dem Jahr 2005,<sup>17</sup> ein Hinweis darauf, dass es sich bei der nationalen Identifikation bei vielen Menschen um eine langfristige emotionale Bindung handelt, die sich im Zeitverlauf – wenn überhaupt – nur langsam ändert. Auch hier sind die Antworten der nicht in Liechtenstein wahlberechtigten Befragten besonders bemerkenswert. Im Vorfeld der Untersuchung wurde länger darüber gesprochen, ob es überhaupt möglich und sinnvoll sei, die Frage, «Sind Sie stolz, Liechtensteiner zu sein?» in einem Land zu stellen, in dem ein Drittel der Bevölkerung nicht die Staatsbürgerschaft besitzt. Es wäre nur verständlich gewesen, wenn viele der befragten Ausländer nichts mit der Frage hätten anfangen können oder kurzerhand geantwortet hätten, sie seien keine Liechtensteiner. Doch die grosse Mehrheit der Betroffenen kam gar nicht auf diesen Gedanken: Immerhin 32 Prozent derjenigen, die in Liechtenstein nicht wahlberechtigt sind, sagten dennoch, sie seien sehr stolz darauf, Liechtensteiner zu sein, weitere 28 Prozent äusserten sich «ziemlich stolz», zusammengenommen gaben damit 60 Prozent der nicht stimmberechtigten Befragten zu Protokoll, dass sie sich als stolze Liechtensteiner fühlen (**Grafik 10**). Man kann dieses Antwortverhalten nur als Zeichen eines ausserordentlich **grossen Erfolgs bei der Integration** der Einwanderer deuten.

---

17 Vgl. Marxer (2006: Tabelle 68).

Grafik 10: Nationalstolz



Auch im internationalen Vergleich ist der **Nationalstolz der Liechtensteiner stark ausgeprägt**. Der Fragebogen zur 1982 wiederholten multinationalen «Internationalen Wertestudie», heute als «World Values Survey» bekannt, mit der die Grundhaltung der Bürger zu grundsätzlichen Werten, beispielsweise zu religiösen Normen, zur Arbeitsethik oder Familienorientierung ermittelt wird, enthält auch die Frage, «Sind Sie stolz (...) zu sein?» wobei an der Stelle der drei Punkte die jeweilige Nationalität eingesetzt wird. Auf diese Weise liegen Vergleichswerte zu dieser Frage aus vielen verschiedenen Ländern vor. **Grafik 11** zeigt eine Auswahl. Man erkennt, dass Liechtenstein in Bezug auf den Nationalstolz einen höheren Wert erreicht als die meisten westeuropäischen Vergleichsländer. Deutschland rangiert mit 19 Prozent «sehr stolz» am unteren Ende der Rangordnung, ein Ergebnis das als eine Spätfolge des Missbrauchs nationaler Empfindungen durch die Nationalsozialisten und damit als Sonderfall zu deuten ist.<sup>18</sup> Aber auch in Frankreich und der Schweiz liegen die Werte mit 28 bzw. 31

<sup>18</sup> Vgl. Noelle-Neumann/ Köcher (1987: 17-47); Petersen (2017b: 1-36).

Prozent deutlich unter denen in Liechtenstein, wobei die aus dem vergangenen Jahrzehnt stammende Zahl aus der Schweiz kürzlich in einer Umfrage des Instituts gfs.bern bestätigt wurde: Im Sommer 2018 sagten 34 Prozent der Befragten, sie seien sehr stolz drauf Schweizer zu sein.<sup>19</sup> Auf einem ähnlichen Niveau wie in Liechtenstein bewegen sich dagegen die Antworten in Italien und Grossbritannien. Selbst in den Vereinigten Staaten, deren Bürger in international vergleichenden Untersuchungen seit Jahrzehnten immer wieder einen besonders ausgeprägten Nationalstolz zu erkennen geben,<sup>20</sup> liegt der Wert mit 56 Prozent nicht weit von dem in Liechtenstein entfernt.

Grafik 11: Nationalstolz im internationalen Vergleich



So kann man den Eindruck gewinnen, dass die Bevölkerung in Liechtenstein mit einer besonderen Zufriedenheit und einem bemerkenswerten Selbstbewusstsein auf ihr Land blicken. Der Eindruck wird bestätigt

<sup>19</sup> Gfs.bern (2018: 13).

<sup>20</sup> Vgl. Noelle-Neumann/ Köcher (1987: 28f).

durch die Ergebnisse eines Assoziationstests. Hierfür lasen die Interviewer nach und nach verschiedene Begriffe vor und baten die Befragten, zu jedem dieser Begriffe anzugeben, ob man sie mit Liechtenstein verbinden könnte, ob sie beim Stichwort Liechtenstein an sie denken. **Grafik 12** zeigt das Ergebnis des Tests. Alle zur Auswahl gestellten positiven und neutralen Stichworte wurden praktisch einhellig Liechtenstein zugeordnet. Rund neun von zehn Befragten waren der Ansicht, bei Liechtenstein könne man an schöne Landschaften, Wohlstand und Industrie denken, die Begriffe «Banken», «Freiheit» und «Monarchie» wurden dem Land kaum weniger oft zugeordnet. Das Stichwort «Modernität» immerhin noch von drei Vierteln. Die negative Aussage «Altmodisch» ordnete dagegen weniger als jeder dritte dem Land zu, «Steuerflucht» und auch «Unbedeutend» sogar nur jeder vierte.

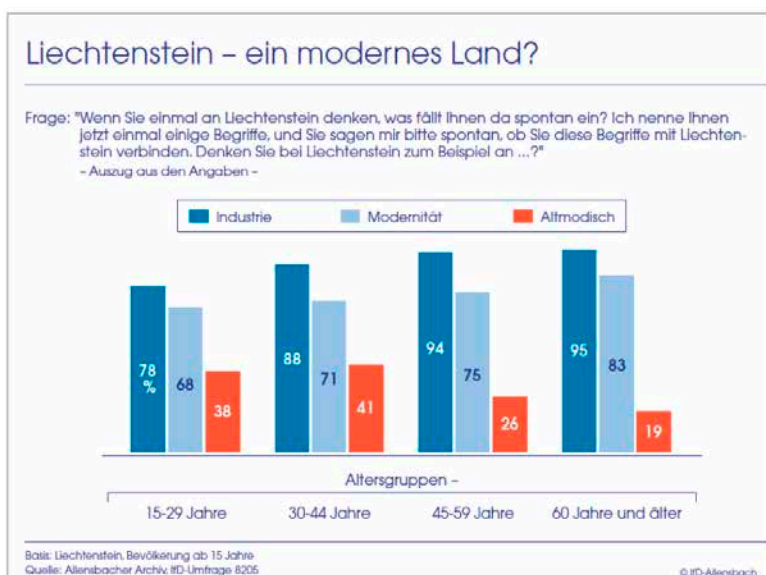
Grafik 12: Assoziationen zu Liechtenstein



Angesichts so eindeutiger Ergebnisse ist es kaum sinnvoll, Detailanalysen vorzunehmen, die das Antwortverhalten verschiedener Bevölkerungsteile miteinander vergleichen, denn wenn praktisch alle Befragten eine bestimmte Position vertreten, gibt es kaum Raum für Unterschiede zwischen Teilgruppen. Eine Ausnahme bilden allerdings die beiden

Punkte «**Modernität**» und «**Altmodisch**». Hier ist ein Unterschied zwischen den Altersgruppen zu beobachten, der Aufmerksamkeit verdient: Während drei Viertel der 45-59-Jährigen und sogar mehr als vier Fünftel der 60-jährigen und älteren Befragten sagten, man könne bei Liechtenstein an das Stichwort «Modernität» denken, meinten dies «nur» rund zwei Drittel der Unter-30-Jährigen. Umgekehrt brachten nur wenige Befragte ab 45 Jahren den Begriff «altmodisch» mit Liechtenstein in Verbindung, während dies immerhin vier von zehn der Jüngeren taten. Nun liegt es bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Sache, dass jüngere Menschen eher dazu neigen, etwas als altmodisch zu empfinden als ältere, und das Antwortverhalten der Jüngeren unterscheidet sich nicht so dramatisch von dem der Älteren, dass man von einer grösseren Generationskluft sprechen müsste. Doch es wäre fahrlässig, den Unterschied im Antwortverhalten allein auf die Lebensphase der Befragten zurückzuführen und ihm keine inhaltliche Bedeutung zuzumessen, denn auch beim Stichwort «Industrie» ist – auf viel höherem Niveau – eine ähnliche Tendenz zu verzeichnen: Der Begriff wurde von jungen Befragten etwas seltener ausgewählt als von älteren (**Grafik 13**).

Grafik 13: Liechtenstein – ein modernes Land?



Man wird diesen Befund zumindest zum Anlass nehmen müssen, der Frage nachzugehen, ob das Image Liechtensteins als zwar kleines, aber auch sehr modernes und innovatives Industrieland zu verblassen beginnt. Es wird kaum jemand bezweifeln können, dass Liechtenstein über eine ausserordentlich erfolgreiche und moderne Industrie beispielsweise auf dem Gebiet des Maschinenbaus, besonders des Werkzeugmaschinenbaus, und der Medizintechnik sowie über einen ausserordentlich modernen und wettbewerbsfähigen Dienstleistungssektor verfügt. Doch in Zeiten, in denen der Blick der Öffentlichkeit mehr und mehr auf den Fortschritt in der Digitalwirtschaft gerichtet ist, ist es vermutlich nur folgerichtig, dass traditionelleren Industrien – vielfach sicherlich zu Unrecht – weniger als in früheren Jahrzehnten der Ruf der Modernität und Innovationskraft anhaftet. Es sieht nicht danach aus, als würde dadurch kurzfristig das Image Liechtensteins als moderner Standort leiden, doch auf längere Sicht kann eine solche Entwicklung durchaus problematisch werden. Es scheint darum sinnvoll zu überlegen, wie man in der Öffentlichkeit die Attraktivität Liechtensteins als Standort für die digitale Wirtschaft hervorheben könnte.

### 4.3 Institutionenvertrauen

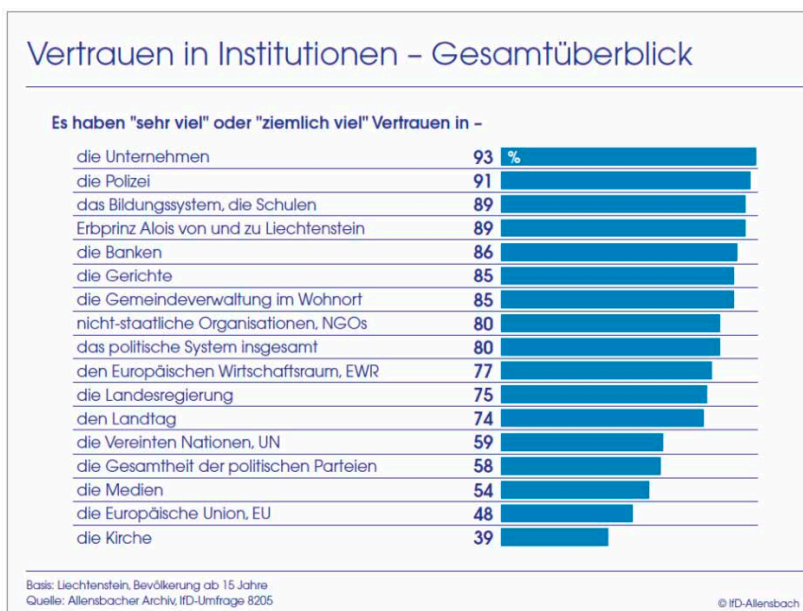
Der Schwerpunkt der aktuellen Bevölkerungsumfrage in Liechtenstein lag auf der Frage nach dem Vertrauen in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen des Landes sowie einiger internationaler Institutionen. Auch hier sind die Ergebnisse bemerkenswert positiv. Im Interview wurde das Vertrauen mit drei verschiedenen Fragen ermittelt. Dieses Vorgehen hatte fragebogentechnische Gründe: Insgesamt wurde die Einstellung der Liechtensteiner Bürger zu **17 Organisationen und Institutionen** erfragt. Bei persönlichen, schriftlichen oder Online-Interviews hätte man alle diese Punkte auf einer einzigen Liste vorlegen können. Bei Telefoninterviews müssen sie dagegen alle einzeln vorgelesen werden, was zeitraubend ist und das Interview rasch monoton werden lässt. Monotonie im Interview ist aber eine der wichtigsten (und vor allem in der akademischen Forschung am meisten unterschätzten) Ursachen für mangelnde Datenqualität, denn sie führt dazu, dass die Konzentration der Befragten sinkt und die Antworten

flüchtiger und unzuverlässiger werden.<sup>21</sup> Um diesen Effekt zu vermeiden, wurden die Befragten deswegen zunächst gebeten anzugeben, wie sehr sie verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen wie der Polizei, den Schulen, den Medien oder der Kirche vertrauen. An späterer Stelle im Interview wurde dann nach den politischen Institutionen wie dem Landtag und der Landesregierung gefragt, danach folgten die internationalen Organisationen EWR, EU und die Vereinten Nationen. Zu allen diesen Institutionen gaben die Befragten an, ob sie ihnen sehr viel, ziemlich viel, wenig oder gar nicht vertrauen. **Grafik 14** zeigt das Ergebnis der drei Fragen zusammengefasst. Man erkennt, dass **praktisch alle Liechtensteiner Institutionen ein ausserordentlich grosses Vertrauen geniessen**. Mehr als neun von zehn Befragten sagten, sie hätten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Unternehmen in Liechtenstein und in die Polizei, kaum weniger sagten das gleiche über das Schulsystem, die Banken und die Gerichte. Unter den politischen Institutionen steht Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit 89 Prozent «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen ganz an der Spitze, aber auch vom politischen System insgesamt, der Landesregierung und dem Landtag sagten rund drei Viertel der Befragten, dass sie ihnen mindestens «ziemlich viel» Vertrauen entgegenbringen. Es gibt überhaupt nur drei Institutionen in Liechtenstein, denen deutlich weniger Vertrauen entgegengebracht wird, nämlich die Parteien (58 Prozent), die Medien (54 Prozent) und – ganz am Ende der Rangliste, noch hinter den im Vergleich zu fast allen Liechtensteiner Institutionen deutlich schlechter bewerteten internationalen Organisationen, die Kirche mit 39 Prozent.

---

21 Vgl. Petersen (2014a): 72-75.

Grafik 14: Vertrauen in Institutionen – Gesamtüberblick



Wie die Angaben der Liechtensteiner zu ihrem Vertrauen in Institutionen einzuordnen sind, erschliesst sich erst, wenn man sie mit den Antworten auf ähnliche Fragen in anderen Ländern vergleicht. **Tabelle 3** präsentiert eine Übersicht von Ergebnissen aus Umfragen zum Vertrauen in Institutionen in anderen europäischen Ländern, die mit dem Resultat der vorliegenden Umfrage verglichen werden können. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es sich um Ergebnisse von insgesamt acht verschiedenen Umfragen von zum Teil sehr unterschiedlicher Qualität handelt. Es kamen verschiedene Stichprobenmethoden zum Einsatz, einige beruhen auf telefonischen Interviews, bei anderen handelt es sich um persönliche, bei wieder anderen um Online-Umfragen. Manche, wie beispielsweise die Ergebnisse der Schweizerischen Befragung zum World Values Survey oder die Resultate des Pew Research Centers wird man guten Gewissens als zuverlässig einstufen können, wobei erstere aber wiederum mit einiger Vorsicht zu betrachten sind, weil sie bereits vor zwölf Jahren erhoben wurden, bei anderen ist mehr Vorsicht geboten. Vor allem bei den von der OECD veröffentlichten Daten des Gallup World Polls, wird man mit von Land zu Land stark schwanken-

der Qualität rechnen müssen. Auch die Frageformulierungen und die Formulierungen der Antwortvorgaben unterschieden sich teilweise. In Tabelle 3 wurden aber nur solche Ergebnisse aufgenommen, bei denen vor allem die Struktur der Antwortvorgaben der in der vorliegenden Umfrage in Liechtenstein verwendeten zumindest ähnelte. Vor allem in der Schweiz ist es oft üblich, nicht, wie es hier der Fall war, mit einer Verbalskala zu arbeiten, sondern dass die Befragten ihr Vertrauen in Institutionen auf einer Skala von 1 bis 10 anzugeben und dann den Durchschnittswert zu berechnen. Die Antworten auf solche Fragen sind nicht mit denen auf das hier verwendete Fragemodell zu vergleichen. Studien, die dieses Modell verwenden, bleiben deswegen in Tabelle 3 unberücksichtigt.

Solche Einschränkungen der Interpretierbarkeit treten bei allen multinationalen Umfragevergleichen auf. Sie ändern aber nichts daran, dass solche Vergleiche sehr aufschlussreich sein können. Im vorliegenden Fall wird der Hauptbefund durch diese methodischen Aspekte nicht eingeschränkt: Wie in Tabelle 3 deutlich zu erkennen ist, ist das Niveau des Vertrauens in die nationalen und auch die internationalen Institutionen in Liechtenstein deutlich **grösser als in den Vergleichsländern**. Dies gilt für fast alle Institutionen, es zeigt sich im Vergleich mit sämtlichen hier berücksichtigten Ländern, und es würde sich an diesem Befund auch nichts ändern, wenn man etwaige methodische Schwächen in den Umfragen aus den anderen Ländern in der Analyse berücksichtigen und zu jedem Resultat eine Art «Sicherheitszuschlag» von einigen Prozentpunkten hinzurechnen würde (s. Teil 6.1).

Darüber hinaus meint man erneut die bereits beschriebene atmosphärische **Nähe zur Schweiz** zu erkennen, die sich, wie man annehmen kann, auch in einer Ähnlichkeit der Mentalität der Bevölkerungen in beiden Ländern niederschlägt. Es zeigt sich jedenfalls, dass in vielen Fällen die Ergebnisse aus der Schweiz denen aus Liechtenstein noch am nächsten kommen. So sagten die Befragten in Liechtenstein zu 91 Prozent, sie hätten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die **Polizei**. In der Schweiz waren es im Jahr 2007 83 Prozent, wobei die Trenddaten des Instituts für Demoskopie Allensbach darauf hinweisen, dass solche grundsätzlichen Einstellungen, wie das Vertrauen in Institutionen, sich in der Regel nur langsam verändern, so dass der Schweizer Wert durchaus auch heute noch einen nützlichen Anhaltspunkt bieten kann. In Österreich und Deutschland war das Vertrauen in die Polizei mit 75 bzw. 74 Prozent dagegen spürbar geringer als in Liechtenstein und in der

Schweiz, obwohl auch hier die Polizei zu den am meisten respektierten Institutionen gehört. Das gleiche zeigt sich beim Vertrauen in die **Gerichte**: In Liechtenstein sagten 85 Prozent, sie hätten in diese sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen, in der Schweiz waren es mit 76 Prozent neun Prozentpunkte weniger, in Österreich (hier wurde statt nach den Gerichten nach der Justiz gefragt) und Deutschland noch einmal neun bzw. zehn Prozent weniger.

Der Blick auf das Vertrauen in das **nationale Parlament** und die **nationale Regierung**, Punkte, für die dank grosser multinationaler Untersuchungen Werte aus einer grösseren Zahl von Ländern vorliegen, zeigt, dass Liechtenstein mit seinem hohen Niveau im Institutionenvertrauen nicht nur im deutschsprachigen Raum eine Sonderrolle spielt. Der liechtensteinische Wert ist bei beiden Punkten der mit Abstand höchste. Vergleichsweise hoch sind die Werte auch noch in den nord-europäischen Ländern, in Italien und Frankreich liegen sie dagegen weit unter dem Nord- und mitteleuropäischen Niveau (s. Teil 6.1).

Natürlich sind solche multinationalen Vergleiche nicht nur wegen der beschriebenen methodischen Aspekte mit Vorsicht zu betrachten, sondern auch, weil, abhängig von der Tagespolitik und den jeweiligen politischen Gegebenheiten, spezifische Sondereinflüsse die Antworten in einzelnen Ländern beeinflussen können. So steht beispielsweise beim Vertrauen in das nationale Parlament nicht, wie bei den meisten anderen Punkten, die Schweiz an zweiter Stelle hinter Liechtenstein, sondern reiht sich hinter Schweden und den Niederlanden etwa auf dem gleichen Niveau wie Dänemark und Österreich ein. Hier wird man die Tatsache berücksichtigen müssen, dass das Parlament im politischen System der Schweiz eine weniger zentrale Rolle einnimmt als in den repräsentativen Demokratien. An dem Gesamtbild der Umfrageergebnisse ändert dies nichts Grundlegendes.

Es gibt nur zwei Punkte, in denen die Ergebnisse in Liechtenstein etwas von dem beschriebenen Muster abweichen. Zum einen zeigten die Befragten in Liechtenstein **weniger Vertrauen in die Medien** als die Bürger in Deutschland, den Niederlanden und Schweden. Interessanterweise wichen hier auch die Schweizer von ihrem sonstigen Antwortverhalten ab und zeigten sich den Medien gegenüber sogar besonders skeptisch. Über die Gründe für dieses Antwortverhalten kann an dieser Stelle nur spekuliert werden, doch es liegt nahe anzunehmen, dass gerade die Kleinräumigkeit der politischen Landschaft in Liechtenstein und auch der Schweiz mit ihrer Konzentration auf die kantonale Ebene

und dem starken Element der direkten Demokratie zu einer grösseren Distanz gegenüber den Medien führt. Es ist aus der Medienwirkungsforschung bekannt, dass der Einfluss der Massenmedien auf die Meinungsbildung der Bevölkerung um so geringer wird, je mehr die Berichterstattung Themen betrifft, über die die Bürger aus eigener Anschauung urteilen können. Die Information aus den Medien wird mit der eigenen Erfahrung verglichen und unter Umständen relativiert. Deswegen ist beispielsweise in Deutschland die Auswirkung der Berichterstattung auf dem Gebiet der Schulpolitik geringer als etwa bei der Finanzpolitik, weil bei der Schulpolitik die Bürger mit schulpflichtigen Kindern die Folgen der schulpolitischen Entscheidungen täglich vor Augen geführt bekommen.<sup>22</sup>

Je grösser und zentralisierter der Staat ist, um so schwächer ist diese Korrektur durch die eigene Beobachtung, und um so mehr sind die Bürger auf die Informationen aus den Medien angewiesen. Darüber hinaus kann man vermuten, dass durch die **Unmittelbarkeit der Politik** in Liechtenstein und der Schweiz auch eine andere Art politischen Verantwortungsbewusstseins und damit auch eine grössere Fähigkeit zur kritischen Distanz gegenüber den Medien entsteht als in grösseren repräsentativen Demokratien. Diese Vermutung steht auch nicht mit der Tatsache im Widerspruch, dass die Bürger in Liechtenstein besonders grosses Vertrauen in andere Institutionen zeigen, ein Umstand, den man auf den ersten Blick nicht gerade als Ausweis kritischen Denkens ansehen könnte. Doch es ist aus der politischen Forschung zumindest in Deutschland seit langem bekannt, dass das Urteil über die Politik und die staatlichen Institutionen nicht etwa schlechter wird, wenn die Urteilsfähigkeit durch persönliche Kontakte zwischen Politik und Bürgern und ein vertieftes Verständnis der demokratischen Prozesse gestärkt wird, sondern im Gegenteil positiver.<sup>23</sup> Da in den Massenmedien der meisten Länder Negativität nach wie vor einer der wichtigsten Nachrichtenfaktoren ist und die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse in der Berichterstattung auch zwangsläufig stark vereinfacht werden müssen, bedeutet die Nähe zur praktischen Politik und die Möglichkeit, ihre Komplexität zu durchschauen, eine gewisse Versicherung gegenüber jener pauschalen Herabwürdigung von politischen Institutionen und ihren Vertretern, die in den letzten Jahrzehnten in vielen westlichen

---

22 Vgl. Petersen (2013: 25-28).

23 Vgl. z. B. Petersen (2014b).

Ländern zu beobachten war.<sup>24</sup> Die Vermutung, dass die **Kleinräumigkeit** des Landes eine Ursache für das hohe Institutionenvertrauen in Liechtenstein sein könnte, wird durch die internationalen Ergebnisse zum Vertrauen in die nationale Regierung gestützt, denn hier liegt auch ein Resultat aus Luxemburg vor, das in dieser Hinsicht nach Liechtenstein den höchsten Wert ausweist, noch knapp vor der Schweiz.

Der zweite Punkt, in dem die Antworten aus Liechtenstein von dem sonst dominierenden Muster abweichen, betrifft die **Kirche**. Sie hat vermutlich in den meisten westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung und Ansehen verloren, zumindest für Deutschland lässt sich dies gut belegen.<sup>25</sup> Verglichen mit Deutschland ist das Vertrauen der Liechtensteiner in die Kirche noch vergleichsweise hoch: 39 Prozent Befragten in Liechtenstein, die sagen, sie hätten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Kirche, stehen nur 19 Prozent in Deutschland gegenüber. Doch in Deutschland liegt auch der Anteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung mit rund 55 Prozent im Jahr 2016<sup>26</sup> deutlich niedriger als der Anteil der Katholiken in Liechtenstein, der im Jahr 2015 73 Prozent betrug. Rechnet man die Protestanten hinzu, kommt man sogar auf 86 Prozent Kirchenmitglieder.<sup>27</sup> Besonders bemerkenswert ist aber der Kontrast zur Schweiz. Hier sagten 44 Prozent, also mehr Befragte als in Liechtenstein, sie hätten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Kirchen. Da diese Zahl aus dem Jahr 2007 stammt, muss man zwar annehmen, dass bei einer heutigen Umfrage ein etwas niedriger Wert ermittelt werden würde, doch auch hier ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung in der Schweiz mit knapp 60 Prozent deutlich geringer ist als in Liechtenstein.<sup>28</sup> Alles in allem zeigen die Liechtensteiner damit, obwohl sie eigentlich enger an die Institution Kirche gebunden sind als die Bewohner des Nachbarlandes, wenn vielleicht auch kein geringe-

---

24 Ebenda.

25 Vgl. Petersen (2016): 324-335.

26 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales. (Wiesbaden): Statistisches Bundesamt 2018, S. 26, 73.

27 Amt für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Liechtensteins 2019. Vaduz: 2019, S. 80.

28 Bundesamt für Statistik: Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren nach Religionszugehörigkeit. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/tabellen.assetdetail.7226715.html> (zuletzt aufgerufen am 23. Juli 2019).

res, so doch höchstwahrscheinlich auch kein stärkeres Vertrauen in die Kirche. Da dieses Ergebnis aus dem oben beschriebenen Muster herausfällt, wonach das Institutionenvertrauen in Liechtenstein eigentlich durchgängig grösser ist als in den Vergleichsländern, unabhängig davon, nach welcher Institution man fragt, drängt sich die Vermutung auf, dass im Falle der Kirche ein lokaler Sondereffekt dazu geführt hat, dass die Liechtensteiner dieser Institution mit – nach liechtensteinischen Massstäben – vergleichsweise grossem Misstrauen begegnen. Es liegt nahe, dieses Antwortverhalten als eine Folge der langjährigen Auseinandersetzungen über die Einsetzung des umstrittenen Bischofs von Chur als Erzbischof des eigens geschaffenen Erzbistums Vaduz und über das Verhältnis von zwischen Kirche und Staat zu deuten<sup>29</sup>.

---

29 Vgl. etwa Katholisches Medienzentrum Schweiz: «Erzbischof Wolfgang Haas ist 70 – die Spannungen sind geblieben» <https://www.kath.ch/newsd/erzbischof-wolfgang-haas-ist-70-die-spannungen-sind-geblieben/>

Tabelle 3: Vertrauen in Institutionen – internationaler Vergleich

	Land, in dem die Umfrage stattfand										
Es haben «sehr viel» oder «ziemlich viel Vertrauen» in –	LI	CH	A	D	I	F	NL	DK	S	GB	LUX
Polizei	91	83 <sup>b)</sup>	75 <sup>a)</sup>	74 <sup>d)</sup>							
Bildungssystem, Schulen	89										
Banken	86			52 <sup>c)</sup>	29 <sup>c)</sup>	39 <sup>c)</sup>	65 <sup>c)</sup>	56 <sup>c)</sup>	62 <sup>c)</sup>	54 <sup>c)</sup>	
Gerichte, Justiz	85	76 <sup>b)</sup>	67 <sup>a)</sup>	66 <sup>d)</sup>							
Europäischer Wirt- schaftsraum	77	55 <sup>b)</sup>									
Nationale Regie- rung	75	65 <sup>b)</sup>	43 <sup>a)</sup>	39 <sup>b)</sup>	24 <sup>c)</sup>	28 <sup>c)</sup>	57 <sup>c)</sup>	47 <sup>c)</sup>	49 <sup>c)</sup>	41 <sup>e)</sup>	68 <sup>e)</sup>
Nationales Parla- ment	74	52 <sup>b)</sup>	48 <sup>a)</sup>	42 <sup>b)</sup>	16 <sup>c)</sup>	33 <sup>c)</sup>	68 <sup>c)</sup>	50 <sup>c)</sup>	71 <sup>c)</sup>	36 <sup>c)</sup>	
Vereinte Nationen	59	49 <sup>b)</sup>									
Parteien	58	25 <sup>b)</sup>		16 <sup>b)</sup>							
Medien, Presse	54	36 <sup>b)</sup>		64 <sup>c)</sup>	29 <sup>c)</sup>	35 <sup>c)</sup>	67 <sup>c)</sup>	47 <sup>c)</sup>	64 <sup>c)</sup>	32 <sup>c)</sup>	
Europäische Union	48	37 <sup>b)</sup>	39 <sup>a)</sup>	30 <sup>b)</sup>							
Kirche(n)	39	44 <sup>b)</sup>		19 <sup>d)</sup>							

Quellen: Liechtenstein: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 8205 (2019).

- a) Österreichischer Demokratie-Monitor 2018, S. 17.
- b) Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 12000 (März 2019).
- c) Pew Research Center (Juli 2018).
- d) Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11095 (November 2018).
- e) OECD (Hrsg.): Government at a Glance 2017 (Gallup World Poll 2016).
- f) Universität Zürich: World Values Survey 2007 («sehr viel Vertrauen» und «viel Vertrauen»).
- g) FORS, Feb.-Nov. 2017
- h) Frommelt 2015 («sehr positives» und «positives Bild»)

## 4.4 Zum politischen Klima in Liechtenstein

Die Bürger in Liechtenstein zeichnen sich nicht nur durch ein grosses Institutionenvertrauen aus, sondern auch durch ein **hohes politisches Interesse**. Auf die Frage «Wie sehr interessieren Sie sich für die Landespolitik in Liechtenstein?» antworteten drei Viertel der Befragten in der vorliegenden Untersuchung, sie interessierten sich sehr oder ziemlich dafür. Auch hier hilft der Vergleich mit Umfrageergebnissen aus Deutschland. Dort sagen seit Jahrzehnten – allerdings bei einer Frage mit etwas anders formulierten Antwortvorgaben – stets rund 50 Prozent der Befragten, dass sie sich für Politik interessieren.<sup>30</sup>

Das Politikinteresse ist dabei deutlich abhängig vom Alter: Während acht von zehn Liechtensteinern im Alter ab 45 Jahren sagten, sie interessierten sich sehr oder ziemlich für die Landespolitik, waren es bei den Unter-30-Jährigen nur 61 Prozent (**Grafik 15**). Auf den ersten Blick lässt dieses Ergebnis vermuten, dass in Liechtenstein eine junge Generation heranwächst, die deutlich weniger politisch denkt als ihre Eltern und Grosseltern, doch die Umfrageergebnisse aus Deutschland relativieren den liechtensteinischen Befund erheblich: In Deutschland verfügt das Institut für Demoskopie Allensbach über eine lange Trendreihe zur Frage nach dem Politikinteresse. Im Rahmen einer Grundlagenstudie zu den Ursachen der Wahlenthaltung im Jahr 2013 wurde der Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und ihrer Beteiligung am politischen Leben gründlich analysiert. Dabei wurde der Frage nach dem politischen Interesse besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es zeigte sich, dass damals in Deutschland ein deutlich grösserer Generationenunterschied bestand als heute in Liechtenstein.<sup>31</sup> Da das Gesamtniveau des politischen Interesses, wie oben beschrieben, insgesamt in Deutschland geringer ist als in Liechtenstein (der Wert lag 2013 bei 53 Prozent), ist es an dieser Stelle sinnvoll, nicht die absoluten Prozentwerte zu betrachten, sondern den Vergleich zwischen den beiden Ländern mit Hilfe von Indexwerten vorzunehmen. Einen solchen Vergleich zeigt **Grafik 16**: Das Politikinteresse der Befragten im Alter ab 60 Jahren, das in beiden Ländern am grössten ist, wurde gleich 100, die Angaben der anderen Altersgruppen dazu in Beziehung gesetzt. Grafik 26 zeigt also nicht die absoluten, sondern die *relativen* Unterschiede

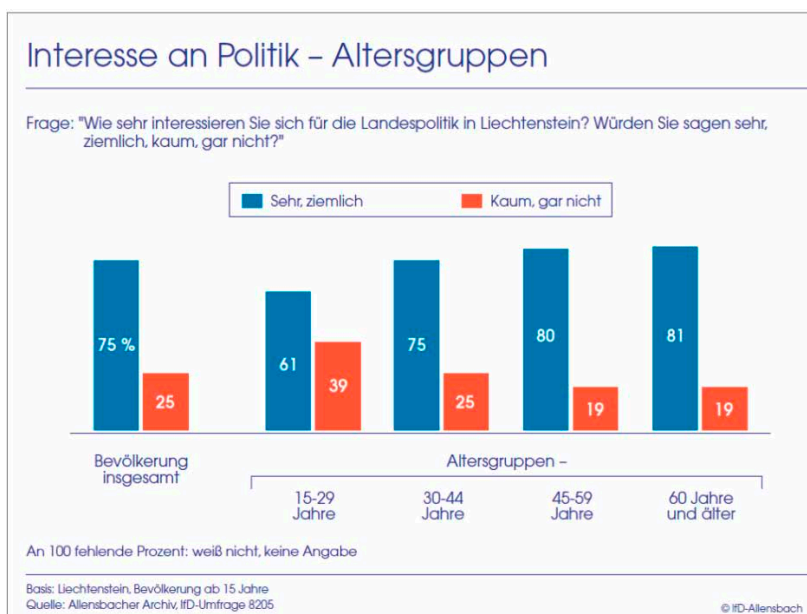
---

30 Vgl. Petersen (2017b: 31).

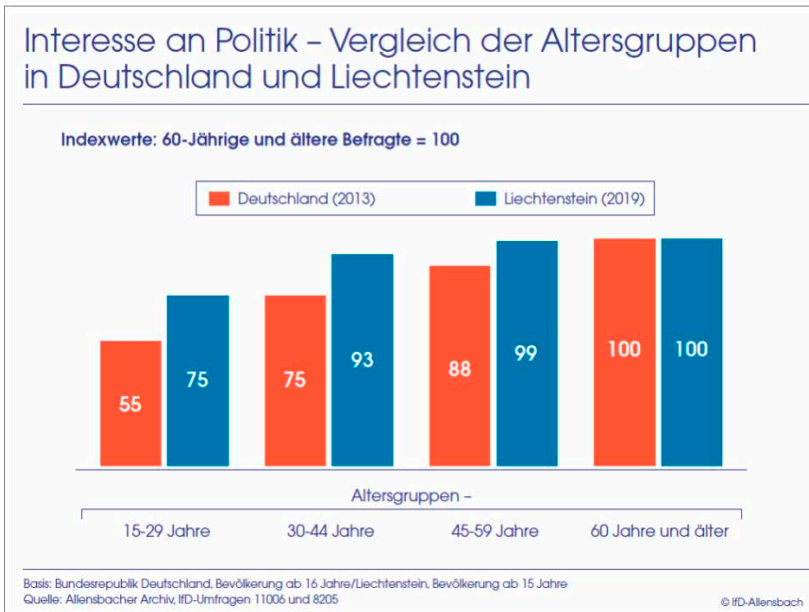
31 Institut für Demoskopie Allensbach (2013): 37.

im Politikinteresse zwischen den Generationen. Man erkennt, dass der Indexwert für die Unter-30-Jährigen in Deutschland bei 55 liegt. Das bedeutet, dass der Anteil derjenigen, die sagten, sie interessierten sich für Politik, im Jahr 2013 bei den jungen Befragten kaum mehr als halb so gross war wie bei den 60-jährigen und älteren Befragten. In Liechtenstein liegt der Indexwert aktuell dagegen bei 75, also relativ zum Politikinteresse der Älteren deutlich höher.

Grafik 15: Interesse an Politik – Altersgruppen



Grafik 16: Interesse an Politik – Vergleich der Altersgruppen

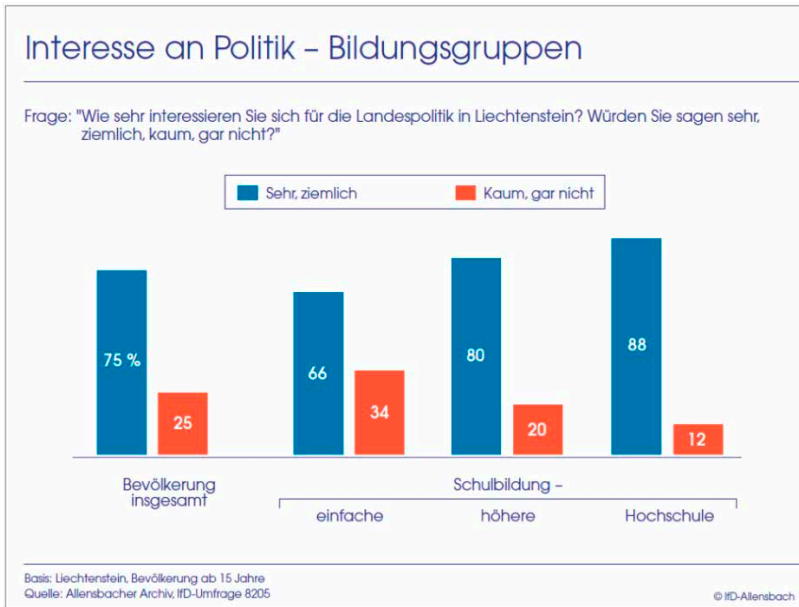


Dieser Wert wiederum, ein Politikinteresse bei der jungen Generation auf einem Niveau von etwa drei Vierteln des Niveaus der älteren Generation, deutet aber nicht auf eine Abwendung der jungen Generation von der Politik hin, denn ob man sich für Politik interessiert oder nicht, ist auch abhängig davon, in welcher Lebensphase man sich befindet. In der deutschen Untersuchung aus dem Jahr 2013 wurde unter Rückgriff auf die lange Trendreihe der Frage nach dem Politikinteresse eine sogenannte **Kohortenanalyse** durchgeführt. Eine Kohorten-Analyse ist eine im Prinzip simple Auswertung, bei der man das Verhalten einer bestimmten Generation über die Jahrzehnte hinweg verfolgt. Im vorliegenden Fall wurde das Wahljahr 1969 als Startpunkt verwendet. In den repräsentativen Bevölkerungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach werden, wie auch in der vorliegenden Untersuchung, die Befragten aus pragmatischen Gründen in vier Gruppen unterteilt, von denen die unterste 14, und die beiden mittleren jeweils 15 Jahrgänge umfassen. Wenn man nun das Antwortverhalten dieser Altersgruppen in Abständen von jeweils 15 Jahren verfolgt, kann man die betreffenden Generationen in ihrem Lebenslauf gleichsam begleiten: Diejenigen, die

im Jahr 1969 der Gruppe der 16-29-Jährigen angehörten, waren vierzehn Jahre später, im Wahljahr 1983, 30 bis 44 Jahre, und weitere 15 Jahre später, 1998, 45 bis 59 Jahre alt. 2013, wiederum 14 Jahre danach, gehörten sie fast vollständig zur Gruppe der 60-Jährigen und Älteren. Wenn man also die Messzeitpunkte richtig setzt, kann man die Unter-30-Jährigen von einem Zeitpunkt mit den 30- bis 44-Jährigen eineinhalb Jahrzehnte später vergleichen, denn es handelt sich dabei um die gleichen Personen (wenn natürlich auch nicht um dieselben Befragten).

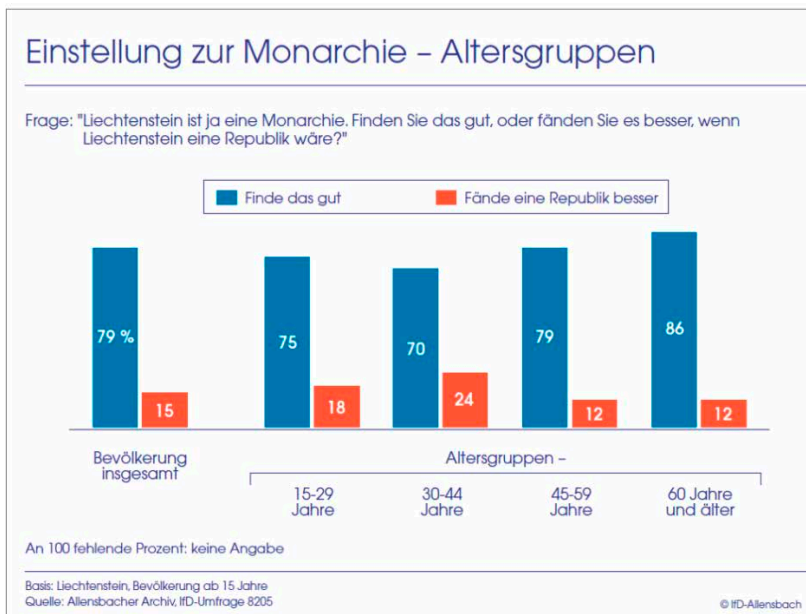
Diese Kohortenanalyse ergab nun, dass das Interesse an Politik, zumindest in Deutschland – aber man kann annehmen, dass das in Liechtenstein nicht wesentlich anders ist – im Laufe des Lebens zunimmt. Diejenigen, die im Jahr 1969 unter 30 Jahre alt waren, sagten zum damaligen Zeitpunkt zu 41 Prozent, dass sie sich für Politik interessierten. 15 Jahre später sagte dieselbe Alterskohorte, inzwischen 30-44 Jahre alt, zu 57 Prozent, sie interessiere sich für Politik, 2013 war der Wert, wiederum in den gleichen Jahrgängen, auf 64 Prozent gestiegen. Bildet man hier nun wiederum einen Index und setzt das Politikinteresse der 60-jährigen und älteren Befragten im Jahr 2013 gleich hundert und das Interesse der Unter-30-Jährigen im Jahr 1969 dazu in Beziehung, dann erhält man für die Letzteren einen Indexwert von 77, also fast den gleichen, der in Grafik 26 für die heutige junge Generation in Liechtenstein ausgewiesen ist. Das bedeutet, dass die aktuellen Daten aus Liechtenstein nicht, wie man auf den ersten Blick meinen könnte, zeigen, dass sich die junge Generation von der Politik abwendet, im Gegenteil: Wenn die Ergebnisse aus Deutschland auch nur ansatzweise übertragbar sind, und es spricht nichts gegen diese Annahme, deutet das Resultat der vorliegenden Umfrage eher darauf hin, dass das hohe Niveau des Politikinteresses der Bürger in Liechtenstein auch in absehbarer Zukunft erhalten bleiben wird. Wichtig wird dabei allerdings sein, dass es auch in Zukunft gelingt, das im Durchschnitt sehr hohe **Bildungsniveau** der Liechtensteiner Bürger zu bewahren, denn wie in vielen anderen Ländern auch, ist in Liechtenstein die Zuwendung der Politik deutlich mit der Schulbildung der Befragten verknüpft (**Grafik 17**).

Grafik 17: Interesse an Politik – Bildungsgruppen



Sehr stabil, darauf soll zum Schluss noch kurz hingewiesen werden, zeigt sich auch die Zustimmung der Liechtensteiner Bürger zur **Monarchie**. Auf die Frage «Liechtenstein ist ja eine Monarchie. Finden Sie das gut, oder fänden Sie es besser, wenn Liechtenstein eine Republik wäre?» antworteten 79 Prozent der Befragten, sie fänden es gut, dass Liechtenstein eine Monarchie ist, lediglich 15 Prozent sprachen sich für eine Republik aus. Dabei zeigten sich die jüngeren Befragten kaum weniger monarchietreu als die älteren. Am geringsten ist die Zustimmung noch bei den 30-44-Jährigen, doch auch sie sagten zu 70 Prozent, sie fänden es gut, dass Liechtenstein eine Monarchie ist (**Grafik 18**). Dieses Ergebnis passt gut zu dem oben beschriebenen Befund, dass unter den politischen Institutionen Liechtensteins Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein das höchste Ansehen genießt.

Grafik 18: Einstellung zur Monarchie – Altersgruppen



Auch bei der Frage nach der Befürwortung der Monarchie in Liechtenstein wäre es sinnvoll, zur Einordnung der Ergebnisse auf Umfrageergebnisse aus anderen Ländern zurückzugreifen. Doch hier stösst man auf das Problem, dass derart grundsätzliche Fragen zur Akzeptanz der Monarchie in den anderen europäischen Monarchien anscheinend nur sehr selten gestellt werden. Das deutet darauf hin, dass sich diese Systemfrage in den betreffenden Ländern nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen stellt und dass sie auch kaum auf der Agenda der Tagespolitik steht, die die Themenauswahl der Umfrageforscher bestimmt. Darüber hinaus kann man annehmen, dass es zumindest in einigen Ländern eine gewisse Scheu gibt, die Legitimität der Monarchen durch solche Umfragen in Frage zu stellen. Lediglich in Grossbritannien lässt das Königshaus seit Jahrzehnten regelmässig seine Akzeptanz vom Institut Ipsos MORI ermitteln. Hierüber liegen also verlässliche Informationen vor, aus den anderen Monarchien findet man fast nur vereinzelte Pressezipitate über Umfragen, deren Qualität sich in aller Regel nicht überprüfen lässt. Aus den wenigen verfügbaren Informationen lässt sich immerhin herauslesen, dass die Zustimmung zur Monarchie in Liechtenstein

**grösser ist als in anderen Monarchien.** So sagten in Grossbritannien im Jahr 2016 76 Prozent der von Ipsos MORI befragten Bürger, sie befürworteten die Beibehaltung der Monarchie, ein leichter Zuwachs gegenüber früheren Umfragen zu diesem Thema.<sup>32</sup> Eine ebenfalls von Ipsos in den Niederlanden durchgeführte Umfrage aus dem Frühjahr 2019 ergab eine Zustimmung von 55 Prozent<sup>33</sup>, in Dänemark wurde angeblich 2013 in einer Yougov-Umfrage mit 58 Prozent ein sehr ähnlicher Wert ermittelt.<sup>34</sup>

Auch hier zeigt sich also erneut die besonders enge Bindung der Bürger in Liechtenstein an ihr Staatswesen. Interessant ist dabei, dass die Monarchie am ehesten noch von den hochgebildeten Bürgern in Frage gestellt wird. Hochschulabsolventen meinten immerhin zu 23 Prozent, dass es ihnen lieber wäre, wenn Liechtenstein eine Republik wäre, während Befragte mit einfacher Schulbildung dies nur zu neun Prozent sagten. Während **Bildung** also, wie gesehen, positiv mit politischem Interesse korreliert, korreliert sie negativ mit der Zustimmung zur Monarchie. Doch auch hier ist festzuhalten, dass selbst in der höchsten Bildungsgruppe eine überwältigende Mehrheit von 71 Prozent sagte, sie fände es gut, dass Liechtenstein eine Monarchie ist (**Grafik 19**). Diese steht damit, wie überhaupt das ganze Staatswesen, auf wesentlich festem Grund als die in den meisten anderen europäischen Ländern.

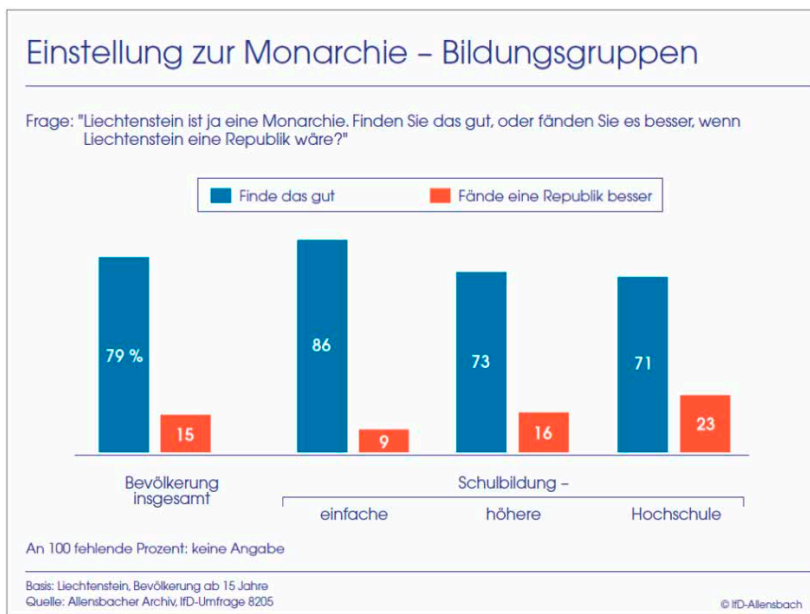
---

32 Ipsos MORI: Monarch popular as ever ahead of Queen's 90th Birthday Celebrations. <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/monarchy-popular-ever-ahead-queens-90th-birthday-celebrations> (zuletzt aufgerufen am 24. Juli 2019).

33 Gesellschaft: Junge Niederländer wenden sich von der Monarchie ab. In: NiederlandeNet vom 15. April 2019. <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/monarchy-popular-ever-ahead-queens-90th-birthday-celebrations> (zuletzt aufgerufen am 24. Juli 2019).

34 Support for Danish Monarchy increases. In: The Royal Forums vom 6. Juli 2013. <http://www.theroyalforums.com/43464-support-for-danish-monarchy-increases/> (zuletzt aufgerufen am 24. Juli 2019). Diese Umfrage konnte vom Autor leider nicht aus verlässlichen Quellen verifiziert werden. Die Zahl ist also mit Vorsicht zu behandeln.

Grafik 19: Einstellung zur Monarchie – Bildungsgruppen



## 5. (Institutionen-) Vertrauen: Theorien und ordnungspolitische Zusammenhänge

Wie all diese Zahlen vergleichend einzuordnen sind und welche Bedeutung dem (Institutionen-) Vertrauen für den wirtschaftlichen Erfolg, die politische Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhang eines Landes (oder generell für das Gelingen sozialer Systeme) haben dürfte, soll nun grundsätzlich ordnungstheoretisch (Teil 5) und empirisch (Teil 6) dargestellt werden.

### 5.1 Vertrauen, Institutionenvertrauen, Sozialkapital: Definitionen und Konzepte

Die letzten Jahre sahen einen enormen Zuwachs an sozialwissenschaftlicher Forschung zum Thema «Vertrauen». Dabei wird «Vertrauen» unterschiedlich definiert.

Vertrauen bezeichnet eine **Erwartungshaltung** im Hinblick auf künftiges Verhalten anderer. Diese Haltung bringt eine Hoffnung zum Ausdruck, dass andere das tun, was man von ihnen erwartet und nicht, was man von ihnen befürchtet. Eine ebenso knappe wie klassische Definition von Vertrauen («trust») lautet: «the confidence that one will find what is desired from another, rather than what is feared» (Deutsch 1973: 95). Ähnlich definiert die OECD (2017b: 42) «trust» als «a person's belief that another person or institution will act consistently with their expectations of positive behavior».

Vertrauen ist eine Handlungsdisposition unter **Unsicherheit und Verwundbarkeit**. Das investierte Vertrauen als «riskante Vorleistung» (Luhmann 1968 / 2014: 27ff) kann honoriert, aber ebenso enttäuscht oder missbraucht werden. Vertrauen ist damit tatsächlich ein «Vorschuss» oder «**Kredit**» unter **Risiko**: «Der Vertrauensgeber überträgt dem Vertrauensnehmer die Kontrolle über Ressourcen und Ereignisse, über die

dieser zum Nutzen oder Schaden des Vertrauensgebers verfügen kann; er begibt sich dadurch dem Vertrauensnehmer gegenüber in eine Position der Verwundbarkeit» (Ripperger 2007: 51).

Zunächst geht es dabei um Vertrauen in andere Personen («**interpersonelles**» **Vertrauen**). Dieses kann sich als «spezifisches Vertrauen» auf konkrete Personen in konkreten Situationen beziehen, oder als «**generalisiertes Vertrauen**» eine grundsätzliche Erwartungshaltung in Bezug auf die Vertrauenswürdigkeit von Personen oder Sachverhalten äussern<sup>35</sup>. Beides wiederum kann als psychologische Disposition oder als Ergebnis rationaler Erwartungsnutzenmaximierung unter Risiko unterstellt werden.<sup>36</sup> Bei den meisten Menschen dürfte Beides eine Rolle spielen.

In beiden Fällen spielen auch Institutionen eine wichtige Rolle. **Institutionen** kann man (eng) definieren als allgemein anerkannte informelle Regeln (Sitten, Normen, Konventionen) und formelle Regeln (Verfassungen, Gesetze, Organisationsstatute) gerechten, fairen oder rechtmässigen Verhaltens, die von einem Sanktionsmechanismus gestützt werden (dieser kann von Stirnrunzeln bis zu Gefängnishaft variieren)<sup>37</sup>. Allgemein anerkannte Institutionen stabilisieren Erwartungen. Sie reduzieren Komplexität und schaffen Vertrauen – freilich nur in dem Masse, wie man wiederum diesen Institutionen vertraut – bzw. darin vertraut, dass auch andere den Institutionen vertrauen (s.u.).

Damit kommt dem **Institutionenvertrauen** eine besondere und in der Moderne steigende Bedeutung zu: die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen erstrecken sich immer weiter über den Kreis des und der «Bekanntes» hinaus. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle «Bereicherung» finden immer mehr Menschen in der Begegnung mit «Fremden». Um diesen auch Vertrauen gegenüber bringen zu können, kann aber nicht auf unmittelbare Erfahrung im eigenen persönlichen Umkreis und direkte Kenntnis des Charakters des Anderen zurückgegriffen werden. Vielmehr muss darauf vertraut werden, dass

---

35 Eine typische Frage zur empirischen Erfassung (generalisierten) interpersonellen Vertrauens lautet: «Finden Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder meinen Sie, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?» (Eurostat) bzw. «would you say that most people can be trusted?» (Inglehart et al. 2014) – mit unterschiedlich abgestuften Antwortmöglichkeiten.

36 Hierzu Lahno (2002); Kirchler (2007).

37 Vgl. Streit (1996); North (1990).

auch der/die Andere Regeln (Sitten, Konventionen, Recht) anerkennt.

Welche Erwartungen diese Regeln tatsächlich rechtfertigen, ist wiederum nicht vollständig definiert. Auch kulturelle, soziale und rechtliche Systeme von Normen sind «unvollständige» (Gesellschafts-) Verträge, deren konkreter Inhalt und Verpflichtungscharakter im Einzelnen und zumal in der Konfrontation mit dem unvermeidlich Neuen notwendig unklar ist. Sie müssen ausgelegt werden – etwa von Richtern, Politikern, Beamten.

Die Unterscheidung zwischen (spezifischem und generalisiertem) interpersonellen Vertrauen und Institutionenvertrauen ist damit nicht so eindeutig wie es erscheinen mag. Offensichtlich ist dies, wenn etwa nach dem Vertrauen in eine Person gefragt wird, die gleichzeitig als «Institution» verstanden wird (z. B. der deutsche Bundespräsident oder der liechtensteinische Landesfürst). Auch deshalb nutzt die Demoskopie einen **weiten Institutionenbegriff** bei der Frage nach Institutionenvertrauen, das auch Akteure und Organisationen, die für gesellschaftliche und staatliche Funktionen stehen (wie etwa: NGOs, Medien, Parlamente, Parteien, Gerichte) einschliesst (vgl. etwa OECD 2017b: 43ff.).

Eng verbunden mit dem Konzept des generalisierten Vertrauens und des Institutionenvertrauens ist das des Sozialkapitals. Dies ist indes ein «sehr schillernder Begriff» (Haug 1997: 30), der von verschiedenen Autoren in ihren jeweiligen Kontexten sehr unterschiedlich definiert wird. Coleman (1991: Kap. 12) beschreibt **Sozialkapital** als Ressource von Sozial- und Beziehungsstrukturen, die es den jeweils zusammenwirkenden Akteuren ermöglicht, individuelle oder gemeinsame Ziele zu realisieren, die sie ohne diese gegenseitige Kooperation nie hätten erreichen können. Sozialkapital bildet sich aus Erwartungen, Vorleistungen und Verpflichtungen innerhalb von «Vertrauenssystemen und ihren dynamischen Eigenschaften» (ebd.: 409)<sup>38</sup>. Sozialkapital drückt sich u. a. in der Anerkennung von Reziprozitäts- und Fairness-Normen aus (Fukuyama 1995: 43f). All dies «ermöglicht den Zugriff auf das Human-, Sach-, und

---

38 Ähnlich Putnam (1995: 664f): «By «social capital» I mean features of social life – networks, norms, and trust – that enable participants to act together more effectively to pursue shared objectives. [...] Social capital, in short, refers to social connections and the attendant norms and trust.»

Informationskapital Dritter und erweitert dadurch den Handlungsspielraum von Akteuren innerhalb eines sozialen Systems» (Ripberger 2007: 55)<sup>39</sup>.

## 5.2. Theorie: Voraussetzungen und Wirkungen von (Institutionen-) Vertrauen

Schon die oben genannten Definitionen und Konzepte, vor allem die zu «Sozialkapital», waren teils recht deutlich theoriegeladen, sie lieferten erste Hypothesen gleich mit. Wie diese Hypothesen im einzelnen aussehen, und wie weit sie theoretisch und empirisch belastbar sind, soll nunmehr näher untersucht werden. Aufgrund der vielfältigen Inter-Relationen zwischen (Institutionen-) Vertrauen und verschiedenen wirtschaftlich, sozial und politisch relevanten Grössen ist die empirische Literatur meist nicht in der Lage, über Korrelationen hinaus auch lineare Kausalitäten zu behaupten. Die Wirkungsrichtung ist meist nicht eindeutig (s. Teil 6). Auch in der Theorie sind meist Wirkungen und Voraussetzungen von Vertrauen (auf der Mikroebene und der Makroebene) nicht klar zu trennen. Einige Zusammenhänge sind indes recht klar und aufschlussreich.

### 5.2.1 Vertrauen, Vertrauenswürdigkeit, Rückkopplungen

Moderne, komplexe Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme müssen interpersonales Vertrauen der Kleingruppe zumindest teilweise durch Institutionenvertrauen bzw. «Systemvertrauen»<sup>40</sup> ersetzen. Während auf der Systemebene Institutionenvertrauen als (teilweiser) Ersatz zum interpersonellen Vertrauen wirken kann, kann dieses Systemvertrauen aber auch wieder Sozialkapital bilden helfen, das generalisiertes Vertrauen stützt. Wer darauf vertraut, dass Sitten, Konventionen und Recht grundsätzlich gelten, anerkannt und befolgt werden, wird auch ein ho-

---

39 Empirisch operationalisiert wird Sozialkapital durch verschiedene (Kombinationen) mehr oder weniger gut fassbarer Indikatoren. Sehr oft werden Umfragen zu generalisiertem Vertrauen und Institutionenvertrauen genutzt; aber auch freiwillige Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen. Andere Studien untersuchen Beziehungs- und Kommunikationsnetzwerke (s. Claridge 2017).

40 Ripberger (2007: 48); Luhmann (1968/2014: Kap. 7)

hes Grundvertrauen in das angemessene / vereinbarte Verhalten anderer, auch Fremder, an den Tag legen. Dies wäre die positive «**trust breeds trust**» Rückkopplung; ein «virtuous circle» (Freitag 2008).

Tatsächlich zeigen Umfragen, dass Menschen, die ein hohes generalisiertes Grundvertrauen bekunden, meist auch ein starkes Institutionenvertrauen äussern. Zudem erweisen sich Menschen, die überdurchschnittliches Vertrauen an den Tag legen, auch selbst als überdurchschnittlich vertrauenswürdig. Der Zusammenhang zwischen geäußertem Vertrauen in Andere und eigener **Vertrauenswürdigkeit** wurde von Deutsch (1958: 278f) noch als Hypothese formuliert; Glaeser et al. (2000) haben diesen empirisch recht gut belegt, indem sie von konkreten Personen deren Vertrauens*bekundungen* in andere (wie in den Umfragen) mit deren eigenem vertrauenswürdigem *Verhalten* (in Experimenten mit materiellen Anreizen) vergleichen konnten. Der Zusammenhang zwischen Ursachen und Folgen von Vertrauen ist somit in vielerlei Hinsicht «nicht linear, sondern zirkulär» (Kirchler 2007: 69), denn: «zum einen fördert Vertrauen Reziprozitätserwartungen, Kooperation und Rücksichtnahme, zum anderen resultiert Vertrauen daraus» (ebd.). Systeme gegenseitigen Vertrauens funktionieren nach dem Mechanismus einer positiven Rückkopplung (Coleman 1991: 229).

Spiegelbildlich besteht ein «**circulus vitiosus**» oder Teufelskreislauf, in dem Misstrauen der einen Seite zu Misstrauen der anderen führt – etwa, wenn der Staat seinen Bürgern vor allem mit Misstrauen in Form von Vorschriften und Dokumentationspflichten begegnet und so bei diesen wiederum Misstrauen, Wut und Verdrossenheit anfacht und verstärkt (Luhmann 1968 / 2014: 74f). Wenn etwa Behörden und Regierungen hinter jedem Steuerzahler, Unternehmer, aber auch Transferempfänger im Land nur mehr potenzielle Betrüger vermuten und deshalb immer mehr Vorschriften und Kontrollen in Stellung bringen, können sie auch ihre eigene Vertrauenswürdigkeit schwächen (Kirsch 2007: 22). Hierzu unten mehr.

## 5.2.2 Vertrauen und Wohlstand: Vertrauensdividenden

Zahlreiche empirische Untersuchungen stellen einen signifikanten Zusammenhang zwischen Vertrauen bzw. Sozialkapital und Wohlstand

bzw. Wirtschaftswachstum fest.<sup>41</sup> Zu den empirischen Befunden kommen wir in Abschnitt 6.3. Theoretisch sind vielerlei sich gegenseitig bestärkende Zusammenhänge darstellbar.

Letztlich ist jede wirtschaftliche Handlung auch ein Akt des Vertrauens, wie Arrow (1972) feststellt: «Virtually every commercial transaction has within itself an element of trust, certainly every transaction conducted over a period of time». Selbst wer eine schlichte unmittelbare Kaufentscheidung eines einfachen Konsumguts tätigt, vertraut darauf, dass erwartete Eigenschaften zutreffen (etwa: Unbedenklichkeit eines Lebensmittels). Bei vielen komplexeren Dienstleistungen (etwa: eine Arztleistung oder Vermögensverwaltung) kommt hinzu, dass der Leistungserbringer einen asymmetrischen Informationsvorsprung hat, man somit darauf vertrauen muss, dass die Leistung kompetent und konsequent im Sinne des Leistungsnehmers erfüllt wird.

Hierbei spielt **Reputation** eine wichtige Rolle als Anreiz des Leistungserbringers, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht zu enttäuschen (Theurl 2007: 42; Dasgupta 1988). Reputationsanreize wirken am besten, wenn wiederholte Interaktion zwischen denselben Personen bzw. Organisationen angestrebt wird und damit in eher geschlossenen sozialen Systemen bzw. in Systemen, in denen Information über die Vertrauenswürdigkeit eines Akteurs schnell und weit kommuniziert werden kann (Ripperger 2007: 55f)<sup>42</sup>. Auch können, wie bei langfristigen Konsum- oder Investitionsgütern, privatrechtliche Garantien gegeben werden, um Vertrauen zu schaffen.

Vertrauen macht viele Transaktionen erst möglich, die ansonsten unterbleiben würden. Gegenseitig vorteilhafte Transaktionen, Arbeitsteilung und damit erhöhte Wertschöpfung sind ohne Vertrauen kaum denkbar. «Generalisiertes Vertrauen» ebenso wie Institutionenvertrauen erhöht Kooperations-, Investitions- und Innovationsbereitschaft. Das der Vertrauensbekundung immanente Risiko, die Verletzlichkeit des

---

41 Vgl. Fukuyama (1995: 7): «a nation's well-being, as well as its ability to compete, is conditioned by a single, pervasive cultural characteristic: the level of trust inherent in the society»; für eine Übersicht empirischer Studien: Zak / Knack (2001); Algan / Cahuc (2013).

42 S.a. Luhmann (1968 / 2014: 46), wonach «das Gesetz des Wiedersehens» einen «günstigen Nährboden für Vertrauensbeziehungen» bietet, indem es das «Risiko sozialer Blamage und Verurteilung» erhöht und die Beteiligten wissen, dass «sie unter nicht genau vorhersehbaren Umständen, die mal den einen, mal den anderen begünstigen, voneinander abhängig sein werden. Und sie wissen, dass auch ihre Partner die Situation so einschätzen.»

Vertrauensgebers, kann durch Sicherungs- und Kontrollmassnahmen reduziert werden. Diese äussern sich bei privaten Vertragsbeziehungen in Form von **Transaktionskosten**. Diese Kosten fallen vor Vertragsschluss etwa in Form von Kosten der Suche nach vertrauenswürdigen und attraktiven Transaktionspartnern sowie der Verhandlung und Absicherung von Vertragsinhalten an; und während der Vertragsbeziehung in Form von Kosten der Anpassung, Überwachung der Einhaltung gegenseitiger Versprechen<sup>43</sup>. Diese Kosten machen inzwischen einen beträchtlichen Teil des Wirtschaftslebens aus<sup>44</sup>; ihre Reduzierung würde mehr gegenseitig gelingenden Austausch und damit mehr Handel und Arbeitsteilung und damit am Ende auch mehr wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichen.

Vertrauen senkt zudem die betriebsinternen **«Organisationskosten»** (Williamson 1990). Es schafft höhere Motivation und eine höhere Bereitschaft, Neues auszuprobieren. In Unternehmen ist Vertrauen wesentlich für die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter insbesondere im «team work» (De Jong et al. 2017). Francis Fukuyama (1995) führt die Chancen, eine effiziente Unternehmensgrösse zu erreichen, auf das «Sozialkapital» und Vertrauensbeziehungen in «high-trust» Gesellschaften zurück<sup>45</sup>. Ähnlich wie Putnam (1993) stellt er fest, dass Gesellschaften mit geringem Vertrauen und Sozialkapital nicht nur unter einem korrupten und ineffizienten öffentlichen Sektor leiden, sondern auch unter kleinen, schwachen, ineffizienten Unternehmen (ebd.: 358, 361).

Beidseitiges (Institutionen-) Vertrauen (etwa zwischen Bürgern, Unternehmen, Regierungen, Verwaltungen oder Gerichten) senkt zudem **«compliance costs»** und mindert so den Kontrollaufwand der Behörden und den Bürokratieaufwand der Bürger/Unternehmer bei der Umsetzung politischer Regulierungsziele<sup>46</sup>.

Viele der hier präsentierten theoretischen Überlegungen können in **Tabelle 4** zusammengefasst werden. Herrscht in Beziehungen zwi-

---

43 Vgl. Williamson (1990): 22ff. Die klassische Stelle ist Coase (1961).

44 Schätzungen gehen je nach Definition von Transaktionskosten von einer Dimension zwischen 30-70 Prozent des BIP aus; hierbei stellen sich jedoch schwierige Abgrenzungsprobleme, s. Wang (2003).

45 Er vergleicht dabei Länder mit starkem Vertrauen jenseits familiärer Beziehungsnetzwerke (Deutschland, Japan und – mit Einschränkungen – USA) mit Ländern mit «familistischen» Gesellschaften und wenig (generalisiertem) Vertrauen (China, Frankreich, Italien, Südkorea).

46 S. etwa OECD (2017c: 59ff); zu (Vertrauens-) Fragen der Steuererhebung und Steuerehrlichkeit s. etwa Feld/Frey (2002); Torgler (2003).

schen Menschen bzw. zwischen Menschen und Institutionen gegenseitiges und gerechtfertigtes Vertrauen, so können beachtliche **«Dividenden»** aus der Kooperation entstehen. Diese entsprechen den Gewinnen aus gegenseitig gelingenden Kooperationen und Transaktionen, die bei fehlendem Vertrauen nicht zustande gekommen wären oder nur unter erhöhtem Aufwand an Kontroll- bzw. Transaktionskosten. Grob können folgende Arten Vertrauensbeziehungen und Vertrauensdividenden zusammengefasst werden (s.a. OECD 2017c: 17ff).

Tabelle 4: Vertrauensbeziehungen und Vertrauensdividenden

Vertrauensbeziehung	Vertrauensdividende
Bürger gegenüber Bürgern	Grösseres Sozialkapital, niedrigere Transaktionskosten, mehr gelingende Markttransaktionen, grösserer Zusammenhalt in der Gesellschaft.
Bürger gegenüber Staat und Regierung	Grössere Compliance mit und Unterstützung von Regierungshandeln (z. B. Steuerehrlichkeit, Regelbefolgung); geringerer Bedarf an staatlicher Überwachung und Kontrolle.
Wirtschaft gegenüber Staat und Regierung	s.o.; stärkere Investitions- und Innovationsbereitschaft.
Staat und Regierung gegenüber Bürgern	Effektivere, passendere, günstigere öffentliche Dienstleistungen; weniger Zwangs- und Kontrollaufwand.
Bürger gegenüber Wirtschaft	Mehr Akzeptanz von Innovationen, mehr Bereitschaft selbst unternehmerisch zu handeln.

### 5.2.3 Geld und Vertrauen

In all den oben skizzierten Vertrauensbeziehungen ist der Vertrauensgeber auch im weitesten Sinn «Kreditgeber». Der «Vorschuss» ist nicht in jedem Fall ein monetärer; aber doch oft genug. Und ohne Vertrauen in das zentrale Medium eines Wirtschaftssystems – Geld – ist dauerhaft kein Wohlstand zu erhalten oder zu erreichen. Schon Georg Simmel (1907: Kap. 6) betont in seiner «Philosophie des Geldes»:

*«Das Gefühl der persönlichen Sicherheit, das der Geldbesitz gewährt, ist vielleicht die konzentrierteste und zugespitzteste Form und*

*Äusserung des Vertrauens auf die staatlich-gesellschaftliche Organisation und Ordnung».*

Der (Geld-) «Kredit» selbst leitet sich vom lateinischen «credere» (glauben, vertrauen) her. «Kredit» steht für Vertrauen (Geiger 2013). Interpersonales Vertrauen fördert die Bereitschaft Geld zu verleihen (Fetschenhauer/Dunning 2009). Weiters muss aber auch das Vertrauen in die Institution «Geld» hinzukommen. Wie Jordan (2007) ausführt, geht es beim Geld vor allem um Vertrauen in seine Tauglichkeit als allgemein akzeptiertes und «echtes» (nicht gefälschtes) Zahlungsmittel und um Vertrauen in die Wertstabilität des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel. Dahinter wiederum steht das Vertrauen in Mechanismen, die die Ausweitung der Geldmenge begrenzen können. Dies kann eine Bindung an nicht beliebig vermehrbare Güter (wie Gold) leisten, oder an ein kryptographisches Verfahren (blockchain) oder die Regelbindung einer politisch unabhängigen Notenbank<sup>47</sup>. Letztlich geht es beim Geldwesen damit wiederum um **Institutionenvertrauen**.

Luhmann (1968/2014: 63) betont die Bedeutung von Vertrauen in Geld als entscheidenden Faktor des «Systemvertrauens» in modernen Wirtschaftssystemen, in denen Konsumverzicht (Sparen) Investition und Wachstum erst möglich macht:

*«Der einzelne muss davon ausgehen können, dass er mit dem Geldsymbol auch wirklich die Möglichkeiten in der Hand hält, die es verspricht, so dass er getrost seine Entscheidung über die endgültige Verwendung des Geldes vertagen und die Komplexität der in ihm repräsentierten Möglichkeiten als solche in abstrakter Form geniessen oder ausnutzen kann». Dabei kommt es letztlich aber gar nicht darauf an, wovon der einzelne ausgeht. Was für «Systemvertrauen» grundsätzlich gelten dürfte (ebd.: 92), ist für Geld nur allzu offensichtlich: es geht um das Vertrauen darin, dass andere Vertrauen in die Institution haben. Talcott Parsons (1964: 45) bringt es kurz auf den Punkt: «The rational ground for confidence in money is that others have confidence in money»*

---

47 Vgl. Simmel (1907: Kap.7): «Ohne ein Vertrauen des Publikums zu der emittierenden Regierung oder, gegebenenfalls, zu denjenigen Personen, die den Realwert der Münze gegenüber ihrem Nominalwert festzustellen imstande sind, kann es auch zu einem Bargeldverkehr nicht kommen.»

## **Exkurs:** Bankenkrisen als Vertrauenskrisen

Am augenfälligsten ist die negative Rückkopplung von Vertrauensverlusten in Form einer sich gegenseitig verstärkenden Abwärtsspirale im Fall eines «bank-run», wie ihn schon Walter Bagehot (1873) anschaulich beschrieben hat. Guiso (2010) untersucht den drastischen Abfall des Vertrauens in das amerikanische und dann auch bald fast weltweite Bankensystem nach Bekanntwerden des Bernard Madoff Betrugsskandals und der Lehmann-Pleite und fasst die Dynamik **ansteckenden Misstrauens** im Finanzsystem so zusammen (ebd.: 20):

*The dramatic drop in trust following the revelation of information of pervasive cheating in financial markets is likely to have a very strong negative impact on investors' willingness to bear risk and thus on the cost of risk capital. Insofar as trust levels were exceedingly optimistic, their downward revision should be partially welcome as it may help punish dishonest financiers and help restore market discipline.*

*However, since trust has fallen across the board, its decline also affects the honest intermediaries, limiting the accrual of capital to industry in general. We have proposed a number of measures to rebuild trust. The measures proposed all try, from different angles, to limit the scope for intermediaries' opportunist behaviour – that is to raise their trustworthiness – and because of this, increase trust. In each case, the policy is not imposed; adhering to it is instead to the discretion of the intermediary. However, as we have argued, there is no automatic mechanism that guarantees that intermediaries will all agree to voluntarily adopt these policies. Rather, if dishonest behaviour is dominant among intermediaries, even the honest ones may on their own be unwilling to adopt these measures and help the economy move to a better outcome where competition drives out dishonest behaviour. We have also argued that regulation by itself, without the involvement of the intermediaries, may fail to restore trust; however regulatory agencies may play a very important role in coordinating the selection of the honest equilibrium. For instance, using «moral suasion» to persuade even a small but important number of intermediaries to «play the honest game» may be enough to trigger a response of the same type by the dishonest ones and influence the whole industry outcome.*

Kurz gesagt: es kommt nicht zuletzt (aber auch nicht nur) im Finanzsektor neben Vertrauen in die Akteure auch darauf an, dass diese sich allgemeinen Spieregeln unterwerfen, die verlässlich gelten und auch

durchgesetzt werden können. Damit geht es auch um das Vertrauen in die Wirtschaftsverfassung.

## 5.2.4 Wirtschaftsverfassung/ Ordnungspolitik und Vertrauen

Auch in Reaktion auf die letzte Finanzkrise betonen aktuelle Studien der OECD die Bedeutung von **Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik** («reliability») für das Institutionenvertrauen im Sinne von «being able to deal with uncertainty in a consistent and predictable manner» (OECD 2017c: 22). Diese Verlässlichkeit herzustellen, ist vor allem Aufgabe der nationalen (aber auch internationalen) Wirtschaftsverfassung. Diese umfasst die wesentlichen (Rechts-) Prinzipien der Wirtschaftspolitik und dient als Grundlage und Gegenstand der Ordnungspolitik (Wohlgemuth 2017).

Walter Eucken, der Begründer der «Freiburger Schule» der Ordnungsökonomik<sup>48</sup> hat die zentralen, «konstituierenden» Prinzipien einer («ordo»-) liberalen Wirtschaftsverfassung entwickelt und stellt fest:

*«Die nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik, die oft heute verwirft, was gestern galt, schafft ein grosses Mass von Unsicherheit und verhindert ... viele Investitionen. Es fehlt die Atmosphäre des Vertrauens» (Eucken 1950/90: 288). Um dieses Vertrauen herzustellen, empfiehlt Eucken: «Die Wirtschaftspolitik stelle einen brauchbaren wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen für den Wirtschaftsprozess her; an diesem Rahmen halte sie beharrlich fest und ändere nur mit Vorsicht» (ebd.: 289).*

Zu diesem Rahmen gehören neben dem oben zitierten Prinzip der **«Konstanz der Wirtschaftspolitik»** vor allem die (weiteren) konstituierenden Prinzipien: die Privatrechtsprinzipien **Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung**; aber auch die staatspolitischen Prinzipien **stabiles Geld und offene Märkte**.

### Exkurs: Angela Merkel über Walter Euckens Ordnungspolitik

Den Zusammenhang zwischen diesen ordnungspolitischen Prinzipien und dem «Systemvertrauen» hat kaum jemand so deutlich benannt wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede zum 125.

<sup>48</sup> Vgl. Goldschmidt/ Kolev/ Wohlgemuth (2019) für eine umfassende Darstellung anhand von Originaltexten.

Geburtstag von Walter Eucken (Merkel 2016):

*«Verlässlichkeit, Vertrauen – das spielt im Übrigen in der Konzeption von Eucken generell eine zentrale Rolle. Denken wir an das Ziel der Geldwertstabilität: Die Menschen sollten darauf vertrauen können, dass ihr Eigentum nicht zu sehr an Wert verliert. Oder denken wir an den Schutz des Privateigentums und an die Freiheit, Verträge abzuschliessen zu können: Das Vertrauen darauf ist nach Walter Eucken eine grundlegende Voraussetzung für eine funktionsfähige Wettbewerbswirtschaft. Und Vertrauen seinerseits hängt wesentlich von der Befolgung des Euckenschen Prinzips einer konstanten Wirtschaftspolitik ab ...*

*Walter Eucken ging es immer um Verlässlichkeit, Kalkulierbarkeit und Planungssicherheit. Das bedeutet aber nicht, im Althergebrachten zu erstarren. Es geht vielmehr um einen verlässlichen Kompass, mit dem man auch neue Herausforderungen bewältigen kann.»*

Die deutsche Regierungschefin spricht indes auch die Probleme an, die sich im politischen Alltag stellen, wenn es darum geht, «Kurs zu halten», auch wenn kurzfristig (gerade vor Wahlen), Ordnungspolitik weitaus weniger attraktiv erscheint als das Bedienen von Sonderinteressen:

*«Das sagt sich leicht, aber in Demokratien mit regelmässigen Regierungswechseln, neuen Koalitionsbildungen und verschiedenen Interessen ist das durchaus eine Herausforderung ... Ich glaube aber, dass es in der Bundesrepublik Deutschland über die Jahrzehnte hinweg im Grossen und Ganzen immer wieder gelungen ist, sich auf bestimmte Prinzipien zurückzubesinnen».*

Gerade weil es Politikern schwerfällt, «Vertrauen» einzufordern und zu gewinnen, sind sie gut beraten, Vertrauen in Institutionen zu schaffen oder doch zumindest zu bewahren. Dies gelingt vor allem durch rationale Selbstbindung (s.u.). Was «die Politik» herstellen kann (und muss), sind Regeln (des Staatsrechts), die nicht zuletzt auch ihre *eigenen* Handlungen kanalisieren und dadurch das Vertrauen der Bürger in deren Handlungen festigen.

In «Institutionen» i.w.S. – Demokratie, Rechtsstaat, Gerichte, Verfassung etc. – haben die Bürger schliesslich deutlich mehr Vertrauen als in die «Politik» und ihre Protagonisten (s.u.). Wenn **Institutionen als Vertrauenssubstitut** wirken können, «die Politik» selbst aber in erster Linie Produzent von Institutionen ist, wie können dann Politiker Vertrauen schaffen? Ist es denkbar, dass sich Spieler (denen man misstraut) Spielregeln (denen man vertraut) geben? Ist es für Politiker rational, sich selbst zu binden, um so Vertrauen zu schaffen? Auch hierzu hat die

Ordnungs- und Verfassungsökonomik Einiges zu bieten – was hier nur grob angedeutet werden kann (s.a. Vanberg 1988).

### 5.2.5 Institutionelle Selbstbindung als Vertrauensanker<sup>49</sup>

Vertrauen genießen zu können, auch für Politiker, die Wahlen gewinnen wollen, ein nahezu unübertrefflicher Vorteil gegenüber Rivalen, denen der Wähler misstraut. Das Problem hierbei ist jedoch die «Versuchung» von Politikern, kurzfristige Vorteile (Wählergunst, Macht) höher einzuschätzen als nachhaltige Wachstumschancen. Es geht ordnungspolitisch gesehen also um eine gewisse «Willensschwäche», deren sich kluge Politiker ausgeliefert fühlen und auch entledigen möchten. Im besten Falle geht es ihnen wie Odysseus, der vom verlockenden Gesang der Sirenen gehört hat, gleichzeitig aber auch weiss, dass es ihn (und seine Mitreisenden) ins Verderben führt, wenn er den Verlockungen des Augenblicks erliegt.

Diese antike Metapher hat seit einiger Zeit auch VerhaltensökonomInnen betört, passt sie doch zu gut auf Individuen, die wissen, dass sie in Versuchung geraten werden, Dinge zu tun, die ihnen selbst (und anderen) unwiederbringlichen Schaden zufügen<sup>50</sup>. Vor allem Jon Elster (1979 und 2000) hat die Logik des **Problems der rationalen Selbstbindung** ausführlich untersucht. Die Grundhypothese ist: «binding oneself is a privileged way of resolving the problem of weakness of will; the main technique for achieving rationality by indirect means»<sup>51</sup>. Selbstbindung im politischen Prozess heisst, dass sich Politiker an Prinzipien und besser noch legale (Verfassungs-) Masten binden (lassen), die es ihnen ermöglichen, Vertrauen zu schaffen, indem sie Versuchungen (Sirenengeheul der Sonderinteressen) konsequent ex ante verteuern. Dies ist keine allzu junge Erkenntnis; sondern eher eine alte, aber vielleicht etwas vergessene. Schon James Madison wusste:

*«Democratic communities can be unsteady, and be led to action by the impulse of the moment. Like individuals they may be sensible of their own weakness, and they may desire the counsels and checks of friends*

---

49 Vgl. hierzu ausführlich: Wohlgemuth (2005; 2007).

50 Vgl. hierzu die umfangreiche Literatur zum «nudging» (Thaler/Sunstein 2010).

51 Elster (1979: 37)

*to guard them against the turbulence and violence of unruly passion».*<sup>52</sup>

Es hilft Politikern wie dem Gemeinwohl, Anspruchsspiralen durch selbstauferlegtes Ausschliessen von Handlungsoptionen zu durchbrechen. Nur, wer unter Verweis auf übergeordnete Regeln und Prinzipien «Nein» sagen muss, kann auch «Nein» sagen. Es kommt auf die Spielregeln an, wenn man nicht auf die moralische Exzellenz oder die überlegene Kompetenz politischer Verantwortlicher vertrauen möchte. Dieselben Spieler (Politiker) spielen ein anderes Spiel, wenn sie anderen Spielregeln glaubhaft unterworfen sind, die sie selbst nicht ohne Weiteres ändern können (Buchanan 2005). Als Instrumente (mehr oder minder) glaubwürdiger Selbstbindung kommen etwa in Betracht: **staatsrechtliche Verbote** hoheitlich-diskretionären Handelns (individuelle Abwehrrechte); vertikale und horizontale (föderale) **Gewaltenteilung, direkt-demokratische Initiativrechte sowie Delegation** an unabhängige nationale (Notenbank, Kartellamt) oder internationale (EU, WTO) Organisationen.

Am verlässlichsten und in vielen Fällen auch erfolgreichsten könnte die ordnungspolitische Selbstbindung auf dem Wege der **Delegation** wirtschaftspolitischer Entscheidungen (unter klarer rechtlicher Vorgabe des primären Politikziels) sein. Die erfolgreichsten Politiken der deutschen Nachkriegsära dürften die Geldpolitik und die Wettbewerbspolitik gewesen sein. Nicht zufälligerweise sind genau diese Politiken (weitgehend) unabhängigen Organisationen übertragen und so dem unmittelbaren Zugriff von Parlament und Regierung entzogen worden. Und nicht zufälligerweise haben diese Politiken danach auch vorerst ähnlich erfolgreich an die Europäische Union übertragen werden können. Auch in den Bereichen der Subventionskontrolle und Marktöffnung dürfte die gegenseitige Selbstbindung der Mitgliedstaaten der EU und weitgehende Delegation an die Kommission ordnungspolitische Reformen ermöglicht haben, zu denen die meisten Mitgliedstaaten (auch Deutschland) wohl nur selten genug eigene Kraft aufgebracht hätten (Wohlgemuth 2017: 10). Auch GATT und WTO sind zu den weitgehend erfolgreichen (aber heute auch zunehmend gefährdeten) Modellen der Selbstbindung durch internationales Recht zu zählen.

Es mag Nicht-Ökonomen paradox erscheinen, dass gerade die Interessen der Allgemeinheit etwa an Geldstabilität, geringer Staatsverschuldung, Schutz des Wettbewerbs und freiem Handel laufenden ein-

---

52 Records of the Federal Convention of 1787, S. 431 f.

fachen Mehrheitsentscheidungen entzogen werden müssen, um sie vor Vertretern des Volkes, aber auch gelegentlich systematisch verzerrten Wählermeinungen<sup>53</sup> zu schützen. Selbstbindung ist aber **demokratisch legitimierbar** und sollte oft im wohlverstandenen Interesse sowohl von Politikern als auch von Wählern liegen, die von ihren Schwächen wissen (Elster 1979; Bredt 2006; Vanberg 2019).

### 5.2.6 Vertrauen und liberale Reformen: Erwartungsmanagement

Vertrauen hilft auch, ordnungspolitische Reformen durchzusetzen, die zunächst von Teilen der Bevölkerung Opfer verlangen, langfristig aber das Land wettbewerbsfähiger und nachhaltiger machen. Dieser sogenannte «**J-Kurven-Effekt**» besteht darin, dass es nach dem Entzug von Schutz und Privilegien bestimmten Gruppen erst einmal schlechter geht, ehe es der Allgemeinheit wieder besser geht, was sich jeweils auch in volkswirtschaftlichen Daten wie Beschäftigung und Wachstum niederschlägt. Die Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder («Hartz-Reformen») können dies illustrieren (Wohlgemuth 2019b).

Im Vorfeld können Reformen über den Weg der Selbstbindung gerade dadurch eher konsensfähig gemacht werden, dass sie nicht nur als Vorhaben der momentanen Regierung, sondern gleichzeitig als **Fremdbindung der folgenden Regierungen** wirken. Geht es um allgemeine Regeln, die zukünftig und dauerhaft gelten, senkt sich eine Art «Schleier der Unsicherheit» (Buchanan/Tullock 1962: 78f) auf kurzfristige Eigeninteressen in der Gegenwart. Eine glaubhaft verbindliche Regel für ausgeglichene Staatsbudgets («Schuldenbremse» wie etwa in der Schweiz oder Deutschland) reduziert die Befürchtung einer Regierung, durch eigene Sanierungsanstrengungen nur die Kassen einer danach erfolgreichen Opposition zu füllen. Zeitinkonsistenz-Risiken können reduziert werden, Regierung wie Opposition können der allgemeinen Regel eher zustimmen, der gemeinsamen Selbstverpflichtung kann man eher vertrauen (Wohlgemuth 2007).

Spiegelbildlich entstehen politisches Misstrauen und Verdruss oft als Folge wachsender Lücken zwischen überzogenen Versprechun-

---

53 Hierzu etwa Caplan (2007); Somin (2013).

gen seitens der und Erwartungen an die Politik auf der einen Seite und tatsächlichen/möglichen Leistungen auf der anderen. **Erwartungsmanagement** seitens der Politik kann dagegen Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit vorbeugen. Gerhard Schwarz (2007: 173) bringt dies anhand eines weiteren Beispiels auf den Punkt: «die Politikverdrossenheit wäre zweifellos weniger gross, wenn es genug mutige Politiker gegeben hätte, die ihren Wählern nicht vorgegaukelt hätten, man könne immer weniger arbeiten, weniger Kinder haben und trotzdem mit einer höheren Rente früher in Pension gehen – wohlgerne bei höherer Lebenserwartung».

Im Politischen – im Prinzip wie in privaten Beziehungen – gilt, dass Misstrauen der einen Seite Misstrauen der anderen Seite herausfordert und fördert. Misstrauensvoten der Bürger gegenüber «der» Politik sind hinlänglich bekannt und empirisch belegt (Politikverdrossenheit, apathische Nichtwähler, radikalisierte «Wutbürger», etc.). Politiker reagieren hierauf aber oft genug wiederum ihrerseits mit Misstrauen gegenüber den Bürgern. Sie hegen dann etwa Befürchtungen vor der direkten Demokratie, misstrauen der Fähigkeit der Bürger zur Selbstverantwortung oder zur Steuerehrlichkeit. Ein solches Misstrauen wird dann leicht zur sich selbst erfüllenden Erwartung (Feld/Frey 2002; Luhmann 1968/2014: 98). Daraus kann sich ein **Aufschaukelns-Effekt** ergeben, der seine eigene Pfadabhängigkeit entwickelt.

### **Exkurs:** Staatsgläubige Politikerverdrossenheit?

Studien zeigen über Jahrzehnte und die meisten Länder hinweg, dass **Politiker** unter den Berufsgruppen das geringste Vertrauen geniessen.

*«Insgesamt sieben Berufsgruppen sieht weniger als die Hälfte der Deutschen als vertrauenswürdig an, darunter Werbefachleute (25 Prozent) und Versicherungsvertreter (23 Prozent). Und Politiker bleiben mit 14 Prozent weiterhin das Schlusslicht, was das Vertrauen anbelangt ... Politiker nehmen den letzten Platz auf der Vertrauensskala ... auch in 16 anderen Ländern ein. In den übrigen Ländern erreichen sie jeweils auch nur einen der letzten Plätze, was dann im internationalen Durchschnitt mit 29 Prozent und einigem Abstand den letzten Platz bedeutet.» (GfK 2018)*

Bemerkenswert ist dabei, dass dieselben Bürger immer mehr «Lösungen» vom Staat einfordern, und damit von Politikern und Parteien,

denen sie weniger vertrauen als selbst Werbefachleuten und Gebrauchtwagenhändlern. Dieses aus liberaler Sicht durchaus auch «gesunde Misstrauen» (s.u.) hält die Bürger indes nicht davon ab, «ungesunde» Staatsausuferungen zu provozieren, da reflexartig nach dem Staat gerufen wird, weil man dem Markt oder sich selbst nicht zutraut, Probleme zu lösen. Derart gerät ein Gemeinwesen in die Zwickmühle, aus der heraus Überforderung und Politikverdrossenheit gleichermaßen generiert werden (Wohlgemuth 2007: 573).

Luhmann (1968/2014: 70f) kommentiert das besondere Problem der Vertrauensbildung im politischen System so:

*«Mit einem leidenschaftlichen bis routinierten Werben um <Vertrauen in die politische Führung> ist es nicht getan, obgleich es nicht unwesentlich ist, wenn die Personifizierung einer Durchlaufstation des Entscheidungsprozesses an der Spitze des politischen Systems es ermöglicht, ein quasi persönliches Vertrauen in den Dienst der Politik zu stellen. Die Ungeklärtheit der vertrauensbildenden Mechanismen liegt ... darin begründet, dass im politischen Bereich sowohl das Moment des Einsatzes, der Vorleistung des Vertrauenden, als auch die Hinsichten, in denen er vertraut, sich ins Unbestimmte verflüchtigen».*

Kurzum: es gibt in der Politik – anders als etwa in der Privatwirtschaft – keine Äquivalente zu konkreten und einklagbaren Versprechen (Verträgen oder Garantien) und persönlicher Haftung des Vertrauensnehmers. Der Bürger muss dem politischen System vertrauen, insgesamt akzeptable Ergebnisse zu generieren: und damit gerät als letzte Instanz die politische Verfassung in den Blickpunkt.

## 5.2.7 Vertrauen und politische Verfassung

Schon die frühe liberale Theorie des Gesellschaftsvertrags von John Locke (1689/1993) betont, dass die Bürger, indem sie einer Regierung die Macht geben, den Schutz ihrer Rechte (auf Leben, Freiheit und Eigentum) zu garantieren, eben genau dies geben: Vertrauen als riskante Vorleistung:

*«political power is that power which every man ... has given ... to the governors, whom the society hath set over itself, with this express or tacit trust, that it shall be employed for their good, and the preservation of their property» (second treatise, Rn. 170). Und: «the legislative acts against the trust reposed in them, when they endeavour to invade the*

*property of the subject, and to make themselves, or any part of the community, masters, or arbitrary disposers of the lives, liberties, or fortunes of the people» (ebd. Rn. 221).*

Schon David Hume (1777/1987: 42f) sah aus diesen Gründen im Bereich staatlichen Zwangs das verfassungspolitische **Vorsichtsprinzip** für angemessen, jeden Inhaber solcher Macht als potentiellen «Schurken» zu betrachten, der sehr vielen sehr viel Schaden antun kann, welchen es mit Mitteln der Verfassung zu vermeiden gilt:

*«in contriving any system of government, and fixing the several checks and controls of the constitution, every man ought to be supposed a knave, and to have no other end, in all his actions, than private interest. By this interest we must govern him, and, by means of it, make him, notwithstanding his insatiable avarice and ambition, co-operate to public good. Without this ... we have no security for our liberties or possessions, except the good-will of our rulers; that is, we shall have no security at all ... Honour is a great check upon mankind: But where a considerable body of men act together, this check is, in a great measure, removed»*

Diese Sicht ist in der Public Choice und Constitutional Economics Theorie weiterhin vorherrschend: Politikern sollte, wie Unternehmern im Wettbewerb, unterstellt werden, dass sie zunächst ihre eigenen Interessen an Macht, Einkommen und Prestige maximieren wollen und nicht das «Gemeinwohl». Vertrauen in den «good will» von Parteipolitikern und Beamten sei eine besonders «riskante Vorleistung». Freilich gibt es auch Stimmen, die gegen zu viel Misstrauen in der Verfasstheit der Politik plädieren – zumal dann, wenn direkt-demokratische Beteiligungsrechte Vertrauen und Sozialkapital schaffen bzw. nutzen sollen. Bruno Frey (1997: 1043) etwa argumentiert<sup>54</sup>:

*«A viable constitution must ... be strict enough to deter exploitative behaviour. At the same time, the constitution should fundamentally convey trust towards its citizens and politicians. Distrusting public laws risk destroying the positive attitude of citizens and politicians towards the state. Civic virtue can be maintained and fostered by direct citizen participation via popular referenda and initiatives».*

Auch hier dürfte eine **gesunde Mitte zwischen Vertrauen und Misstrauen** (s.u.) angebracht sein, zumal sich beide Grundhaltungen gerade auch in politischen Systemen gegenseitig verstärken können (s.o.). Besondere Bedeutung für die Generierung und Aufrechterhal-

---

54 Vgl. ähnlich: Brennan/Hamlin (2000: 48ff).

tung von Vertrauen in politischen Systemen hat die **Einhaltung von Spielregeln und Verfahren**, die allgemein als gerecht anerkannt sind (vgl. Tyler 2006). Hierzu gehören vor allem Neutralität öffentlicher Amtsträger; Gleichbehandlung der Bürger; Transparenz und oft auch (direkte) Beteiligung der Bürger bei der kollektiven Entscheidungsfindung (Traber 2013)<sup>55</sup>.

### 5.2.8 Vertrauen und Vertrautheit

Dass Vertrauen auch mit «Vertrautheit», Überschaubarkeit und Nähe und damit auch der **Kleinheit und Homogenität der Bezugsgruppe bzw. der politischen Einheit** in einem positiven Zusammenhang steht, ist ein klassisches Sujet der politischen Philosophie und (später) der Soziologie<sup>56</sup>. Nähe schafft starke Anreize, sich vertrauenswürdig zu verhalten, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass man sich wieder trifft und auf eine nachbarschaftliche (Gegen-) Leistung angewiesen sein könnte. Nähe erleichtert auch den Zugang zur Information über laufende Vertrauensbestätigungen (oder -enttäuschungen) des potentiellen Vertrauensnehmers gegenüber wiederum nahen Dritten (Hardin 2006).

Schon Aristoteles (Politik, 3. Buch, 9. Kapitel) betonte den Vorzug kleinerer und geschlossener Gemeinschaften für die (Stadt-) Staatenbildung (gleich welcher Staatsform). Leopold Kohr (1957/2017) argumentiert ähnlich zugunsten der Kleinheit des Gemeinwesens, auch vor dem Hintergrund der Vertrautheit, etwa hier (ebd.: 161):

*«Die Herrscher eines kleinen Staates, wenn man sie so nennen kann, sind die Nachbarn des Bürgers. Da er sie aus der Nähe kennt, wird es ihnen nie gelingen, sich hinter mysteriösen Mäntelchen zu verbergen und*

---

55 Die OECD empfiehlt ihren Mitgliedern ein Konzept des «open government» als «the transparency of government actions, the accessibility of government services and information, and the responsiveness of government to new ideas, demands and needs» (OECD 2017c: 106). Dies gilt nicht zuletzt auch für öffentliche Budgets. Die OECD (ebd.: 88ff) empfiehlt neben transparenten und zugänglichen Darstellungen von Staatsausgaben, fiskalischen Optionen, Budgetierungssystemen und Investitionsrechnungen auch die Bürgerbeteiligung zumindest auf lokaler Ebene.

56 S. Coleman (1991, Kap. 5); Fukuyama (1995); Hardin (2006). Es gilt indes auch im betriebswirtschaftlichen Kontext, vgl. Schwarz (2007: 168): «Dem Parton im Kleinunternehmen kann man vertrauen, weil man ihn kennt und in verschiedenen Situationen, sogar ausserberuflichen Situationen, erlebt hat, und man muss ihm vertrauen, weil eben vieles auf Handschlag und auf Unausgesprochenem beruht».

*als kaum sichtbare Superuran-Phantasmen zu erscheinen». Und er fährt fort (ebd.: 162): «Will ein Bürger des Fürstentums Liechtenstein ... Seine Hoheit, den Fürsten und Herrscher, sehen, den Träger vieler Auszeichnungen und den Verteidiger vieler ausgezeichneten Dinge, kann er dies tun, indem er die Glocke des Schlosstores läutet. Wie durchlauchtig Seine Hoheit auch sein mag, er wird nie ein unzugänglicher Fremder bleiben. Ein Bürger der massiven amerikanischen Republik andererseits begegnet bei einem ähnlichen Unterfangen unzähligen massiven Hindernissen»*

Bei Niklas Luhmann (1968/2014: 23f) liest sich ein ähnliches Argument etwas beschwerlicher:

*«Zwar ist Vertrauen nur in einer vertrauten Welt möglich; es bedarf der Geschichte als Hintergrundsicherung. Man kann nicht ohne jeden Anhaltspunkt und ohne alle Vorerfahrungen Vertrauen schenken. Aber Vertrauen ist keine Folgerung aus der Vergangenheit, sondern es überzieht Informationen, die es aus der Vergangenheit besitzt und riskiert eine Bestimmung der Zukunft». Und: «In dem Masse, als eine Sozialordnung komplexer und variabler wird, verliert sie den Charakter der Selbstverständlichkeit, der bekannten Vertrautheit». Es entsteht somit «ein Bedarf an Vertrauen, das nun immer weniger durch Vertrautheit gestützt werden kann» (ebd.) – ein Bedarf an Institutionen- und Systemvertrauen als (teilweiser) Ersatz für Vertrautheit.*

## 5.2.9 Caveat: Vertrauen und Vertrautheit sind nicht immer gut

«Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» – dieser Satz wird oft, aber zu Unrecht Lenin zugeschrieben<sup>57</sup> und damit einer Extremform des Misstrauens von Vertretern des Staates sowohl untereinander als auch gegenüber ihren Bürgern. Gleichwohl ist auch in liberalen Staaten ein ausgewogenes **Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle** sinnvoll. Volles und «blindes Vertrauen» sowohl in andere Menschen als auch in politische Institutionen kann den Vertrauensgeber ausbeutbar machen. Schon auf individuell-psychologischer Ebene dürfte gelten: «Niemand kann nur Gutes oder nur Schlimmes erwarten von jedermann in jeder Hinsicht ... Weder Vertrauen noch Misstrauen sind als universelle Einstellungen durchführbar. Das wäre zu riskant bzw. zu belastend» (Luhmann 1968/2014: 95).

---

57 Vgl. Schwarz (2007): 166.

Ähnlich argumentiert Luhmann (ebd.: 118) auf der Systemebene, wo man «erst recht» darauf angewiesen sei, «dass die Risikoneigung unter Kontrolle gehalten wird und die Enttäuschungsquote nicht zu gross wird» und vermutet, «dass ein System mit höherer Komplexität, das mehr Vertrauen braucht, zugleich auch mehr Misstrauen benötigt und daher Misstrauen, zum Beispiel in Form von Kontrollen, institutionalisieren muss».

Hierzu existieren auch empirische Untersuchungen. Giuliano et al. (2009) etwa argumentieren, dass es ein **gesundes Mass von Misstrauen** gibt, welches vor schmerzhaften Enttäuschungen schützt: «even if fit benefits society at large, does it always pay an *individual* to trust? ... Those who trusted Bernie Madoff lost a lot of money ...». Sie stützen sich auf eine Studie von Butler et al. (2009), die zeigt, dass der Zusammenhang zwischen individuellem Vertrauen in Andere und individuellem Einkommen kein stetig zunehmender ist, sondern buckelförmig<sup>58</sup>. Das deutet an, dass sowohl diejenigen, die zu wenig vertrauen als auch diejenigen, die zu viel vertrauen, schlechter abschneiden als diejenigen, die «realistische» Ansichten über die Vertrauenswürdigkeit anderer haben. Gleichzeitig bestätigen die Autoren der Studie aber die These, dass gesamtgesellschaftlich gesehen generalisiertes Vertrauen besser ist als verbreitetes Misstrauen, da so mehr Risiko für Innovationen eingegangen wird und generell mehr Kooperation möglich wird.

Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sind Vertrauen und Kontrolle nicht notwendig Gegensätze oder Substitute. In Theorie und Empirie ist der Zusammenhang zwischen sozialer Kontrolle (informelle Sanktionen von norm-abweichendem Verhalten) in **kleinen, homogenen Gruppen** und gegenseitigem Vertrauen gut etabliert.<sup>59</sup> Gleichzeitig sind diese Umstände aber für die «offene Gesellschaft», die globale, liberale «erweiterte Ordnung» im Sinne von Karl Popper (1945) oder Friedrich von Hayek (1988/96), faktisch nicht mehr zutreffend und normativ auch nicht mehr empfehlenswert<sup>60</sup>. Wenn sich Vertrauens-Netzwerke nurmehr in geschlossenen Gesellschaften als exklusive Clubs innerhalb einer sich ansonsten kulturell und sozial insgesamt ausdifferenzierenden und an Vielfalt gewinnenden Grossgesellschaft festigen, erlangt

---

58 Die Studie nutzt Daten des European Social Survey.

59 Vgl. Ostrom (1990); Putnam (2000);

60 Vgl. hierzu ausführlich Wohlgemuth (2010); Coleman (1992); Fukuyama (1995).

das soziale Vertrauen nicht mehr die Reichweite, die es benötigt, um die Gesellschaft insgesamt zu einen. Es entstehen dann «Seilschaften», «Parallelgesellschaften», «Elitezirkel», oder Kartelle, die sich nur mehr untereinander vertrauen – und versorgen<sup>61</sup>. Andere, «fremde», Gruppen können dann selbst in «high-trust» Gesellschaften wie etwa in Asien zu Aussenseitern werden, deren Qualifikationen und Kooperationsoptionen systematisch unterbewertet werden (etwa bei Anstellungen, Geschäftsbeziehungen oder politischer Postenvergabe). Dies hätte negative Auswirkungen auf das Sozialkapital der Gesamtgesellschaft, die Effizienz der Wirtschaft und die Akzeptanz der Politik<sup>62</sup>.

Die Herausforderung der Moderne dürfte genau darin bestehen, Vertrauensbeziehungen vom konkret, persönlich Bekannten und Vertrauten der Kleingruppe auszudehnen ins Abstraktere, Anonymere der grösseren und offeneren Gesellschaft – ohne dabei die Verwurzelung im kleineren Vertrauten zu verlieren.

### **Exkurs:** Kleingruppenvertrauen und die Zumutungen der Moderne<sup>63</sup>

Neben vielen anderen hat sich Friedrich von Hayek diesen «Zumutungen der Moderne»<sup>64</sup> ausführlich und sensibel gewidmet. Die abstrakte Grossgesellschaft bringe es mit sich, dass «atavistische Instinkte» – vor allem die Sehnsucht nach Solidarität und «sozialer, austeilender Gerechtigkeit» – keinen verantwortlichen Adressaten mehr finden und nicht mehr ohne Verlust an Freiheit und Wohlstand bedient und erzwungen werden können<sup>65</sup>. Das ist die Konstellation der Moderne, wie sie Hayek in gewisser Weise ähnlich zu Freuds Diagnose des «Unbehagens in der

---

61 Hierzu Coleman (1991); Putnam (1993) und recht anschaulich anhand der Mafia als Vertrauenssystem: Gambetta (1988: 163ff). Auch Fukuyama (1995: 156f) warnt: «While groups exhibiting a high degree of trust and solidarity can be more economically efficient than those lacking either, not all forms of trust and solidarity are necessarily advantageous. If loyalty overrides economic rationality, then communal solidarity simply leads to nepotism or cronyism».

62 Vgl. Portes/Landolt (1996), wonach exklusives Vertrauen und Sozialkapital in homogenen Kleingruppen auch dazu führen kann, dass Aussenseiter diskriminiert, Innovation und eigenständige Kreativität entmutigt werden.

63 Ausführlich hierzu: Wohlgemuth (2010).

64 Vgl. Hayek (1973-79/2003: 475)

65 Vgl. Hayek (1973-79/2003: Kap. 11)

Kultur»<sup>66</sup> beschreibt. «Unsere gegenwärtige Schwierigkeit» bestehe, so Hayek (1988/96: 15) darin:

*«dass wir unser Leben, unsere Gedanken und Gefühle unentwegt anpassen müssen, um gleichzeitig in verschiedenen Ordnungen und nach verschiedenen Regeln leben zu können. Wollten wir die Regeln des Mikrokosmos (d.h. die Regeln der kleinen Horde oder Gruppe oder beispielsweise unserer Familien) auf den Makrokosmos (die Zivilisation im Grossen) anwenden, wie unsere Instinkte und Gefühle es uns oft wünschen lassen, so würden wir ihn zerstören. Würden wir aber umgekehrt immer die Regeln der erweiterten Ordnung auf unsere kleineren Gruppierungen anwenden, so würden wir diese zermalmen.»*

Zur Schwierigkeit der Moderne gehört es also, emotional höchst anspruchsvolle Unterscheidungen zu treffen, die es erst erlauben, gleichzeitig (Welt-)Bürger, Patriot und Mitmensch zu sein. Die Moderne verlangt damit auch intellektuelle und politische Sensibilität beim Umgang mit der – letztlich fließenden – Unterscheidung zwischen «Makro» und «Mikro», um weder die grosse, abstrakte Gesellschaft zu «zerstören» noch die kleinen, konkreten Gemeinschaften zu «zermalmen».

**Zusammenfassend kann man festhalten:** In der offenen, erweiterten Gesellschaft, in der Moderne der weit vernetzten und interagierenden Welt, sind wir (ist Liechtenstein) immer mehr darauf angewiesen, anderen zu vertrauen, die wir nicht «face-to-face» kennen können. Das sind zwar Menschen, die auch eine Reputation zu verlieren haben, wenn sie begründetes Vertrauen enttäuschen, und diese Enttäuschung zu vermeiden suchen. Gleichzeitig sind diese anderen aber auch immer in der Versuchung, durch opportunistisches Verhalten den Vertrauensvorsprung durch List und Täuschung zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Nunmehr kommen Anreizkonstellationen, Haftungsregeln, und damit Institutionen und schliesslich (unter anderem) der Staat ins Spiel. Doch wäre es wäre allzu kurz gegriffen, mit der Macht des Staates die Frage der Verletzlichkeit des Vertrauensgebers als beantwortet zu betrachten. Die Frage des Vertrauens in Institutionen, Politik und Staat stellt sich in gleicher, wenn nicht sogar deutlicherer Form erneut. Ein «gesundes» Mass an Misstrauen, ja: Argwohn, ist besonders auch den Personen gegenüber angebracht, die über viel Macht über viele Menschen verfügen – über kollektive Zwangsmacht, der man sich kaum entziehen kann und die zumal oft wenig transparent und wenig kontrollierbar ist.

---

66 Freud (1927/61)

Auch hier ist eine **gesunde Mitte zwischen Vertrauen, Misstrauen und Kontrolle** sinnvoll. Dazu trägt auch bei, dass Vertrauensnehmer keine übertriebenen Erwartungen schüren und Vertrauensgeber keine übertriebenen Erwartungen hegen. Am stärksten dürften begründete und vergleichsweise hohe Erwartungen in Gesellschaften erfüllt werden, die über eine politische und eine Wirtschaftsverfassung verfügen, die auch nachhaltig zu «liefern», einen «Kredit» an Vertrauen zu «bedienen» in der Lage ist. Dies ist auch eine empirische Frage; und Thema des folgenden Teils der Studie.

## 6. (Institutionen-) Vertrauen: Empirische Entwicklungen, Erklärungen und Folgen

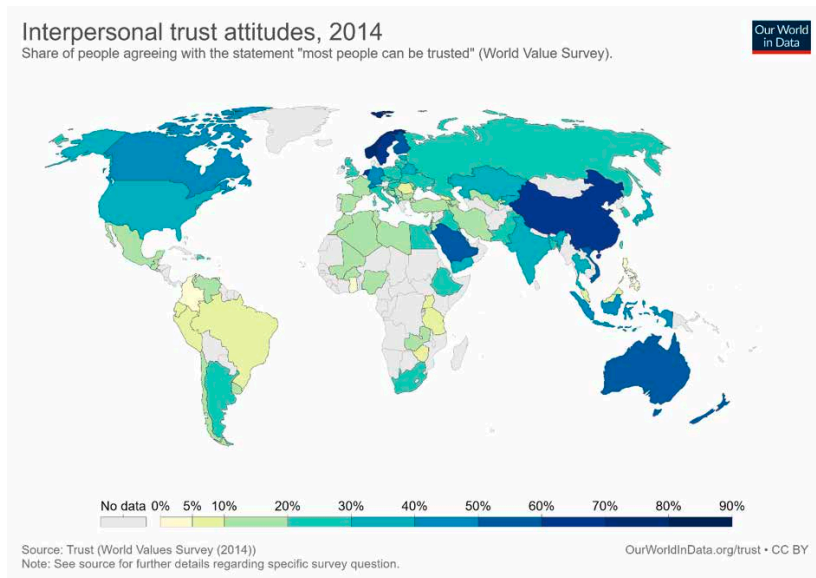
### 6.1 Globale Befunde und Entwicklungen

Das im Umfragen gemessene interpersonelle Grundvertrauen, das Institutionenvertrauen und das hierauf aufbauende Sozialkapital variiert sehr deutlich im weltweiten Vergleich. Die Frage zum **generalisierten Grundvertrauen** wird von vielen Demoskopien seit einigen Jahrzehnten systematisch (aber auch in jeweils verschiedener Form) in vielen Ländern der Welt gestellt. Prägend war und ist der World Value Survey (Inglehart et al. 2014), der auch die Frage enthält:

*«Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people?»*

Die folgende **Grafik 20** zeigt die weltweite Aufteilung des zwischenmenschlichen Vertrauens. Als «high-trust» Länder gelten traditionell die skandinavischen Länder und die Niederlande, aber auch China, die Schweiz, Australien und (mit etwas Abstand) Deutschland und Kanada. Die erfassten Länder in Süd- und Mittelamerika sowie Afrika, aber auch etwa Rumänien, Frankreich und Spanien weisen dagegen deutlich unterdurchschnittliche Werte auf.

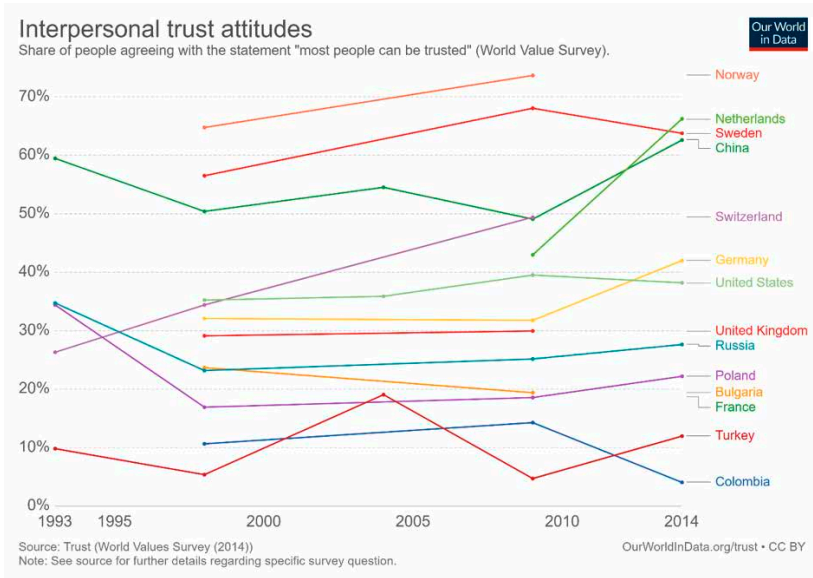
Grafik 20: Generalisiertes Vertrauen  
(interpersonelle Vertrauenshaltungen)



Quelle: *Ortiz-Ospina / Roser (2019)*

Die verfügbaren Zeitreihen (**Grafik 21**) bestätigen die erheblichen Unterschiede in den Vertrauensniveaus und sind in den jeweiligen Ländern zudem relativ stabil.

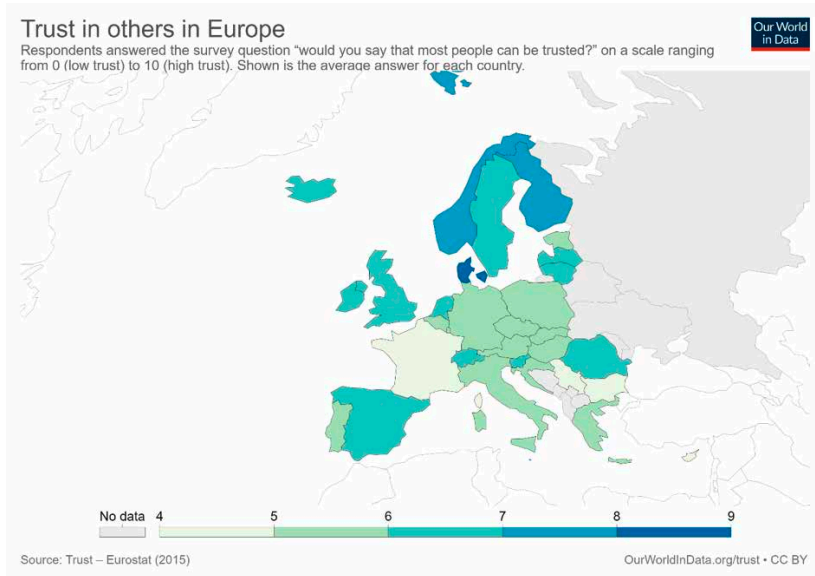
Grafik 21: Generalisiertes Vertrauen im Zeitverlauf



Quelle: Ortiz-Ospina / Roser (2019).

Eurostat erhebt für die meisten Europäischen Länder ähnliche Daten anhand der Frage «würden Sie sagen, dass man den meisten Leuten vertrauen kann» (Antwort auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)). Auch hier (**Grafik 22**) zeigen sich Dänemark (Durchschnitt 8.3) und die skandinavischen Länder (z. B. Norwegen 7.3) als «high-trust-societies», ebenso die Schweiz (6.4). Anders als im World values survey ist hier aber das Vertrauen der Rumänen (6.4) und Spanier (6.3) im Schnitt höher als etwa in Deutschland (5.5). Das europaweit geringste Vertrauen in andere bekunden Franzosen (5.0) und Bulgaren (4.2).

## Grafik 22: Generalisiertes Vertrauen in Europa

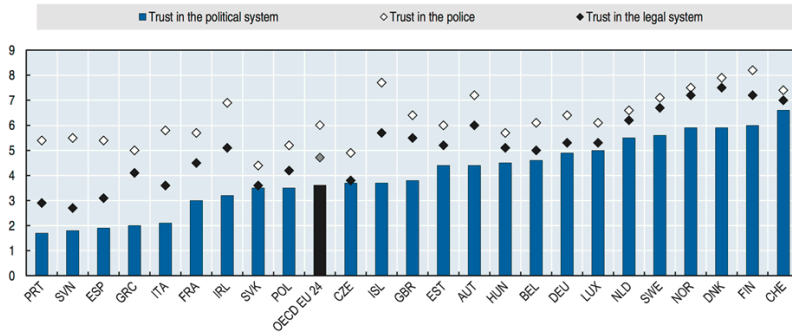


Quelle: Ortiz-Ospina/Roser (2019)

Die OECD misst seit einigen Jahren das «well-being» ihrer Mitgliedstaaten anhand vielfältiger und weitgefaster Indikatoren. Für die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit eines Landes wird neben «natural», «human» und «material» Kapital auch das «Sozialkapital» berücksichtigt, wobei hier **Institutionenvertrauen** eine bedeutende Rolle spielt (andere Indikatoren sind Vertrauen zwischen Privaten, Wahlbeteiligung und «government stakeholder engagement»). Die OECD nutzt zur Messung von Vertrauen verschiedene Methoden und Quellen (s. OECD 2017b). Bereits innerhalb der Europäischen Staaten ergeben sich erhebliche Unterschiede beim Vertrauen der Bürger in das politische System, die Polizei und das Rechtssystem (s. **Grafik 23**)<sup>67</sup>.

67 Skala von 0 («überhaupt kein Vertrauen») bis 10 («komplettes Vertrauen»).

Grafik 23: Vertrauen in politisches System, Polizei, Rechtssystem (OECD Staaten)



Note: Response options range from 0 ("No trust at all") to 10 ("Complete trust"). The OECD EU average is the population-weighted average of the values included in the chart.

Source: Eurostat (2015), European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC), [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc\\_pw03&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_pw03&lang=en).

Quelle: OECD (2015): 128

Wie beim generalisierten Vertrauen stehen auch beim Vertrauen in Institutionen die Schweiz, die nordeuropäischen Länder und die Niederlande weit oben; aber auch Deutschland und Österreich weisen Werte oberhalb des europäischen Durchschnitts auf. In Ländern Südeuropas dagegen ist das Vertrauen in die Institutionen ihrer Länder unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Die These, dass seit der Finanz- und Schuldenkrise das Vertrauen in nationale Regierungen zurückgegangen ist, lässt sich zumindest für den OECD-Durchschnitt bestätigen (OECD 2017a: 184ff; 2017c: 11, 19). Im Zeitraum 2014-2016 gaben nur noch 38 Prozent an, **Vertrauen in ihre Regierung** zu haben (populationsgewichteter OECD-Durchschnitt); vor der Krise (2005-2007) waren es noch 42 Prozent. Einen starken Vertrauensschwund erfuhren die Regierungen in Slowenien, Finnland, Spanien, Portugal und Griechenland (**Grafik 24**).



mierten Öffentlichkeit»<sup>69</sup>) in 4 Akteursgruppen: (1) Nichtregierungsorganisationen (NGOs), (2) Unternehmen (Business), (3) Regierung (government) und (4) Medien. Die Antworten können von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 9 (sehr grosses Vertrauen) abgestuft werden. Hierbei zeigen sich recht konsistent über die Jahre und über die meisten Länder hinweg zwei Beobachtungen (**Grafik 25**):

- 1) Die informierte Öffentlichkeit zeigt mehr Vertrauen in die genannten Institutionen als die allgemeine Bevölkerung; und:
- 2) Regierung und Medien wird deutlich weniger vertraut als Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsunternehmen.

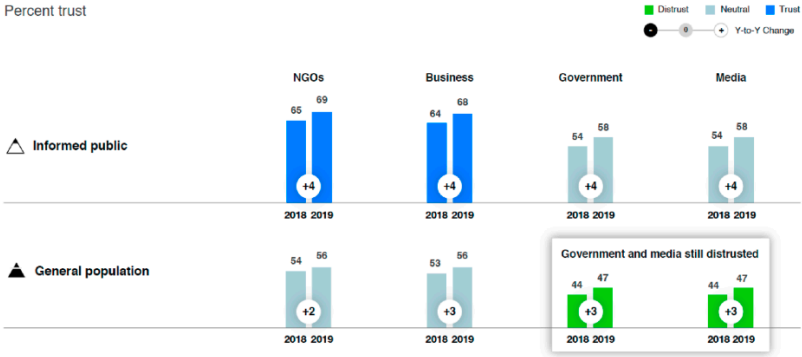
---

69 Hierzu gehören jeweils 500 Befragte und den USA und China, 200 in den jeweils anderen Ländern, die 16 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren und vier Kriterien erfüllen: a) zwischen 25 und 64 Jahren alt, b) mit höherem Bildungsabschluss, c) in den höchsten 25 Prozent des Einkommens ihrer Altersgruppe und d) häufiger Gebrauch von Medien und Engagement in der Politik (Edelman Trust Barometer 2019: 56).

Grafik 25: Vertrauen in NGOs, Wirtschaft, Regierung und Medien

## A MODEST RISE IN TRUST

Percent trust



© 2019 Edelman Trust Barometer. THU\_INF3. Below is a list of institutions. For each one, please indicate how much you trust that institution to do what is right using a nine-point scale where one means that you "do not trust them at all" and nine means that you "trust them a great deal." 9-point scale; top 4 box, trust. Informed public and general population, 36-market average.

Edelman | 5

Quelle: Edelman Trust Barometer (2019)

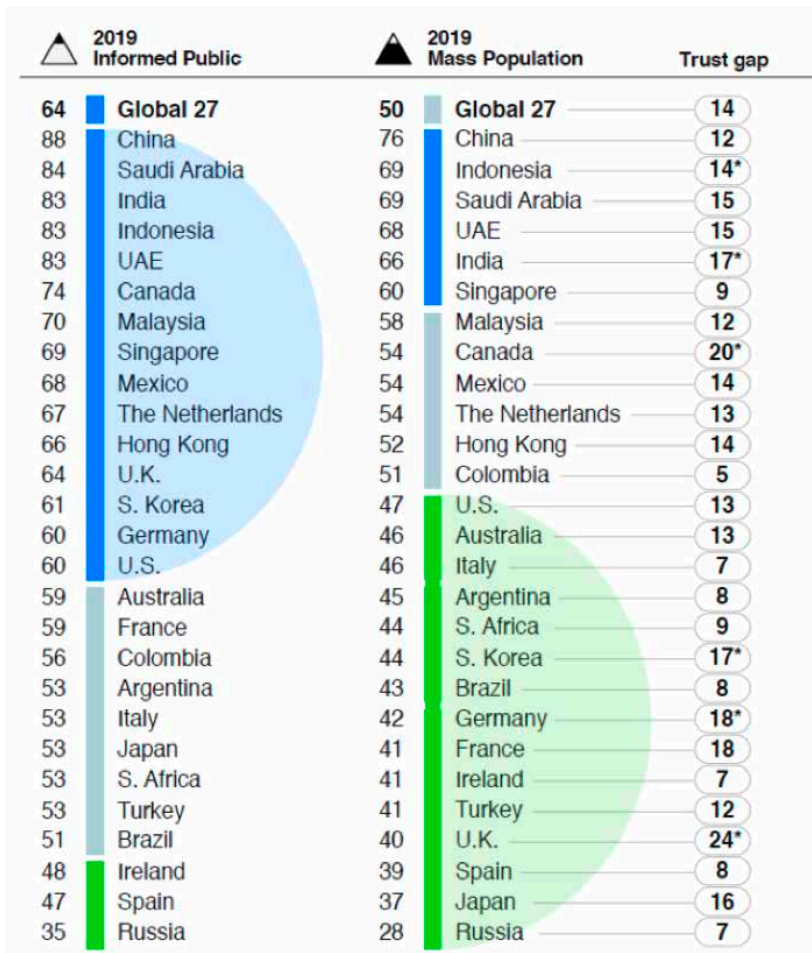
Vergleicht man die jeweils untersuchten Länder, fällt auf, dass Europäische Länder, und damit demokratische Rechtsstaaten und relativ offene Marktwirtschaften, erst recht weit unten in der Rangliste des Institutionenvertrauens auftauchen und somit – zumindest bei der Gesamtbevölkerung – eine deutliche Skepsis gegenüber den vier gesellschaftlich und politisch handelnden Institutionen zu bemerken ist (**Grafik 26**).

Über die Gründe kann hier nur (kurz) spekuliert werden. Grundsätzlich kann man (aus westlicher Perspektive) vielleicht auf kulturelle Faktoren verweisen: Die Aufklärung und damit der Skeptizismus (gerade staatlichen Institutionen gegenüber) sind wohl genuin «westliche», «europäische» Traditionen, die auch ein (mehr oder minder) «gesundes Misstrauen» erklären und oft genug auch rechtfertigen (s. Teil 5.2.9).

Dass Bürger in China, Saudi-Arabien oder den Arabischen Emiraten beim Edelman Trust Barometer (2019) so starkes Institutionenvertrauen angeben, kann weitere Gründe haben. Zum einen könnten sich Menschen in einigen der Länder nicht gerade frei fühlen, ehrliche Antworten zu geben. Zum anderen könnten sie unter «Vertrauen» auch etwas Anderes verstehen und erleben. Wie Schöttli (2007: 259) bemerkt, wächst in asiatischen Gesellschaften Vertrauen «direkt aus den sozialen Hierarchien und aus den sozialen Netzwerken», aus «Clans» und Grossfamilien, die der Absicherung gegenüber anderen dienen. Es han-

delt sich somit um eher das Gegenteil von «universalem» Vertrauen und dient eher dem Vertrauen innerhalb der Kleingruppe (oder des Kartells). Wenn dies wiederum mit den Institutionen des Landes derart verwoben und damit identifizierbar ist, wäre dies auch eine Erklärung für das vergleichsweise hohe Institutionen-Vertrauen.

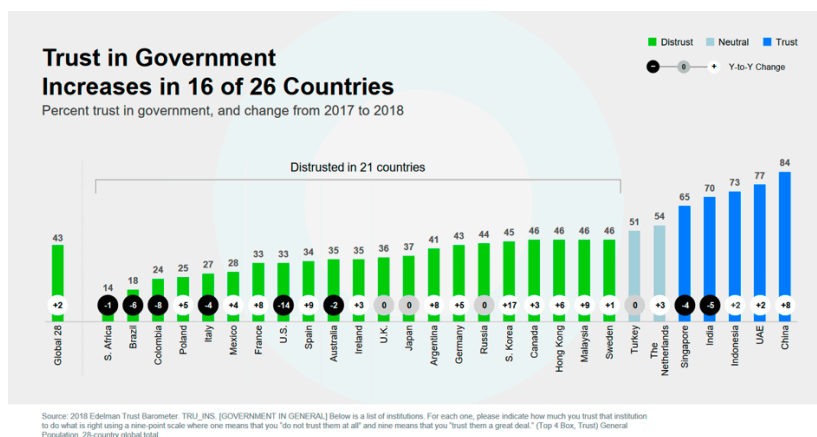
Grafik 26: Vertrauensranking



Quelle: Edelman Trust Barometer (2019)

In der Unterkategorie «trust in government» hat sich von 2017 auf 2018 in den meisten, auch europäischen, Ländern eine gewisse Erholung des Vertrauenspegels gezeigt (ausser in Italien). Ausser in den Niederlanden gibt es in den europäischen Ländern indes mehr Bürger, die der Regierung mit Misstrauen begegnen als mit Vertrauen (Grafik 27).

Grafik 27: Vertrauen in die Regierung



Quelle: Edelman Trust Barometer (2019)

## 6.2 Besonderheiten in der Schweiz und Deutschland

In Deutschland dagegen ist das Vertrauen in die Regierung in den Zeiten der Krise recht deutlich gestiegen. Dies zeigen andere Studien auch für die Schweiz. Die Schweiz weist im World Gallup Poll das stärkste Regierungsvertrauen auf; auch zeigt sich in der Schweiz beim durchschnittlichen Vertrauen in Institutionen und in Medien eine grosse Stabilität, zudem weist 2019 die höchsten (!) Werte in der Schweiz seit der Jahrtausendwende auf (Szvircsev Tresch/ Wenger Hg. 2019: 209)<sup>70</sup>.

70 Im IW-Vertrauensindex (Enste/ Grunewald 2017) rangiert die Schweiz dagegen im Teilindex «Vertrauen in das politische System» (einem Index aus 7 verschiedenen Kriterien) hinter den skandinavischen Ländern.; aber vor Deutschland und Österreich.

Auch für Deutschland kommt Petersen (2017a: 53) aufgrund neuerer Umfragen zum Schluss: «Von einer echten Vertrauenskrise in die Demokratie war auch nach eineinhalb Jahren Flüchtlingskrise nichts zu erkennen», und stellt fest, «dass das gesellschaftliche Klima der Institutionen- und Politikverachtung ... seinen Höhepunkt inzwischen weit überschritten hat» (ebd.: 61). Tatsächlich ist der Anteil derjenigen, die sagen, dass sie zur Bundesregierung «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen haben, seit 2005 von 16 auf 61 Prozent (2017) gestiegen! Im gleichen Zeitraum nahm auch das Vertrauen in den deutschen Bundestag von 19 auf 58 Prozent zu (ebd.: 65ff)<sup>71</sup>.

Hierin dürften sich auch politische Konjunkturschwankungen äussern, die – was die jeweilige Regierung betrifft – im Zeitverlauf durchaus heftiger und erratischer ausfallen können als ökonomische (auch wenn beide wiederum zusammenhängen<sup>72</sup>). Gleichzeitig gibt es, besonders in Deutschland, auch eine bemerkenswerte Konstante: das hohe Vertrauen in die sehr grundsätzlichen ordnungspolitischen und staatsrechtlichen Fundamente des Staates, konkret: in das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht.

Dieser Befund wurde schon früh als bundesdeutscher «**Verfassungspatriotismus**» der Nachkriegszeit analysiert, d.h. als Identifikation der Bürger mit den Grundwerten, Institutionen und Verfahren der politischen Grundordnung und Verfassung der Bundesrepublik. Dolf Sternberger, der dieses Konzept geprägt hat, betont hierbei vor allem auch das «kritische Vertrauen» der Bürger in die zentralen Institutionen des Landes, das «in der engsten Verknüpfung» mit einem grundlegenden Einverständnis der Bürger steht «als des Fundamentes aller legitimen Regierung» (Sternberger 1964: 126).

Tatsächlich genießt noch heute das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht in Deutschland ausserordentlich grosses Vertrauen.<sup>73</sup>

---

71 Neuere und etwas anders formulierte Umfragen von Forsa sehen dagegen für 2019 wiederum einen leichten Rückgang des Institutionenvertrauens. Während die Bundeskanzlerin mit 55 Prozent 5 Prozentpunkte an «grossem» und «sehr grossem» Vertrauen gegenüber 2018 hinzugewann, verlor die Bundesregierung hier 5 Prozentpunkte auf 37 Prozent (Mediengruppe RTL 2019b).

72 Damit ist auch gemeint, dass Regierungen versuchen, zum Zeitpunkt von Wahlen durch expansive Fiskal- und Geldpolitik eine (vorübergehend) günstige wirtschaftliche Konjunkturlage zu schaffen, um ihre Wiederwahlchancen zu verbessern (s. Nordhaus 1975).

73 Vgl. Wohlgemuth (2019b).

Das Allensbacher Institut fand heraus, dass von allen Institutionen das Grundgesetz das höchste Vertrauen genießt: 91 Prozent (51 Prozent sehr viel; 40 Prozent viel); gefolgt vom Bundesverfassungsgericht (77 Prozent); es folgen der Bundespräsident (75 Prozent), Bundestag und Bundesrat (je 58 Prozent), Bundesregierung (50 Prozent), EU Kommission (29 Prozent) und die Parteien (23 Prozent)<sup>74</sup>.

## 6.3 Vertrauen und gesamtgesellschaftliche Grössen

Viele der in Teil 3 theoretisch/analytisch dargelegten (Inter-) Relationen zwischen (Institutionen-) Vertrauen und gesamtwirtschaftlichen und sozialen Bedingungen können in Länder-vergleichenden Studien bestätigt werden. Hier ein kurzer Überblick.

### 6.3.1 Vertrauen und Wohlstand

In der empirischen Wachstumstheorie wird immer wieder ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem **Wohlstand** eines Landes und sowohl dem interpersonellen als auch dem Institutionenvertrauen festgestellt.<sup>75</sup> Die folgenden **Grafiken 28 und 29** mögen die Korrelation veranschaulichen.

---

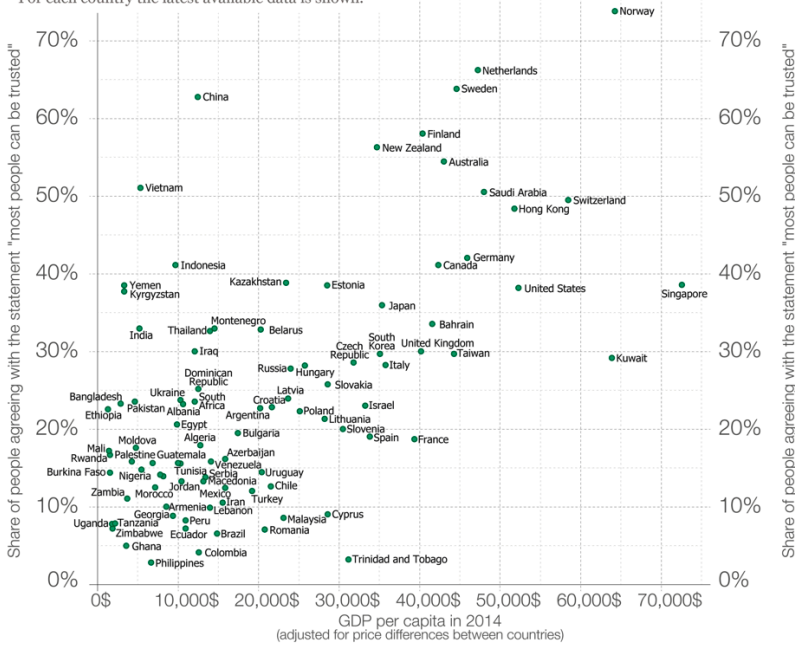
74 Institut für Demoskopie Allensbach (2014).

75 Vgl. etwa Ortiz-Ospina/Roser (2019: 13ff) und Algan/Cahuc (2013) und die dort zitierte Literatur.

## Grafik 28: Interpersonelles Vertrauen und BIP/ Kopf

### Country by country: Trust vs. GDP per capita

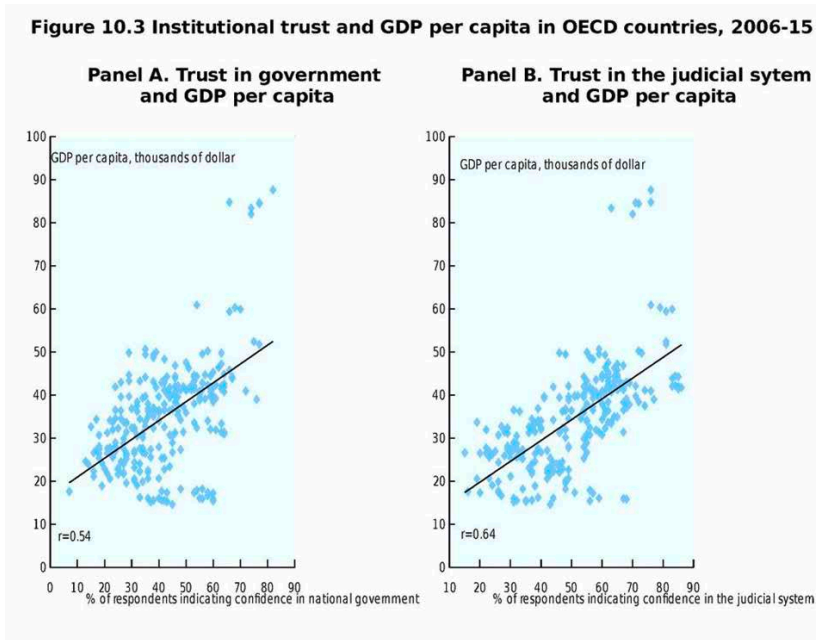
Shown is the share of people agreeing with the statement "most people can be trusted". For each country the latest available data is shown.



Data source: World Value Survey for data on trust and Penn World Table for data on GDP per capita. This visualization is available at [OurWorldinData.org](https://ourworldindata.org). There you find the raw data and more visualizations on this topic. Licensed under CC-BY-SA by the author Max Roser.

Quelle: Ortiz-Ospina / Roser (2019)

## Grafik 29: Vertrauen in Regierung bzw. Rechtssystem und BIP/Kopf



Quelle: OECD (2017b: 71 1) StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933583728>

In Teil 5.2 wurde der Zusammenhang zwischen Wohlstand und (Institutionen-) Vertrauen als ein sich gegenseitig bewirkender und bestärkender dargestellt. Zum einen fördert Vertrauen die Kooperationsbereitschaft und damit auch die Wahrscheinlichkeit gelingender Tauschhandlungen, Investitionen und Arbeitsteilung. Dies zahlt sich am Ende in einem höheren Sozialprodukt pro Kopf aus. Gleichzeitig sind in wohlhabenderen Ländern auch eher die materiellen (und institutionellen) Grundlagen gegeben, Vertrauen als «Kredit» oder «riskante Vorleistung» (Luhmann 1968/2014) zu wagen (Teil 5.1). Auch zeigen Untersuchungen, dass Menschen mit höherem Einkommen eher geneigt und in der Lage sind, Vertrauen zu «schenken» (s.u.).

### 6.3.2 Vertrauen und Verteilung

Gleichzeitig ist es ein wiederkehrendes Muster empirischer Untersuchungen, dass **wirtschaftliche Ungleichheit** tendenziell dem zwischenmenschlichen und institutionellen Vertrauen schadet. Alesina/La Ferrara (2000) führen dies darauf zurück, dass Menschen eher Anderen vertrauen, die ihnen ähnlich sind (auch in Bezug auf Einkommen und Vermögen). Der Überblick von Jordahl (2007) zitiert viele Studien, die zum Schluss kommen, dass Einkommensungleichheit zu geringerem (generalisierten) Vertrauen führt. Es dürfte kein Zufall sein, dass die nordischen Länder sowohl einen geringen Gini-Koeffizienten als auch hohe Vertrauenswerte aufweisen, oder dass in den USA sowohl die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen als auch das Misstrauen in Andere (und Institutionen) in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben. Jedenfalls haben Unterschiede in der unteren Hälfte der Einkommensskala deutliche Auswirkungen auf das Vertrauen der relativ Armen in Andere und politische Institutionen (ebd.).

### 6.3.3 Vertrauen und Freiheit

Vertrauens*handlungen* setzen Freiheit voraus: wer gezwungen ist, einem Anderen (Transaktionspartner, oder Politiker) seine Leistungsversprechen «abzukaufen», ist weder frei zu entscheiden, Vertrauen zu schenken noch zu verweigern. Das heisst auch:

*«damit Vertrauen entstehen kann, muss die Freiheit, zu enttäuschen, vorhanden sein» (Schwarz 2007: 166). Vertrauensäußerungen (etwa in Meinungsumfragen) sind etwas Anderes. Hierzu habe ich im Hinblick auf einige Staaten, die nicht gerade als «frei» gelten können, ein wenig in Teil 6.1 spekuliert.*

Berggren/Jordahl (2006) kommen in einer umfangreichen vergleichenden empirischen Analyse zum Schluss, dass **wirtschaftliche Freiheit** (Werte des Economic Freedom Index<sup>76</sup>) und auf generalisiertem Vertrauen gründendes (und gemessenes) Sozialkapital stark zusammenwirken. Vor allem der auch als Teil des Index für wirtschaftliche Freiheit erfassten Kriterien freiheitliche Rechtssysteme (Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte) und Sicherheit privater Eigentumsrechte, aber auch

---

76 Gwartney/Lawson (2003).

der Zugang zu stabilem Geld, scheinen gesellschaftlichem Vertrauen sehr zuträglich zu sein. Empirisch wird auch ein positiver Zusammenhang zwischen **Freiheit der Medien** und Vertrauen in Regierungen festgestellt – zumindest unter den Ländern, bei denen ein Mindestmass an Medienfreiheit gewährleistet ist (OECD 2017c: 113).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die empirische Untersuchung von Berggren/Bjørnskov (2017), wonach Institutionenvertrauen die **Chancen ordnungspolitischer Reformen** in Richtung erhöhter wirtschaftlicher Freiheit erhöht (s.o. 5.2.6). Auch die OECD (2017c: 68) kommt zum Ergebnis: «in an environment of high trust, it is possible to undertake reforms that are ambitious, and that potentially include short-term sacrifices for long-term gains». Hierbei kommt es neben den Kommunikationsfähigkeiten der verantwortlichen Politiker vor allem darauf an, dass auch mögliche (kurzfristige) Verlierer einer Reform den politischen Prozess, der diese herbeigeführt hat, als grundsätzlich fair und transparent erachten (s.a. Lunn 2014).

### 6.3.4 Vertrauen und Vertrautheit

Empirisch lässt sich die These einer Korrelation (vielleicht auch Kausalität) zwischen Vertrautheit/Nähe/Kleinheit (s. Teil 3.2.8) und Vertrauen in andere (Landsleute), in (lokale) Institutionen in kleinen Ländern in vielen Dimensionen recht gut einfangen und bestätigen. Menschen vertrauen eher anderen Menschen, die sie eher kennen können. Im Hinblick auf das Institutionenvertrauen gilt Ähnliches:

Grundsätzlich findet sich (auch in grösseren Ländern) in Umfragen öfters eine Diskrepanz zwischen «**Nahbild**» und «**Fernbild**»<sup>77</sup>. Fragt man etwa nach dem Vertrauen in «die Politiker», «die Banken», die «Wirtschaft» und die selben Menschen nach dem Vertrauen in «meinen Abgeordneten», «meine Bank» oder «meinen Arbeitgeber», so steigt das Vertrauen systematisch vom Abstrakten zum konkret Bekannten/Vertrauten. 2011 etwa äusserten 47 Prozent der Deutschen in einer Befragung (Bundesverband Deutscher **Banken** 2011) «Mein Vertrauen in *die Banken* hat angesichts der Finanzkrise stark gelitten». Dagegen sagten nur 10 Prozent «Mein Vertrauen in *meine eigene Bank* hat

---

77 Dies lässt sich vor allem als Wirkung der Massenmedien interpretierten, vgl. Kepplinger (2009: 667ff); Petersen (2002: 105).

angesichts der Finanzkrise stark gelitten». Ein ähnlicher Nähe-/Vertrautheitseffekt zeigt sich im Bereich der **Unternehmen**. So sagten in einer Umfrage von Forsa (Mediengruppe RTL 2019a) 66 Prozent, sie hätten Vertrauen in den «eigenen Arbeitgeber»; dagegen nur 30 Prozent in «Unternehmer» und neun Prozent in «Manager». Ebenso ist das Fernbild von Unternehmen in Deutschland erkennbar grössenabhängig: In der Umfrage des Allensbach Instituts vom November 2018 hatten in «grosse Wirtschaftsunternehmen» nur vier Prozent «sehr viel Vertrauen» und 28 Prozent «viel Vertrauen». Bei «Mittlere und kleinere Unternehmen» waren es 17 und 66 Prozent.

Auch vertrauen Bürger fast durchweg eher **politischen Entscheidungsebenen**, die lokal, vertraut und nah sind. So geniessen nahezu überall Gemeindeverwaltungen und -parlamente mehr Vertrauen als Verwaltungen und Vertretungen auf höheren Ebenen (Land/Kanton, Bund, Europa). Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass in unserer Umfrage (und in anderen, s. Teil 3 und 4) die Reihenfolge des politischen Institutionenvertrauens in **Liechtenstein** diese war: Fürstenhaus (89 Prozent) > Gemeindeverwaltung (85 Prozent) > Landesregierung (75 Prozent) > EU (48 Prozent).

Ähnlich verhält es sich etwa in **Deutschland** wenn auch auf jeweils niedrigerem Niveau: Hier fand etwa die Bertelsmann Stiftung (2019: 6):

*«63,8 Prozent der Befragten bringen Bürgermeister grossen oder sehr grossen Vertrauen entgegen. Damit liegen die Vertrauenswerte weit über denen für Landräte (46,1 Prozent) und Kommunalpolitiker (48,5 Prozent). Akteure der kommunalen Ebene (Bürgermeister, Landräte und Kommunalpolitiker) schneiden beim Vertrauen gegenüber Europapolitikern (28,3 Prozent) und Bundespolitikern (31,8 Prozent) insgesamt deutlich besser ab»<sup>78</sup>.*

Auch für die Hypothese, dass **kleinere Staaten** insgesamt eher geeignet sind, Institutionenvertrauen aufzubauen als grosse (Teil 5.2.8), findet sich prima facie empirische Unterstützung – zumindest für die westliche (OECD) Welt. Das Vertrauen in das heimische politische System ist innerhalb der OECD Staaten am höchsten in der Schweiz, ge-

---

78 Im EU-weiten Durchschnitt findet das Eurobarometer hingegen seit 2004, dass EU-Bürger der EU «eher vertrauen» als der nationalen Regierung und den nationalen Parlamenten. Aktuell ist dies ein Vorsprung von 44 Prozent (EU) zu jeweils 34 Prozent (Eurobarometer 2019: 5). Am stärksten ist das Vertrauen in die EU in den baltischen Staaten und Dänemark; dagegen überwiegt das Misstrauen in Grossbritannien, Griechenland, und Italien (ebd.: 6).

folgt von Finnland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Luxemburg. Freilich ist dies kein linearer und monokausaler Zusammenhang: am Ende der OECD Werte für Institutionenvertrauen befinden sich ebenfalls relativ kleine Länder wie Portugal, Slowenien und Griechenland (OECD 2015: 128).

## 6.4 Vertrauen und persönliche Eigenschaften

Bisher wurden vor allem Ländervergleiche angestellt, und es konnten gewisse Muster auf der Makro-Ebene gezeigt werden, welche Länder zu den «high-trust-societies» zählen, in welchen Ländern das Vertrauen unter den Bürgern und das Vertrauen in «ihre» Institutionen relativ schwach ausgeprägt ist, welche Entwicklungen sich in den letzten Jahren eingestellt haben und mit welchen Makro-Daten Zusammenhänge vermutet werden können. Bei der Analyse der Daten zum interpersonalem und zum institutionellen Vertrauen zeigen sich aber auch auf Mikro-Ebene innerhalb der meisten Länder gewisse Muster bzw. Korrelationen zwischen Vertrauen und individuellen Eigenschaften wie Lebenszufriedenheit, Einkommen, Bildung, Geschlecht, oder Alter<sup>79</sup>.  
Lebenszufriedenheit

Zwischen Lebenszufriedenheit und interpersonalem sowie Institutionenvertrauen bzw. Sozialkapital besteht ein generell oft beobachteter – und nicht allzu überraschender – Zusammenhang (vgl. Bjørnskov 2003; Hudson 2006 für internationale Vergleiche). Für Deutschland hat Ewers (2016: 84f) festgestellt, dass von den Deutschen, die der Aussage «Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen» voll zustimmen, 72 Prozent auch eine hohe Lebenszufriedenheit angeben. Unter allen Deutschen trifft dies nur auf jeden zweiten zu.

Ähnlich kann man einen starken Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und Vertrauen in **Liechtenstein** unterstellen. Wie in Teil 4 dargelegt, leben 95 Prozent der Befragten gerne im Land; 86 Prozent sehen ihrer Zukunft mit Hoffnungen (statt Befürchtungen) entgegen. Dies mag einen guten Teil des international ebenso fast einzigartig hohen Vertrauens in die wichtigen Institutionen des Landes erklären. Gleichzeitig machen derart deutliche Mehrheiten eine nähere Untersu-

---

79 Hierzu Hamamura et al. (2017); Bjørnskov 2003; Hooghe et al. 2012; OECD (2017b: 68ff).

chung (etwa: «cluster-Analyse») analytisch unergiebig und unredlich, da sich kaum signifikante Gruppen bilden lassen.

## Einkommen

Sowohl für «generalisiertes Vertrauen» in «andere Menschen» als auch für das Vertrauen in wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Institutionen wird regelmässig ein Zusammenhang zwischen Einkommen und Vertrauensbereitschaft festgestellt (OECD 2017c: 11; Zak / Knack 2002; Glaeser et al. 2000: 816). Zahlen aus Deutschland zeigen auch, dass Arbeitnehmer mit einem hohen Bruttostundenlohn von über 50 Euro am häufigsten der Aussage zustimmen, dass sie anderen Menschen im Allgemeinen vertrauen. Dagegen sind es Arbeitnehmer mit einem niedrigen Bruttostundenlohn von unter 15 Euro, die diese Aussage am häufigsten «voll ablehnen»<sup>80</sup>. Auch in der Schweiz besteht ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Institutionenvertrauen (Szvircsev Tresch / Wagner 2019: 107). Wirtschaftlich erfolgreiche Menschen scheinen zudem auch mehr «generalisiertes Vertrauen» in andere Menschen zu haben. Oder: Menschen, die eher vertrauen, könnten auch eher erfolgreich sein. Jedenfalls sind sie eher als misstrauische Menschen bereit (und in der Lage), das Risiko zu tragen, sich auch auf Andere und Neues einzulassen; und: sie sparen sich Transaktions- und Kontrollkosten (s. Teil 5.2.2).

Für **Liechtenstein** dagegen lassen sich für das Institutionenvertrauen keine einkommensabhängigen Unterschiede erkennen. Dies hat schon die gfs.bern Studie (Longchamp et al. 2007) ergeben; auch in unserer Studie variiert das Vertrauen in das politische System des Landes in den fünf unterschiedenen Gruppen von Haushaltseinkommen kaum und weist keinen klaren Trend auf<sup>81</sup>. Dies gilt noch stärker für das Vertrauen in das Fürstenhaus, das in den vier Einkommensgruppen jeweils um mehr als 10 Prozentpunkte verschiedene Vertrauenswerte zwischen 83 und 91 Prozent aufweist, die aber mit dem Haushaltseinkommen in

---

80 Vgl. Ewers (2016: 85).

81 In der niedrigsten Gruppe sind es 74 Prozent, dann 72 Prozent, danach 79 Prozent, danach 73 und in der höchsten Einkommensgruppe 78 Prozent.

keine lineare Beziehung gebracht werden können<sup>82</sup>.

## Bildung

Menschen mit höherer Bildung zeigen in den internationalen Umfragen recht systematisch auch höheres Vertrauen sowohl in ihre Mitmenschen als auch in Institutionen<sup>83</sup>.

In **Liechtenstein** ist ein solcher Zusammenhang dagegen nicht festzustellen; im Gegenteil hat bereits die Studie von Longchamp et al. (2007), s. Teil 3, gezeigt, dass das Institutionenvertrauen im Land bei Bürgern mit geringerer Bildung tendenziell höher ist. Unsere Studie kann dies zwar nicht im Ausmass, aber in der Tendenz bestätigen. Beim Vertrauen in das politische System zeigt sich zwar kein signifikanter Unterschied zwischen den Bildungsgruppen<sup>84</sup>; beim Vertrauen in das Fürstenhaus ist dagegen eine gewisse Tendenz zu beobachten: mit höherem Bildungsabschluss nimmt das Vertrauen leicht ab<sup>85</sup>. Aber bei derart hohen Werten zwischen 86 und 93 Prozent in den drei Bildungsgruppen lässt sich hieraus keine empirische Korrelation oder gar Kausalität herleiten. Was bleibt, ist eine «negative» Aussage: das Institutionenvertrauen im Land scheint jedenfalls nicht von Einkommen und Bildung abzuhängen; es ist kein «Eliten» Phänomen.

## Geschlecht

Gerade im Hinblick auf Institutionenvertrauen zeigen viele Untersuchungen, dass Männer tendenziell etwas mehr vertrauen als Frauen (z.B. Glaeser et al. 2000: 816). Der «gender gap» in dieser Hinsicht

---

82 In der niedrigsten Einkommensgruppe sind es 89 Prozent, dann 83 Prozent, danach 91 Prozent, danach 88 Prozent und in der höchsten Einkommensgruppe 91 Prozent.

83 Borgonovi/Burns (2015); Ortiz-Ospina/Roser (2019: 15); Glaeser et al. (2000: 818); Edelman Trust Barometer (2019).

84 Befragte mit einfacher Bildung hatten zu 81 Prozent «sehr viel» und «ziemlich viel» Vertrauen in das politische System; mit höherer Bildung 78 Prozent; mit Hochschulabschluss 80 Prozent.

85 Befragte mit einfacher Bildung hatten zu 93 Prozent «sehr viel» und «ziemlich viel» Vertrauen in den Erbprinzen; mit höherer Bildung 89 Prozent; mit Hochschulabschluss 86 Prozent.

beträgt etwa im Edelman Trust Barometer (2019) sieben Prozentpunkte gegenüber Unternehmen/Wirtschaft, fünf gegenüber Medien und Regierung, und noch drei gegenüber Nichtregierungsorganisationen.

Tabelle 5: Vertrauen bei Männern (M) und Frauen (W)  
(in Prozent, Welt)

Vertrauen in:	Männer	Frauen	Lücke
Unternehmen («Business»)	60	53	7
Regierung («government»)	51	46	5
NGOs	58	55	3
Medien	50	45	5
Gesamtindex (27 Länder, Welt)	55	50	5

Quelle: Edelman Trust Barometer (2019)

Für die Schweiz hat man bei den Bestandteilen des Vertrauensindex nur im Bereich der Wirtschaft einen etwas signifikanten «gender gap» (stärkeres Misstrauen bei Frauen) feststellen können (Szvircsev Tresch/Wagner 2019: 106).

Bei unserer Umfrage in **Liechtenstein** (s. Teil 4) zeigt sich diese eine «Lücke» ebenfalls – freilich in geringem Ausmass und auf insgesamt sehr hohem Niveau. **Tabelle 6** zeigt aber, dass beim Vertrauen in die Regierung kein signifikanter Unterschied besteht. Sehr deutlich fällt dieser Unterschied indes beim Vertrauen in NGOs aus – hier haben Frauen in Liechtenstein deutlich *mehr* Vertrauen als Männer. Dies gilt in abgeminderter Weise und auf jeweils niedrigerem Niveau auch für das Medienvertrauen.

Tabelle 6: «gender gap» in Liechtenstein

«sehr viel» und «ziemlich viel» Vertrauen in:	Männer	Frauen	Lücke
Unternehmen	93.9	91.6	2.3
Landesregierung	74.4	74.6	-
NGOs	71.1	88.0	-16.9
Medien	51.1	55.6	-4.5

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 8205

## Alter

Hier ist es schwer, ein allgemein gültiges Muster zu erkennen. Putnam (2000) und andere (z.B. Glaeser et al. 2000: 815) berichten, dass junge Amerikaner deutlich weniger Vertrauen an den Tag legen als Ältere; wohingegen die Lage etwa in Schweden genau anders herum zu sein scheint (s. Rothstein / Stolle 2003).

In **Liechtenstein** ist hier ebenso kein klares Muster erkennbar. Wiederum erschweren die insgesamt hohen Werte des Institutionenvertrauens eine signifikante Analyse von Bevölkerungsgruppen. Wie schon die Jugendstudie (Litscher / Mazzurana 2017, s. Teil 3) festgestellt hat, haben die jungen Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen durchaus grosses Vertrauen in sich selbst, in ihr Land und seine Institutionen. Dies zeigt auch unsere Umfrage. 87 Prozent der unter 30-Jährigen im Land haben «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen in das politische System des Landes; verglichen mit jeweils 80 Prozent der Altersklassen von 30-44 und von 45-59 Jahren; bei den über 60-jährigen sind es (nur noch) 75 Prozent. Das Fürstenhaus (Erbprinz Alois) steht in allen Altersgruppen deutlich vor dem «politischen System»; aber auch hier sind die Jüngeren (mit 94 und 95 Prozent der unter 30 und der bis 44 Jährigen) vertrauensvoller als die Älteren (mit 87 und 86 Prozent der bis 59 und ab 60 Jährigen).

**Fazit:** Sowohl in unserer aktuellen Umfrage als auch in bisherigen Umfragen zum Institutionenvertrauen in Liechtenstein fällt es vergleichsweise schwer, auf der Mikroebene klare Muster zu identifizieren und etwa einer wirklich aussagefähigen «Cluster-Analyse» zu unterwerfen, da die Meinungen insgesamt oft so eindeutig sind sich kaum signifikant unterscheiden. Zwar gibt es in Teilbereichen des Institutionenvertrauens im Land gewisse Unterschiede im Hinblick auf Bildung, Alter, Geschlecht, Herkunft. Aber diese sind kaum geeignet, das im internationalen Vergleich (auch zu den direkten Nachbarländern) enorm hohe Selbst- und Institutionenvertrauen der Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen wirklich zu relativieren oder zu erklären. Es muss in den Institutionen selbst begründet sein – und deren Fähigkeit, im Land Vertrauen zu gewinnen und zu verdienen.

## 7. Fazit und Ausblick

Das Fürstentum Liechtenstein scheint das eingangs dieser Studie vorgestellte Zitat der OECD (2017c: 4), wonach (Institutionen-) Vertrauen nicht nur ein Indikator wirtschaftlichen Erfolgs und politischer Stabilität ist, sondern auch deren entscheidende Vorbedingung, eindrucksvoll zu bestätigen.

Unsere Umfrage zeigt, dass das Institutionenvertrauen im Land bemerkenswert hoch ist – im weltweiten und im europäischen Vergleich und selbst zum stets als «high-trust-society» ausgewiesenen Nachbarland Schweiz. Was macht die Liechtensteiner so besonders? Was macht ihre Identität aus? Dies war nicht die unmittelbare Fragestellung unserer Umfrage. Dennoch legen die in dieser Studie vorgelegten theoretischen Überlegungen und empirischen Vergleichsdaten einige mögliche Antworten nahe.

Liechtensteins **wirtschaftlicher Erfolg und seine politische Stabilität** dürften das begründete Selbstvertrauen und den Optimismus seiner Bürger ebenso rechtfertigen wie das Vertrauen in die allermeisten Institutionen des Landes. Selbstvertrauen, Zutrauen in die Zukunft und Institutionenvertrauen wiederum sind Erfolgs- und Stabilitätsbedingungen für das Land. Es scheint sich in einem Rückkopplungs-Gleichgewicht zu befinden, in dem Erfolg Vertrauen schafft und Vertrauen weiteren Erfolg ermöglicht. Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Stabilität sind nahezu unschlagbare Standortfaktoren und damit Quellen des Wohlstands eines Landes (s. Teil 5.2.1). Die «Vertrauensdividenden» (Teil 5.2.2) im Fürstentum dürften sich in relativ geringen volkswirtschaftlichen Transaktionskosten, geringeren betriebswirtschaftlichen Organisationskosten und niedrigeren regulierungsbedingten «compliance costs» zeigen; sie dürften die Investitions- und Innovationsneigung der heimischen Wirtschaft unterstützen und so einen positiven Einfluss auf Wachstum und Wohlstand haben.

Wesentlich hierfür dürften in Liechtenstein wie anderswo die Insti-

tutionen der **Wirtschaftsverfassung** sein. Das Vertrauen in die Stabilität des Geldes (Teil 5.2.3) ist nur ein besonders naheliegendes Beispiel. Hier hat das Fürstentum sicher gut daran getan, mit dem Schweizer Franken einen «Vertrauensanker» nutzen zu können, der nicht nur europaweit herausragendes Ansehen genießt. Aber auch die anderen Elemente einer soliden und vertrauenswürdigen Wirtschaftsverfassung (Teil 5.2.4): Konstanz der Wirtschaftspolitik; offene Märkte (EWR, EFTA); Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung sind in Liechtenstein gut verankert. Die wirtschaftliche Freiheit (Teil 6.3.3) ist in Liechtenstein oft genug besser gesichert als im Mutterland der «Ordnungspolitik» (Deutschland). Dies dürfte auch an den verschiedenen Verfahren der institutionellen «Selbstbindung als Vertrauensanker» (Teil 5.2.5) liegen, die in der politischen Verfassung (und «gelebten» Verfasstheit) des Landes (Teil 5.2.7) begründet sind.

Im Falle Liechtensteins sind hierbei drei Aspekte besonders typisch, wenn nicht gar (in Kombination) einzigartig: **Kleinstaat + Erbmonarchie + direkte Demokratie**. Das hohe Institutionenvertrauen im Land kann man wohl in Form von theoriebasierten Hypothesen nicht zuletzt auch auf diese Kombination staatsrechtlicher Besonderheiten zurückführen – auch wenn ein empirischer «Beweis» schon aufgrund der Situation des Landes als kategorialer «Ausreisser» unter den Staatsformen nicht möglich ist.

(1) Der **Zusammenhang zwischen Vertrauen und Vertrautheit/Nähe/Kleinheit** wurde in dieser Studie theoretisch (Teil 5.2.8) und empirisch (Teil 6.3.4) in vielen Dimensionen untersucht. Die Bürger haben grundsätzlich eher Vertrauen in Menschen/Institutionen, die sie eher kennen, die ihnen vertraut und ähnlich sind. In Liechtenstein ist dies aufgrund von Nähe und Kleinheit nahezu naturgegeben für die heimischen Vertreter politischer Institutionen (s.a. Liechtenstein Institut 2015: 12). Gleichzeitig hat das Land aber offensichtlich Wege gefunden, die «Falle» des rein interpersonellen Vertrauens und des auf den Kleinstaat begrenzten «Sozialkapitals» (Teil 5.2.9) zu umgehen, und reichlich «generalisiertes Vertrauen» aufzubringen, das es für einen Erfolg in der «erweiterten Ordnung» (Hayek) oder «offenen Gesellschaft» (Popper) benötigt. Die Eingliederung des Landes in den europäischen Binnenmarkt und den Weltmarkt wäre sonst nicht möglich. So zeigen auch unsere Umfrageergebnisse, dass (a) auch internationalen Institutionen (EWR, UN) mehrheitlich vertraut wird; (b) auch zu den Nachbarländern (vorerst der Schweiz, aber auch Österreich und Deutschland)

gegenüber eine (starke bzw. gewisse) Verbundenheit besteht, und (c) die Integration der nicht wahlberechtigten Bevölkerung erstaunlich gut gelungen ist, da sich diese dem Land (zu 78 Prozent) «sehr verbunden» fühlen, und sogar als «stolze» Liechtensteiner bekennen.

(2) **Der Zusammenhang zwischen Vertrauen und direkter Bürgerbeteiligung** kann ebenfalls theoretisch als ein positiver dargestellt werden. Zumindest für den Aspekt der intensiven Bürgerbeteiligung fordert etwa die OECD (2017c: 12f) zur Stärkung des Institutionenvertrauens: «People must feel they have a real voice; are treated with respect; and receive necessary explanations». Gerade auch die Beteiligung an einer «inclusive, participative and realistic debate on budgetary choices» gehöre hierzu. Nicht zuletzt dies scheint in Liechtenstein (und der Schweiz) deutlich mehr gewährleistet zu sein als in den meisten anderen Ländern der OECD. Wenn Bürger direkt an politischen Entscheidungen teilnehmen, etwa bei der Abwägung von Prioritäten der Staatsausgaben auf kommunaler und Landesebene, haben sie auch mehr Verständnis für und **Vertrauen in politische Verfahren** und Institutionen. Grundsätzlich erhöhen Information (Transparenz), Konsultation und aktive Partizipation das Institutionenvertrauen und wirken populistischen Tendenzen («die da oben vs. wir, das Volk») entgegen (ebd.).

Hinsichtlich direkt-demokratischer Rechte auf Referenden und Initiativen bietet indes letztlich nur die Schweiz die notwendigen Voraussetzungen für auch empirisch aussagefähige vergleichende Analysen. Dies liegt daran, dass *innerhalb* der Schweiz in den Kantonen die formalen Rechte für Initiativen und fakultative Referenden ebenso unterschiedlich sind wie deren tatsächliche Nutzung. Hieraus lässt sich ein Grad an «direkter Demokratie» für jeden Kanton ermitteln, der dann mit anderen Daten auf Kantonsebene verglichen werden kann.

Derlei Untersuchungen zur Schweiz finden recht systematisch einen positiven Einfluss kantonal stärkerer direkter Demokratie auf Makrogrößen wie Sozialkapital, Lebenszufriedenheit und (damit auch) das Institutionenvertrauen der Schweizer. Neben der **Selbstbindung** der politischen Institutionen scheint somit auch die **Einbindung** der Bürger Vertrauen zu schaffen, weil auch diese die Macht der Politik beschränkt<sup>86</sup>. Hinsichtlich des Institutionenvertrauens haben Bauer/Fatke (2014) einen positiven Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in kantonale Behörden und der *Verfügbarkeit* direkt-demokratischer Be-

---

86 Vgl. Feld/Kirchgässner/Savioz (1999); Adamovich/Wohlgemuth (1999).

teiligungsrechte festgestellt. Gleichzeitig erwies sich die tatsächliche, vergleichsweise häufige *Nutzung* von Initiativen eher als Ausdruck des «Misstrauens».

Im Vergleich zur Schweiz scheint Liechtenstein auch hier einen «gesunden Mittelweg» gefunden zu haben. Marcinkowski/Marxer (2010: 95) konstatieren einen «relativ zurückhaltenden Gebrauch der direktdemokratischen Rechte – im langjährigen Durchschnitt etwa eine landesweite Volksabstimmung pro Jahr». In der Schweiz sei es zudem «bezeichnend, dass Initiativen in den meisten Fällen keine Aussicht auf Erfolg haben. Trotzdem werden sie ergriffen, um ein Thema ins Gespräch zu bringen, Menschen für ein Anliegen zu mobilisieren und die Initianten – häufig auch politische Parteien – zu profilieren». In der Zeit von 1980 bis 2004 waren weniger als zehn Prozent der Initiativen in der Schweiz erfolgreich. Demgegenüber waren in Liechtenstein im gleichen Zeitraum mehr als 30 Prozent erfolgreich. Anders steht es bei den Behördenvorlagen. Während in der Schweiz zwei Drittel der Behördenvorlagen vom Volk angenommen wurden, wurden in Liechtenstein zwei Drittel abgelehnt: «Das heisst also, dass in Liechtenstein seltener als in der Schweiz abgestimmt wird, wenn aber abgestimmt wird, dann besonders behördenkritisch» (ebd.: 96).

(3) Der **Zusammenhang zwischen Vertrauen und Erbmonarchie** ist in Liechtenstein sehr deutlich erkennbar. Über die Gründe kann man vielerlei theoretische und empirische (historische) Überlegungen anstellen. Dies würde den Rahmen dieser Studie sprengen. Liechtenstein im Jahre 2019 ist ein **Unikum**; empirische Vergleiche sind schwer zu ziehen (s. Teil 4.4), da es kaum nutzbare Vergleichswerte zu anderen Erbmonarchien in ähnlichen staatsrechtlichen Konstellationen gibt. Jedenfalls ist es aber auch ein **Faktum**, dass in Liechtenstein das Fürstenhaus in unserer Umfrage (wie auch in den bisherigen anderen, s. Teil 3) unter den staatsrechtlich verantwortlichen politischen Institutionen des Landes das höchste Vertrauen der Bürger genießt.

Ein möglicher Grund mag sicher darin liegen, dass den Vertretern des Fürstenhauses persönliche Sympathie gegenübergebracht wird und somit persönliches Vertrauen mit Institutionenvertrauen einhergeht (s. Teil 5.1). Zudem dürfte eine Rolle spielen, dass vom Fürstenhaus gerade nicht erwartet wird, dass es sich der momentan gängigen öffentlichen oder Medien-Meinung anpasst bzw. anpassen muss, um sich an die eigene Macht zu klammern. Ähnlich wie etwa der deutsche Bundespräsident oder Vertreter delegierter Macht (s. Teil 5.2.5) genießt das Fürstenhaus

wohl gerade deshalb Vertrauen, weil es nicht auf «Stimmenmaximierung» zum Machterhalt angewiesen ist, sondern sehr viel eher auf «**Reputationserhalt**» zur Bewahrung von Vertrauen.

Was Gerhard Schwarz (2007: 169) abstrakt äusserte, dürfte auch für die Erbmonarchie in Liechtenstein gelten: «Vertrauen hat viel mit **Stabilität und Kontinuität** zu tun». Vertrauen sei «Kontinuitätserwartung, also ... Erwartung, dass das Gegenüber sich weiterhin gleich – fair, korrekt, wohlwollend – verhalten werde wie bisher». Bemerkenswert ist dabei, dass das Institutionenvertrauen in das Fürstenhaus **keine «Elitenmeinung»** ist, sondern seitens der Liechtensteiner mit relativ wenig Bildung und relativ wenig Einkommen teilweise noch stärker geäussert wird. Während oft eine Diskrepanz zwischen Experten/Eliten und dem «Volk» diagnostiziert (und von Populisten genutzt, insinuiert oder befeuert) wird, so scheint dies in Liechtenstein auf höchst bemerkensame Weise gerade nicht der Fall zu sein.

Gleichwohl kommt selbst eine Expertenbefragung des Liechtenstein Instituts (2015), die aus guten Gründen (30 Befragte) «keine Repräsentativität beansprucht» (ebd.: 3) zu einem sehr ähnlichen Ergebnis. Aus den anonymen Interviews wird geschlossen (ebd.: 8): «Die Monarchie macht Liechtenstein einzigartig und stabil, sie hemmt aber gleichzeitig den politischen und gesellschaftlichen Diskurs». Letzteres mag für politische Eliten/Experten im Land (wie in jedem anderen Land, in dem Experten die Diskurshoheit beanspruchen), für etwas Verstimmung sorgen. Dennoch kommen auch die 30 Experten zu einem Ergebnis, welches das Liechtenstein-Institut (2015: 10) so zusammenfasst:

*«Grundsätzlich wird das Vertrauen der Bevölkerung in den Fürsten, das Fürstenhaus und die Institution der Monarchie als sehr hoch eingeschätzt. Die Monarchie mache Liechtenstein einzigartig und wird daher als stark identitätsstiftend wahrgenommen. Ausserdem werde die politische Stabilität durch das Vorhandensein des Fürstenhauses gestärkt. Wenn diese Position mit viel Verantwortung ausgeübt werde und es nur wenig Interventionen gebe, dann trage das System dazu bei, dass keine voreiligen Entscheide gefällt und politische Extreme verhindert werden».*

Insgesamt könnten sich somit das aussergewöhnlich starke Institutionenvertrauen (aber auch: Selbst- und Zukunftsvertrauen) der Menschen in Liechtenstein – und damit der Erfolg des Landes – vielleicht und vor allem einer Art «**magischen Dreiecks**» verdanken: der Kombination von

- (a) Vertrauen durch Vertrautheit (bei gleichzeitiger Offenheit) im **Kleinstaat**,
- (b) Vertrauen durch direkte Einbindung der Bürger in der **direkten Demokratie** und
- (c) Vertrauen durch Selbstbindung durch das Stabilitäts- und Kontinuitätsversprechen der **Erbmonarchie**.

## Literaturverzeichnis

Adamovich, I./M. Wohlgemuth (1999): «Exit» und «Voice» im Systemwettbewerb: Das Zusammenwirken von Föderalismus und direkter Demokratie in der Schweiz, in: M.E. Streit/M. Wohlgemuth (Hg.): Systemwettbewerb als Herausforderung an Politik und Theorie, Baden-Baden: Nomos, 123-150.

Alesina, A./E.L. Ferrara (2000): The determinants of trust, Cambridge: NBER Working Paper No. 7621.

Algan, Y./P. Cahuc (2013): Trust and growth, *Annual Review of Economics* 5: 521-549.

Antholz, B. (2005): Zur Treffsicherheit von Wachstumsprognosen. Prognostizierte und tatsächliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands 1950-2004, Münster: EHA-Verlag.

Arrow, J. K. (1972): Gifts and exchanges, *Philosophy & Public Affairs* 1 (4): 343-362.

Bagehot, W. (1873): *Lombard Street: A Description of the Money Market* (1 ed., reprint 2014). New York: Scribner, Armstong & Co.

Batlogg, A.R. (2007): Glauben heisst Vertrauen, in: G. Schwarz (Hg.): *Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 145-153.

Bauer, P. C./Fatke, M. (2014): Direct democracy and political trust: enhancing trust, initiating distrust – or both?, *Swiss Political Science Review* 20(1): 49-69.

Berggren, N. / C. Bjørnskov (2017): The Market-Promoting and Market-Preserving Role of Social Trust in Reforms of Policies and Institutions, *Southern Economic Journal* 84(1): 3-25.

Berggren, N. / H. Jordahl (2006): Free to Trust: Economic freedom and social capital, *Kyklos* 59(2): 141-169.

Bertelsmann Stiftung (2019): Gute Beteiligung stärkt die lokale Demokratie. Kommunalpolitik aus Sicht der Bevölkerung, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bjørnskov, C. (2003): The Happy Few: Cross-Country Evidence on Social Capital and Life Satisfaction, *Kyklos* 56 (1): 3-16.

Borgonovi, F. / T. Burns (2015): The educational roots of trust, *OECD Education Working Papers*, No. 119, Paris: OECD.

Bredt, S. (2006): Die demokratische Legitimation unabhängiger Institutionen, Tübingen: Mohr Siebeck.

Brennan, G. / A. Hamlin (2000): *Democratic Devices and Desires*, Cambridge: Cambridge University Press.

Buchanan, J. M. (2005): Gleiche Spieler, andere Regeln: Wie bessere Regeln bessere Politik hervorbringen, in: M. Wohlgemuth (Hg.): *Spielregeln für eine bessere Politik*, Freiburg: Herder, 6-18.

Buchanan, J. M. / G. Tullock (1962): *The Calculus of Consent*, Ann Arbor: University of Michigan Press.

Bundesverband Deutscher Banken (2011): *Vertrauen in Banken / Zufriedenheit von Bankkunden*, [https://bankenverband.de/media/files/Umfrageergebnis\\_zooI3aY.pdf](https://bankenverband.de/media/files/Umfrageergebnis_zooI3aY.pdf)

Butler, J. / P. Guiliano / L. Guiso (2009): *The Right Amount of Trust*, NBER Working Paper No. 15344.

Caplan, B. (2007): *The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies*, Princeton: Princeton University Press.

Claridge, Tristan (2017): How to measure social capital, <https://www.socialcapitalresearch.com/measure-social-capital/>

Coase, R. (1961): The problem of social cost, *Journal of Law and Economics* 3: 1-44.

Coleman, J.S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie, Band 1: Handlungen und Handlungssysteme*, München: Oldenbourg.

Coleman, J.S. (1992): *Grundlagen der Sozialtheorie, Band 2: Körperschaften und die moderne Gesellschaft*, München: Oldenbourg.

Dasgupta, P. (1988): Trust as a Commodity, in: Gambetta, D. (Hg.): *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations*, Oxford: Blackwell, 49-72.

De Jong, B. A./K. T. Dirks/N. Gillespie (2017): Trust and Team Performance: A Meta-Analysis of Main Effects, *Journal of Applied Psychology* 101(8): 1134-1150.

Deutsch, M. (1958): Trust and suspicion, *Journal of Conflict Resolution* 2: 265-279.

Deutsch, M. (1973): *The resolution of conflict: Constructive and destructive processes*. New Haven, CT: Yale University Press.

Edelman Trust Barometer (2019): *Global Report*, <https://www.edelman.com/trust-barometer>

Elster, J. (1979): *Ulysses and the Sirens*, Cambridge: Cambridge University Press.

Elster, J. (2000): *Ulysses Unbound: Studies in Rationality, Precommitment, and Constraints*, Cambridge: Cambridge University Press.

Enste, D./M. Grunewald (2017): *IW-Vertrauensindex 2017. Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im europäischen Vergleich*, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

- Eucken, W. (1950/90): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen: UTB (Paul Siebeck).
- Eurobarometer (2019): Standard Eurobarometer 91 – Spring 2019. Public opinion in the European Union, First results, Brüssel: EU-Kommission.
- Ewers, M. (2016): Vertrauen und emotionale Stabilität als Determinanten von Erfolg und Lebenszufriedenheit, *IW-Trends* 2.2016: 75-89.
- Feld, L./B. S. Frey (2002): Trust breeds trust. How taxpayers are treated, *Economics of Governance* 3: 87-99.
- Feld, L./G. Kirchgässner/M. R. Savioz (1999): Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig, München: Vahlen.
- Fetchenhauer, D./D. Dunning (2009): Do people trust too much or too little? *Journal of Economic Psychology* 30: 263-276
- Festinger, L. (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: University Press.
- Financial Center Liechtenstein (2018): Finanzplatz Liechtenstein, Vaduz.
- Freitag, M. (2008): Vertrauen ist das höchste Kapital, *Schweizer Monat* 960.
- Freud, S. (1927/61): Das Unbehagen in der Kultur, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, Frankfurt a.M.: Fischer, 419-506.
- Frey, B.S. (1997): A Constitution for Knaves Crowds out Civic Virtues, *The Economic Journal* 107 (443): 1043-1053.
- Frommelt, Ch. (2015): 20 Jahre EWR-Abkommen: Wie stehen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner heute zum EWR? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bendern: Liechtenstein-Institut.

Frommelt, Ch. (2019): Der Lie-Barometer: Wie glücklich ist Liechtenstein? NACHGEFRAGT, Bendern: Liechtenstein-Institut.

Fukuyama, F. (1995): Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity, New York: The Free Press.

Gambetta, D. (1988): Mafia: the Price of Distrust, in: D. Gambetta (Hg.): Trust: Making and Breaking Cooperative Relations, Oxford: Blackwell, 158-175.

Geiger, H. (2013): Banken ohne Vertrauen, Schweizer Monat 1010.

GfK (2017): Global Trust Report 2017 – eine Studie des GfK Vereins. Vertrauen in Institutionen und Branchen [https://www.nim.org/sites/default/files/medien/135/dokumente/global\\_trust\\_report\\_2017.pdf](https://www.nim.org/sites/default/files/medien/135/dokumente/global_trust_report_2017.pdf)

GfK (2018): Trust in Professions [https://www.nim.org/sites/default/files/medien/359/dokumente/pm\\_trust\\_in\\_professions\\_2018\\_dt\\_0.pdf](https://www.nim.org/sites/default/files/medien/359/dokumente/pm_trust_in_professions_2018_dt_0.pdf)

Gfs.bern (2018): Das Volk erwartet Lösungen von der Politik. Credit Suisse Sorgenbarometer 2018.

Glaeser, E. L. et al. (2000): Measuring trust. Quarterly Journal of Economics 115(3): 811-846.

Giuliano, P./L. Guiso/J. Butler (2009): To trust or not to trust: The answer lies somewhere in the middle, <https://voxeu.org/article/trust-or-not-trust>

Goldschmidt, N./S. Kolev/M. Wohlgemuth (Hg. 2019): Soziale Marktwirtschaft. Grundtexte zur Ordnungsökonomik, Tübingen: Mohr Siebeck (UTB).

Goldschmidt, N./J. Zweynert (Hg., 2006): Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, Hamburg: LIT Verlag.

- Guiso, L. (2010): A trust-driven financial crisis. Implications for the future of financial markets, Fiesole: EUI Working Paper ECO 2010/07.
- Gwartney, J. D./R. A. Lawson (2003): Economic Freedom of the World: 2003 annual report, Vancouver: Fraser Institute.
- Hamamura, T./L. M. Li/D. Chan (2017): The association between generalized trust and physical and psychological health across societies, *Social Indicators Research* 134 (1): 277-286.
- Hardin, R. (2006): *Trust*, Cambridge: Polity Press.
- Haug, Sonja (1997): *Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand*, Mannheim: Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Hayek, F. A. v. (1973-79/2003): *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hayek, F. A. v. (1988/96): *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hooghe, M./S. Marien/T. de Vroome (2012): The cognitive basis of trust. The relation between education, cognitive ability, and generalized and political trust, *Intelligence* 40 (6): 604-613.
- Hudson, J. (2006): Institutional trust and subjective well-being across the EU, *Kyklos*, 59(1): 43-62.
- Hume, D. (1777/1987): *Essays Moral Political and Literary*, Indianapolis 1987: Liberty Fund.
- IMAS International (2019): 47. IMAS-Neujahrsumfrage: Grundstimmung 2018: Wenn der Optimismus an Fahrt aufnimmt. – seit 2006 höchster Wert der Zuversicht. IMAS Report 1/2019.
- Inglehart, R. et al. (Hg., 2014): *World Values Survey: All Rounds – Country-Pooled Datafile Version*: <http://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWVL.jsp>. Madrid: JD Systems Institute.

Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Determinanten der Wahlbeteiligung. Allensbacher Repräsentativumfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 7851.

Institut für Demoskopie Allensbach (2014): Das Grundgesetz als eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik, Allensbach: Institut für Demoskopie.

Jordahl, H. (2007): Inequality and Trust, Stockholm: Research Institute of Industrial Economics Paper 715 / 2007.

Jordan, T. J. (2006): Geld, Geldpolitik und Vertrauen, in: G. Schwarz (Hg.): Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 73-82.

Kepplinger, H. M. (2009): Wirkung der Massenmedien, in: E. Noelle-Neumann / W. Schulz / J. Wilke (Hg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt a.M.: Fischer, 651-702.

Kirchler, E. (2007): Die Perspektive der Ökonomischen Psychologie, in: G. Schwarz (Hg): Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 63-71.

Kirsch, G. (2007): Inseln des Vertrauens im Meer des Misstrauens, in: G. Schwarz (Hg): Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 15-23.

Kohr, L. (1957 / 2017): Das Ende der Großen – Zurück zum menschlichen Maß, Salzburg: Otto Müller Verlag.

Krafft, A.M. (2019): Hoffnungsbarometer 2019. Ergebnisse für die Schweiz. St. Gallen: Swissfuture 2019.

Lahno, B. (2002): Der Begriff des Vertrauens, Paderborn: Mentis.

Liechtenstein-Institut (2015): Zukunftsradar 2015. Herausforderungen und Ideen für eine erfolgreiche Zukunft. Studie im Auftrag von Stiftung Zukunft.li, Bendern.

Litscher, M./T. Mazzurana (2017): Jung sein in Liechtenstein. Jugendstudie 2017, Schaan: Universität Liechtenstein.

Locke, J. (1689/1993): Two Treatises on Government, London: Everyman.

Longchamp, C. et al (2007): Zwischen Übersicht und Begrenzung. Politik im Spannungsfeld zwischen Moderne und Konservatismus. Schlussbericht zum Zukunftsbarometer des Fürstentums Liechtenstein. Bern: gfs.bern 2007.

Luhmann, N. (1968/2014): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, 5. Auflage 2014, Konstanz: UTB.

Lunn, P. (2014): Regulatory Policy and Behavioural Economics, Paris: OECD.

Marcinkowski, F./W. Marxer (2010): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und direkte Demokratie. Eine Fallstudie zur Verfassungsreform in Liechtenstein, Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft

Marxer, W. (2006): Nationale Identität. Eine Umfrage aus Anlass 200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein. In: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Jahrbuch des Historischen Vereins, Bd. 105. Vaduz: Verlag des Historischen Vereins: 197-235.

Marxer, W. (2012): Volksabstimmung «Ja – damit deine Stimme zählt» vom 1. Juli 2012. Summarische Ergebnisse einer Umfrage. Bendern: Liechtenstein-Institut.

Marxer, W. (2014): Volksabstimmung «Pensionskasse Win-Win» und «Win-Win-50» vom 15. Juni 2014. Ergebnisse einer Umfrage. Bendern: Liechtenstein-Institut.

Marxer, W. (2016): Volksabstimmung «Krankenversicherungsgesetz» vom 13. Dezember 2015. Ergebnisse einer Umfrage, Bendern: Liechtenstein-Institut.

Marxer, W. (2017): Landtagswahlen vom 5. Februar 2017. Ergebnisse einer Umfrage, Bendern: Liechtenstein-Institut.

Mediengruppe RTL Deutschland (2019a): RTL / n-tv-Trendbarometer vom 07.01.2019.

Mediengruppe RTL Deutschland (2019b): RTL / n-tv-Trendbarometer vom 14.01.2019.

Merkel, A. (2016): Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Festakt zum 125. Geburtstag von Walter Eucken am 13. Januar 2016, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-festakt-zum-125-geburtstag-von-walter-eucken-am-13-januar-2016-320988>

Merki, M. (2007): Wirtschaftswunder Liechtenstein. Die rasche Modernisierung einer kleinen Volkswirtschaft im 20. Jahrhundert, Zürich: Chronos.

Noelle-Neumann, E. (1989): The Public as Prophet: Findings from Continuous Survey Research and Their Importance for Early Diagnosis of Economic Growth, *International Journal of Public Opinion Research* 1: 136-150.

Noelle-Neumann, E./R. Köcher (1987): Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen ihren Charakter zu ändern. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Noelle-Neumann, E./R. Köcher (Hg., 1993): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992. München: Saur.

Nordhaus, W. D. (1975): The Political Business Cycle, *The Journal of Economic Studies* 42(2): 169-190.

North, D.C. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge: Cambridge University Press.

OECD (2015): How's Life? Measuring Well-being, Paris: OECD Publishing.

- OECD (2017a), *How's Life? 2017: Measuring Well-being*, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2017b): *OECD Guidelines on Measuring Trust*, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2017c): *Trust and Public Policy: How Better Governance Can Help Rebuild Public Trust*, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2018): *For Good Measure: Advancing Research on Well-being Metrics Beyond GDP*, Paris: OECD Publishing.
- Ortiz-Ospina, E. / M. Roser (2019): *Trust*. <https://ourworldindata.org/trust>
- Ostrom, E. (1990): *Governing the Commons: the Evolution of Institutions for Collective Action, The Political Economy of Institutions and Decisions*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Parsons, T. (1964): *Some Reflections on the Place of Force in Social Process*, in: H. Eckstein (Hg.): *Internal War: Problems and Approaches*, Glencoe: Free Press, 33-70.
- Petersen, T. (2002): *Das Feldexperiment in der Umfrageforschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Petersen, T. (2013): *Die Wucht der täglichen Erfahrung, Die Politische Meinung* 58(522): 25-28.
- Petersen, T. (2014a): *Der Fragebogen in der Sozialforschung*. Konstanz: UVK: 72-75.
- Petersen, T. (2014b): *Anfang vom Ende der Politikverdrossenheit?* *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. März 2014, S. 8.
- Petersen, T. (2016): *Wandlungen des Christentums in Deutschland, Die neue Ordnung* 70 (5): 324-335.

Petersen, T. (2017a): Spätblüte des Populismus, in: U. Ackermann (Hg.): Freiheitsindex Deutschland 2017, Frankfurt a.M.: Humanities Online: 49-77.

Petersen, T. (2017b): Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen. Baden-Baden: Tectum.

Popper, K. (1945): *The Open Society and its Enemies*, London: Routledge & Kegan Paul.

Portes, A./P. Landolt (1996): The Downside of Social Capital, *The American Prospect* 26: 18–21,

Putnam, R. D. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, R. D. (1995): Tuning In, Tuning Out. The Strange Disappearance of Social Capital in America, *Political Science and Politics* 28: 664–683.

Putnam, R. D. (2000): *Bowling Alone – the Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster.

Ripperger, T. (2003): *Ökonomik des Vertrauens*, 2. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.

Ripperger, T. (2007): Von der Vorteilhaftigkeit einer Vertrauenskultur, in: G. Schwarz (Hg.): *Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 47-62.

Rothstein, B./D. Stolle (2003): Social Capital, impartiality and the welfare state: An institutional approach, in: M. Hooghe/D. Stolle (Hg.): *Generating social capital: Civil society and institutions in comparative perspective*, New York: Palgrave, 191-210.

Schöttli, U. (2007): Vertrauen als Grundlage des asiatischen Erfolgs, in: G. Schwarz (Hg.): *Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 157-164.

Schwarz, G. (2007): Vertrauen und Freiheit gehören zusammen, in: ders. (Hg.): Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung: 165-178.

Simmel, G. (1907): Die Philosophie des Geldes, 2. Aufl., Leipzig: Duncker & Humblot, <https://gutenberg.spiegel.de/buch/philosophie-des-geldes-6/7>

Somin, I. (2013): Democracy and Political Ignorance: Why Smaller Government Is Smarter, Stanford: Stanford University Press.

Sternberger, D. (1964): Herrschaft und Vereinbarung. Eine Vorlesung über bürgerliche Legitimität, in: Dolf Sternberger (1980): Herrschaft und Vereinbarung. Schriften III, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 115-136.

Streit, M. E. (1996): Ordnungsökonomik, in: Gabler Volkswirtschaftslexikon, Band 2, Wiesbaden: Gabler, 814-843.

Szircsev Tresch, T./A. Wenger (Hg. 2019): Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, Zürich: ETH.

Thaler, R. H./C. Sunstein (2010): Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt, Berlin: Ullstein.

Theurl, T. (2007): Das Ringen um Vertrauenswürdigkeit, in: G. Schwarz (Hg.): Vertrauen – Anker einer freiheitlichen Ordnung, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 37-46.

Torgler, B. (2003): Tax Morale, Rule-Governed Behaviour and Trust, Constitutional Political Economy 14: 119-140.

Traber, D. (2013): Does participation in policymaking enhance satisfaction with the policy outcome? Evidence from Switzerland, Swiss Political Science Review 19(1): 60-83.

Tyler, T.R. (2006): Psychological perspectives on legitimacy and legitimation; Annual Review of Psychology 57: 375-400.

Vanberg, V.J. (1988): «Ordnungstheorie» as Constitutional Economics – The German Conception of a «Social Market Economy», *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 39: 17-31.

Vanberg, V. J. (2019): *Erbmonarchie und Demokratie*, Eschen: Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht.

Wang, N. (2003): *Measuring Transaction Costs: An Incomplete Survey*, Ronald Coase Institute Working Paper 2.

Williamson, O.E. (1990): *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus – Unternehmen, Märkte, Kooperationen*, Tübingen: Mohr Siebeck.

Wohlgemuth, M. (2005): *Politik und Emotionen. Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung*, in: U. Mummert/F. L. Sell (Hg.): *Emotionen, Markt und Moral*, Münster: LIT: 350-392.

Wohlgemuth, M. (2007): *Reformdynamik durch Selbstbindung – Zur Politischen Ökonomie von Meinungen, Emotionen und Interessen*, *Wirtschaftsdienst* 87(9): 571-575.

Wohlgemuth, M. (2010): *Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek*, in: I. Pies/W. Reese-Schäfer (Hg.): *Diagnosen der Moderne: Weber, Habermas, Hayek, Luhmann*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, 86-117.

Wohlgemuth, M. (2017): *Was meint und wozu dient Ordnungspolitik?*, Eschen: Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht.

Wohlgemuth, M. (2018): *Die Zukunft Liechtensteins in Europa. Ordnungspolitische Argumente und Modelle für mehr Subsidiarität und flexible Integration*, Eschen: Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht.

Wohlgemuth, M. (2019a): *Ungebrochener Verfassungspatriotismus*, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): *Wohlstand für Alle – 70 Jahre Grundgesetz*, Bonn: Ludwig-Erhard-Stiftung: 54.

Wohlgemuth, M. (2019b): «Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokratien», in: N. Goldschmidt et al. (Hg.): Soziale Marktwirtschaft. Grundtexte zur Ordnungsökonomik, Tübingen: Mohr Siebeck (UTB).

Zak, P. J. / S. Knack (2001): Trust and growth, *Economic Journal* 111: 295-321.

# Anhang

## Untersuchungsdaten

Befragter Personenkreis (Grundgesamtheit)	Bevölkerung ab 15 Jahre in Liechtenstein
Auswahlverfahren	<p>Geschichtete Zufallsauswahl auf der Basis zweier Quellen («dual frame»):</p> <p>1. Datei eingetragener Telefonnummern von AZ direct (80 Prozent der Interviews)</p> <p>Als Adressbasis dienten die eingetragenen Telefonnummern von Privathaushalten, die in der regelmässig aktualisierten Datei der Firma AZ direct enthalten sind. Zur Anpassung der Stichprobe an die Strukturdaten der Bevölkerung und damit zur Sicherung der Repräsentativität wurde innerhalb der kontaktierten Haushalte eine Schichtung vorgenommen, das heisst, es wurde den Interviewern eine kombinierte Alters- und Geschlechterquote vorgegeben.</p> <p>2. Generierte Mobilfunknummern der BIK Aschpurwis &amp; Behrens GmbH (20 Prozent der Interviews)</p> <p>Um auch Personen erreichen zu können, die nicht oder nur schwer über Festnetz-Anschlüsse zu erreichen sind, wurden 20 Prozent der Interviews auf der Grundlage des Verzeichnisses der Firma Aschpurwis &amp; Behrens ausgewählt, die auf die Generierung von Mobilfunknummern spezialisiert ist.</p>
Gewichtung	Zur Angleichung der Strukturwerte der Umfrage an die amtliche Statistik erfolgte eine Gewichtung der Stichprobe nach soziodemographischen Merkmalen.

Repräsentanz	Die gewichtete Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Liechtenstein. Der Vergleich der in der Umfrage erhobenen demographischen Merkmale der Befragten mit den Daten der amtlichen Statistik belegt die Übereinstimmung in der demographischen Struktur:				
			Bevölkerungsumfrage	Amtliche Statistik (Amt für Statistik [Hrsg.]: Bevölkerungsstatistik 30. Juni 2018)	
	Männer		49%	50%	
	Frauen		51%	50%	
	15-34 Jahre		28%	27%	
	35-54 Jahre		35%	35%	
	55 Jahre und älter		37%	38%	
	Oberland		64%	64%	
	Unterland		36%	36%	
	Ausschöpfung der Stichprobe			Insgesamt	Teilstichprobe
				Festnetz	Mobil
Bruttostichprobe		= eingesetzte Telefonnummer	13.814	8.939	4.875
Neutrale Ausfälle		Kein Kontkt / Fax / Datenleitung Quote erfüllt Kein Privathaushalt	10.028 232 187	5.759 232 102	4.269 0 85
Nettostichprobe		= Bruttostichprobe abzüglich neutrale Ausfälle	3.367	2.846	521
Nicht-neutrale Ausfälle		Verweigerungen Sonstiges (Verständnis, Sprachprobleme)	2.539 328	2.169 277	370 51
Ausschöpfung		Durchgeführte Interviews In % der Nettostichprobe	500 14,9	400 14,1	100 19,2
Interview-Methode	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)				
Befragungszeitraum	26. 04. – 03. 05. 2019				
Durchführung der Feldarbeit	DemoSCOPE, Adligenswil				
IfD-Archiv-Nr. der Umfrage	8205				

# Fragebogen

## Fragebogen DEMOLIE

Guten Abend / Guten Tag, mein Name ist [...] von DemoSCOPE. Wir führen momentan eine spannende Studie durch über das Bild, das die Leute in Liechtenstein von ihrem Land haben. Die Befragung geht nur etwa 10 Minuten.

Kontaktort

PROG: ONLY KONTAKTART=RDD

### **M1 Wo erreiche ich Sie gerade?**

- 1 im Ausland
- 2 zu Hause
- 3 bei der Arbeit
- 4 im Auto
- 96 Anderes

Kontakte im Ausland

PROG: IF M1=1, 3 OR 4

### **M2 Kann ich Sie jetzt trotzdem befragen, oder wäre es für Sie besser zu einem anderen Zeitpunkt?**

**INT: Terminvereinbarung bis 5. Mai, ansonsten Ende der Befragung**

- 1 Handytermin zu Hause
- 2 Kein Termin möglich / möchte nicht mitmachen
- 3 Jetzt bereit zum Interview

Geschlecht

PROG: FROM HERE ON ALL

### **S1 INT: nicht fragen, selbst einschätzen, im Zweifelsfall nachfragen**

- 1 Männlich
- 2 Weiblich

Jahrgang

PROG: AGEGROUP 15-34 / 35-54 / 55+ FOR QUOTA

**S2 Darf ich Sie fragen, welchen Jahrgang Sie haben?**

**INT: Jahrgang vierstellig notieren «jjjj»**

Jahrgang:.....

PROG: FROM HERE ON « WEISS NICHT » AND « KEINE AN-  
GABE » ALLOWED (STANDARD)

Emotionale Verbundenheit

**Leben Sie gerne in Liechtenstein, oder würden Sie lieber  
woanders leben?**

- 1 lebe gerne in Liechtenstein
- 2 lieber woanders

Zukunftserwartung

**Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder  
Befürchtungen entgegen?**

**INT: Bei Rückfragen, ob allgemein oder persönlich gemeint:**

**Je nachdem, was Sie zurzeit mehr beschäftigt!**

- 1 mit Hoffnungen
- 2 mit Befürchtungen
- 3 mit Skepsis (INT: ist zwar in Frage nicht erwähnt, kann aber er-  
fahrungsgemäss als Antwort kommen)

## Spontanassoziationen

**Wenn Sie einmal an Liechtenstein denken, was fällt Ihnen da spontan ein? – Ich nenne Ihnen jetzt einmal einige Begriffe, und Sie sagen mir bitte spontan, ob Sie diese Begriffe mit Liechtenstein verbinden. – Denken Sie bei <Liechtenstein> zum Beispiel an...**

- 1 Ja
- 2 Nein

## PROG: RANDOM

- a) schöne Landschaften
- b) Industrie
- c) Wohlstand
- d) Banken
- e) Steuerflucht
- f) altmodisch
- g) unbedeutend
- h) Modernität
- i) Freiheit
- k) Monarchie

## Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen

**Ich lese Ihnen jetzt verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen und Institutionen in Liechtenstein vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie in diese Einrichtungen und Institutionen...**

- 1 sehr viel Vertrauen
- 2 ziemlich viel Vertrauen
- 3 wenig Vertrauen
- 4 gar kein Vertrauen haben

PROG: RANDOM

- a) Unternehmen
- b) Medien
- c) nicht-staatliche Organisationen, also sogenannte Nichtregierungsorganisationen, die sich für Belange wie zum Beispiel Menschenrechte, Naturschutz oder Entwicklungshilfe einsetzen
- d) Polizei
- e) Gerichte
- f) Kirche
- g) Banken
- h) Bildungssystem, die Schulen

Monarchie versus Republik

**Jetzt zur Politik: Liechtenstein ist ja eine Monarchie. Finden Sie das gut, oder fänden Sie es besser, wenn Liechtenstein eine Republik wäre?**

- 1 finde gut
- 2 besser Republik

Vertrauen in politische Einrichtungen

**Auch zu einigen politischen Einrichtungen bzw. Institutionen in Liechtenstein würde uns interessieren, wie viel Vertrauen Sie in diese haben. Sie können wieder Antwort geben mit**

- 1 sehr viel Vertrauen
- 2 ziemlich viel Vertrauen
- 3 wenig Vertrauen
- 4 gar kein Vertrauen

PROG: RANDOM

- a) das politische System insgesamt
- b) die politische Parteien (INT: nicht eine einzelne Partei, sondern die Gesamtheit aller Parteien)

- c) die Landesregierung
- d) der Vertreter des Fürsten, Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
- e) der Landtag
- f) die Gemeindeverwaltung bei Ihnen im Ort

Vertrauen in internationalen Institutionen

**Jetzt noch zu einigen internationalen Institutionen.**

**– Wie viel Vertrauen haben Sie in...**

- 1 sehr viel Vertrauen
- 2 ziemlich viel Vertrauen
- 3 wenig Vertrauen
- 4 gar kein Vertrauen

PROG: RANDOM

- a) den Europäischen Wirtschaftsraum, den EWR
- b) die Europäische Union, also in die EU
- c) die Vereinten Nationen, die UN

Interesse für Landespolitik

**Wie sehr interessieren Sie sich für die Landespolitik in Liechtenstein? Würden Sie sagen...**

- 1 sehr
- 2 ziemlich
- 3 kaum
- 4 gar nicht

Verbundenheit mit Ländern

**Ich nenne Ihnen jetzt einige Länder und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie sich diesen Ländern**

- sehr verbunden
- ziemlich verbunden

- kaum verbunden
- gar nicht verbunden fühlen

PROG: LIECHTENSTEIN FIRST,  
ALL OTHERS RANDOM

- a) Liechtenstein
- b) Schweiz
- c) Österreich
- d) Deutschland
- e) Frankreich
- f) Italien
- g) USA

Stolz

**Eine Frage zum Schluss: Sind Sie stolz darauf, Liechtensteiner / in zu sein? Würden Sie sagen...**

- 1 sehr stolz
- 2 ziemlich stolz
- 3 nicht sehr stolz
- 4 überhaupt nicht stolz

Jetzt möchte ich Sie noch um wenige statistische Angaben bitten!

Wahlberechtigung

**S3 Sind Sie in Liechtenstein wahlberechtigt?**

- 1 Ja
- 2 Nein

Haushaltsgrösse Erwachsene

**S4 Wie viele Personen ab 16 Jahren wohnen in Ihrem Haushalt, Sie selber mitgerechnet?**

INT: Anzahl Personen eintragen: .....

Kinder im Haushalt

**S5 Haben Sie auch Kinder bis 15 Jahre in Ihrem Haushalt?**

- 1 Ja
- 2 Nein

Bildung

**S6 Welches ist Ihre höchste berufliche Ausbildung oder Ihr höchstes Abschlusszeugnis, das Sie gemacht haben?**

- 1 Obligatorische Schule / Anlehre
- 2 Berufslehre / Berufsschule (auch: Handelsschule, Musikschule, Arztgehilfin)
- 3 Diplommittelschule / allgemeinbildende Schule (Verkehrsschule, Töcherschule)
- 4 Gymnasium, Maturitätsschule (auch: Kantonsschule)
- 5 Höhere Berufsausbildung mit Meisterdiplom, eidgenössischer Fachausweis
- 6 Fachhochschule, Technikum (z. B. HTL, HWV, Lehrerseminar etc.)
- 7 Universität, ETH
- 96 Anderes

Erwerbstätigkeit

**S7 Sind Sie zurzeit erwerbstätig?**

- 1 Ja, voll
- 2 Ja, teilweise
- 3 Nein, in Ausbildung

- 4 Nein, pensioniert
- 5 Nein, Hausarbeit, arbeitslos

Anzahl Festnetznummern

PROG: IF KONTAKTART = FESTNETZ – 0 NOT POSSIBLE

INT: Wenn Anzahl = 7 und mehr, dann 7 erfassen

**M3 Über wie viele unterschiedliche Festnetz-Rufnummern sind Sie selber daheim erreichbar? Wir meinen damit keine Rufnummern, die zu einem Faxgerät oder Computer gehören.**

Anzahl: .....

Anzahl Mobiltelefonnummern

PROG: IF KONTAKTART = RDD – 0 NOT POSSIBLE

**M4 Über wie viele Mobiltelefonnummern – berufliche und private – sind Sie persönlich erreichbar?**

Anzahl: .....

Haushalteinkommen

**S8 Zum Schluss noch eine Frage zu Ihrer wirtschaftlichen Situation. Können Sie uns sagen, wie hoch das Monatseinkommen von Ihrem Haushalt ist? Zählen Sie bitte alle Einkommen von den Personen zusammen, wo etwas für den Unterhalt beisteuern. Zählen Sie nicht nur die Löhne, sondern auch allfällige andere Einkommen dazu. Ist das...**

**INT: Vorlesen!**

- 1 Weniger als 4'000 Franken
- 2 4'000 – 6'000 Franken
- 3 6'000 – 8'000 Franken
- 4 8'000-10'000 Franken
- 5 mehr als 10'000 Franken

Damit sind wir am Ende vom Fragebogen angekommen.  
Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Teilnahme.



*Prof. Dr. Michael Wohlgemuth* ist Forschungsbeauftragter der Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht. Zudem ist er apl. Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke und u. a. Fellow am Walter Eucken Institut (Freiburg i. Br.) sowie Kollegprofessor des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Er hat Volkswirtschaftslehre in Freiburg i.Br. studiert, am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena geforscht und an der dortigen Universität promoviert. Forschungs- und Lehraufträge u. a. an der George Mason University (Fairfax, VA) und New York University sowie an den Universitäten Freiburg i. Br., Innsbruck, Bayreuth, Erfurt, Friedrichshafen. Von 2002 bis 2012 war Wohlgemuth geschäftsführender Forschungsreferent des Walter Eucken Instituts in Freiburg. Wohlgemuth ist Gründungsmitglied des «Netzwerk Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie» (NOUS); daneben u. a. Mitglied der Mont Pèlerin Gesellschaft, der Ludwig Erhard Stiftung und des ideengeschichtlichen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik.

Seine Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen bei Fragen der Reformfähigkeit und damit Zukunft der Europäischen Union, aber auch bei den damit verbundenen Fragen der ökonomischen Theorie der Politik (Public Choice) oder der Verfassungsökonomik (Constitutional Economics). Hinzu kommen die Ideengeschichte der Ökonomie, Austrian Economics sowie liberale Rechts- und Sozialphilosophie.